M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 109 Mai 1983 DM 5,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Ulrich Braun, Florence Buchmann, Iris Cramer, Georg Cremer, Benedikt Fehr, Walter Hättig, Horst Hüncker, Uli Kieser, Werner Kobe, Winfried Koch, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Elisabeth Lauck, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Nevendu Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendungen von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228/ 28 26 19
Druck: SOAK Hannover, Tel.0511/17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, 6304 Lollar, Telefon: 06406/5127

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,–. Ermäßigtes Jahresabonnement (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Zivil- und Wehrdienstleistende; nur direkt über den Verlag: DM 30,–

Schweiz: SFR 40,– (bzw. 30,–)
Österreich: ÖS 300,– (bzw. 230,–)
Übriges Ausland: DM 44,– (bzw. DM 34,–)
Luftpostabonnements:
Europa DM 52,– (bzw. DM 42,–)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: DM 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: DM 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: DM 76, (bzw. DM 66,–)

Einzelpreis: DM 5,– / SFR 5,– / ÖS 37,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der nächsten **Ausgabe:** 26. April 1983

Einem Teil der Auflage liegt der Verlagsprospekt der SOAK bei.

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Nicaragua

Revolution und Konterrevolution

Seit Beginn des Jahres hat sich die Situation in Nicaragua zugespitzt. Die von Honduras aus operierenden gegenrevolutionären Kräfte, kurz die „Contra" genannt, drangen weit ins Landesinnere vor, und es kam zu heftigen Kämpfen mit der sandinistischen Armee und Miliz. Anläßlich des Papstbesuches Anfang März wurde die Spaltung innerhalb der Kirche Nicaraguas sowie der Gegensatz zwischen einem Teil der Kirche und der Revolutionsregierung deutlich. Verschiedene Versuche lateinamerikanischer Länder, eine Verhandlungslösung für den Konflikt in Nicaragua und Mittelamerika herbeizuführen, sind bislang gescheitert.

Die Probleme der Revolution

Die sandinistische Regierung steht gegenwärtig vor erheblichen internen Schwierigkeiten, die durch die äußeren Destabiliserungsversuche der USA zusätzlich verschärft werden. Zu den bereits vorhandenen Problemen wie Zerstörungen durch das Erdbeben von 1972 und die kriegerischen Auseinandersetzungen der Jahre 1978/79 sind weitere Schwierigkeiten getreten: Die Folgeerscheinungen von Überschwemmungen und eine sich daran anschließende Trockenperiode haben fast 50 % der Ernte des Jahres 1982 vernichtet. Ein erheblicher Teil der Ausfuhrerlöse muß darüber hinaus für Erdölimporte ausgegeben werden. Die Erwirtschaftung von Devisen durch Agrarexporte ist daher besonders wichtig für Nicaragua, zumal sich die Auslandsschuld in den letzten drei Jahren um rund 1 Mrd. erhöht hat. Ende 1982 belief sie sich auf 2,5 Mrd. US $.

Die Einnahmen aus dem Export von Agrarprodukten waren im Jahre 1982 rückläufig. Wegen Absatzschwierigkeiten und dem Fallen des Weltmarktpreises ging der Erlös aus den Kaffee-Ausfuhren und dem Export von Baumwolle 1982 zurück. Beim Export von Zucker war es ähnlich. Trotz einer Steigerung der Zuckerausfuhr sind die Exporterlöse wegen des ungünstigen Weltmarktpreises gesunken. Die Fleischexporte, die zu den Hauptausfuhrprodukten Nicaraguas gehören, sind durch die während des Bürgerkriegs entstandenen Viehverluste in den letzten Jahren ohnehin rückläufig.

Durch den Rückzug des US-amerikanischen Konzerns Standard Fruit von Nicaragua entstand zunächst ein wöchentlicher Devisenausfall von 400.000 US $. Es gelang der Regierung jedoch, einen Vertrag mit einem anderen amerikanischen Unternehmen abzuschließen und so die Exporte aufrechtzuerhalten. Trotz der politischen Auseinandersetzungen sind die Vereinigten Staaten mit 27 % der Exporte immer noch der größte Abnehmer von Produkten aus Nicaragua. Bei einem Anhalten der bestehenden Spannungen könnten die Exporte jedoch weiter zurückgehen. (1)

Wegen der geringeren Deviseneinnahmen und aufgrund der gespannten Lage an der Grenze mit Honduras wurde Ende 1982 die Rationierung von Normalbenzin und einigen Nahrungsmitteln angeordnet. Jeder Nicaraguaner erhält seitdem für diese Güter eine bestimmte Anzahl von Coupons, mit denen er haushalten muß. Von diesen Maßnahmen, besonders von dem eingeschränkten Benzinverkauf, ist vor allem die Mittelschicht betroffen, da die große Mehrheit der Bevölkerung ohnehin auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist. Darüber hinaus beklagen sich teilweise auch die in entlegenen Regionen lebenden Kleinbauern über Rationierungen, weil sie nun nicht mehr wie gewohnt bei ihren periodischen Besuchen in den Provinzstädten größere Vorratsmengen einkaufen können.

Hin und wieder kommt es zu Engpässen bei einigen Versorgungsgütern, wobei allerdings andere Gründe ausschlaggebend sind. So gab es im Dezember 1982 z.B. keine Filterzigaretten, da die noch vorhandenen Filter, die aus dem Ausland eingeführt werden müssen, für die Export-Zigaretten verwendet wurden. Bei der Verknappung von Versogungsgütern wie Seife können auch die spekulativen Interessen von Kleinhändlern und Hamsterkäufe der Bevölkerung eine Rolle gespielt haben.

Trotz dieser Schwierigkeiten hat sich die Versorgungslage der Bevölkerung im Vergleich zu anderen mittelamerikanischen Ländern bisher noch nicht drastisch verschlechtert. Bei einem Anhalten der durch die externen Destabilisierungsversuche verstärkten wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnte dies jedoch bald der Fall sein, und die Regierung hat der Bevölkerung bereits „jede Art von Entbehrungen" angekündigt.

Die Wirtschaft des Landes befindet sich nach wie vor überwiegend in privater Hand. Nach einer Untersuchung der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission (CEPAL) vom Juli 1982 kontrolliert der Staat 24 % des Agrarbereiches, 22 % der Industrie und 40 % des Han-

dels. (2) Durch die Verstaatlichung des internen Marktes für Zucker, Seife, Öl, Mais, Bohnen, Reis, Toilettenpapier und Benzin dürfte sich der staatliche Anteil seitdem leicht erhöht haben. Die Verteilung der Besitzverhältnisse innerhalb der Wirtschaft sagt allerdings noch nicht viel über ihr Funktionieren aus. Tatsächlich sind die nationalen Unternehmer und die ausländischen Gesellschaften trotz günstiger Bedingungen gegenwärtig nicht bereit, in Nicaragua zu investieren.

Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommt hinzu, daß die revolutionäre Euphorie verflogen ist, und angesichts der Bedrohung von außen weniger Möglichkeiten bestehen, um Reformen durchzuführen. Zu den großen und allgemein anerkannten Errungenschaften der Revolution gehören die Alphabetisierungskampagne, die innerhalb von zwei Jahren die Zahl der Analphabeten von 58 auf 12 % senkte. Im gleichen Zeitraum erfolgte ein starker Anstieg der Zahl der Schüler und Studenten sowie eine Belebung kultureller Aktivitäten. Ähnliche Erfolge stellten sich im Gesundheitswesen ein: Die Anzahl der Gesundheitszentren auf dem Lande ist fast vervierfacht worden, es gibt 31 % mehr Krankenhausbetten als 1977 und die Zahl der Impfungen pro Jahr wurde verdreifacht. (3)

Derzeit steht die Verteidigung der Revolution im Vordergrund. Ein erheblicher Teil der staatlichen Gelder wird für Waffeneinkäufe in Frankreich und in den sozialistischen Ländern ausgegeben. Mittlerweile verfügt Nicaragua über russische Panzer, die vor allem an der Grenze mit Honduras stationiert sind, über Flugabwehrgeschosse und Flugzeuge. Das stehende Heer wird auf 50.000 Soldaten ausgebaut, und die Miliz soll bis zu 150.000 Personen umfassen. Die Regierung und die sandinistischen Massenorganisationen rufen die Bevölkerung dazu auf, an den Übungen der Miliz teilzunehmen und sich auf die nationale Verteidigung gegenüber einem Angriff der Konterrevolution und der USA vorzubereiten. Seit Monaten ist die Berichterstattung über die Aktivitäten der „Contra" und über einen vermeintlich bevorstehenden Angriff der USA das beherrschende Thema in den Zeitungen und Nachrichtensendungen. Die patriotische Mobilisierung erfolgt unter der überall anzutreffenden Parole: „No pasaran" – sie werden nicht durchkommen.

Die starke Anspannung unter der Bevölkerung und die Angst vor weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen haben bei Teilen der Nicaraguaner gewisse Ermüdungserscheinungen gegenüber der Revolution hervorgerufen. Dies wurde erstmals anläßlich der offiziellen Feierlichkeiten zum Jahrestag des siegreichen Volksaufstandes am 19. Juli 1982 deutlich. Diesmal fanden die Revolutionsfeiern nicht auf der „Plaza 19 de Julio" in Managua, sondern in der Provinzstadt Masaya statt. Die Teilnehmerzahl war wesentlich geringer als in den Jahren zuvor. Die Tendenz zur Kritik an den Revolutionsführern und der staatlichen Bürokratie hat zugenommen. Dabei spielten die überzogenen Zukunftserwartungen, die nach dem Triumpf des Volksaufstandes von 1979 aufkamen und die im Zuge der nach wie vor konfliktreichen politischen Entwicklung nicht reibungslos eingelöst werden konnten, eine wichtige Rolle. Hinzu tritt eine traditionelle Neigung der „Nicas" zur Kritik an der Obrigkeit. Die zum Teil recht deutlich geäußerte Kritik an der Revolutionsführung bedeutet indessen nicht, daß die Bevölkerung sich in großem Stil dem Lager der Gegenrevolution anschließen würde. Viele von denen, die einzelne Punkte der Regierungspolitik kritisieren, sind gleichzeitig in den Massenorganisationen (etwa den sandinistischen Verteidigungskomitees) aktiv.

Im Verlaufe des Jahres 1982 ist die sozialistische Ausrichtung der nicaraguanischen Revolution deutlicher hervorgetreten. Anläßlich der Feiern zum 1. Mai wurde die Internationale mit der kirchenfeindlichen Strophe gespielt. Daraufhin protestierten kirchliche Gruppen, die ansonsten eng mit den Sandinisten zusammenarbeiten, bei der Regierung, da mit dem Absingen dieser Strophe die religiösen Gefühle der Mehrheit der Bevölkerung verletzt worden seien. (4) Äußerlich kommt die Annäherung an den Sozialismus in den nun häufiger zu findenden Bildern von Marx und Lenin zum Ausdruck. Wieviele von den 9 Kommandanten, die die Parteiführung der „Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN)" bilden, für eine stärkere Anbindung an die sozialistischen Länder eintreten, ist ungewiß. Der außenpolitische Gegensatz zu den USA und das Vorhandensein einer starken marxistisch-leninistischen Fraktion innerhalb der Parteiführung der FSLN, wo die wichtigen politischen Entscheidungen fallen, ist der wichtigste Grund für die Abkehr der bürgerlichen Parteien und Gruppierungen von der Regierung. Im Lande ist die parteipolitische Opposition in der „Coordinadora Democratica Nicaraguense" organisiert. Ihr gehören drei Parteien (Christlich-Soziale, Sozialdemokraten und Liberale), zwei Gewerkschaftsverbände sowie die Unternehmervereinigung Cosep an.

Diese Parteien drängen auf eine Aufhebung des Ausnahmezustandes, Amnestie für alle politischen Gefangenen, Beendigung der Pressekontrolle und Wiederzulassung privater Radio- und Fernsehstationen sowie auf freie Wahlen im Jahre 1984. Die sandinistische Regierung spricht dagegen von einem „revolutionären Pluralismus", zu dem all diejenigen gehören, die für die Revolution eintreten. Wahlen sind für 1985 vorgesehen. In den kommenden Monaten soll ein Parteien- und Wahlgesetz diskutiert und beschlossen werden. Die Möglichkeit eines grundsätzlichen Machtwechsels durch Wahlen ist nicht vorgesehen. Die FSLN vertritt die Ansicht, daß der derzeitige Staatsaufbau das souveräne Volk repräsentiert.

Im Zuge der schlechten Wirtschaftslage sowie der politischen Gegensätze zwischen der FSLN und den Oppositionsparteien hat die Abwanderung von Technikern und Fachleuten 1982 zugenommen. Obwohl viele von ihnen verbal für die Ziele der Revolution eintreten, sind sie nicht bereit, Einkommenseinbußen hinzunehmen und aktiv an den

revolutionären Veränderungen teilzunehmen. Ende 1982 haben sich auch eine Reihe von Personen, die bislang im diplomatischen Dienst oder in den Ministerien für die Revolutionsregierung arbeiteten, ins Ausland abgesetzt. Die dadurch entstandenen Lücken versucht man durch eine Beschleunigung der Ausbildung an den Universitäten und mit Hilfe der Mitarbeit der Internationallisten auszugleichen.

Der Besuch des Papstes

Die innerhalb der Gesellschaft und der Kirche Nicaraguas vorhandenen Gegensätze traten anläßlich des Papstbesuches im März dieses Jahres deutlich hervor. Um die in der internationalen Presse vielfach diskutierten Vorfälle zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick auf die Beziehungen zwischen Kirche und Revolution angebracht.
Als die Sandinistische Befreiungsfront 1979 den Diktator Somoza stürzte, unterstützten nahezu alle Kirchenmitglieder die Aufständischen. In mehreren Hirtenbriefen hatten die Bischöfe die Bereicherungsdiktatur und die sozialen Mißstände kritisiert. Die Bischöfe verwiesen sogar auf die „moralische und gesetzmäßige Legitimation" des Volksaufstandes. Auch der erste Hirtenbrief nach dem Machtwechsel enthielt eine Vielzahl von Übereinstimmungen mit dem Programm der Revolutionsregierung und bekannte sich zu einer Form des freiheitlichen Sozialismus.
Noch deutlicher ergriffen einige Priester Partei für die Revolution. Zwei Priester übernahmen Ministerämter. Weitere 20 Priester arbeiten als Regierungsberater. Viele Ordensleute, Schwestern und die christlichen Basisgemeinden beteiligen sich aktiv an den Reformprogrammen und den sandinistischen Massenorganisationen. Diese religiösen Gruppen und Personen, die sich eindeutig zur Revolution bekennen, werden auch als „Volkskirche" bezeichnet. Dieser Begriff wird von den engagierten Christen in Nicaragua allerdings abgelehnt, da sie die Autorität der Kirchenhierarchie nicht in Frage stellen wollen. Sie betonen vielmehr die Notwendigkeit eines verstärkten innerkirchlichen Dialoges und eines größeren gesellschaftlichen Engagements der Kirche, um so die „Option für die Armen" zu realisieren.
Bei den Bischöfen und einem Teil der Kirche setzte bald eine Distanzierung von der Revolution ein. In verschiedenen Erklärungen warnte die Bischofskonferenz vor den Gefahren marxistischer Einflüsse und vor einer falsch verstandenen ausländischen Hilfe, womit sie auf die Anwesenheit von kubanischen Beratern anspielte. Im Juni 1981 forderten die Bischöfe die Priester in der Regierung auf, unverzüglich von ihren Ämtern zurückzutreten, da sie sonst als Rebellen eingestuft würden. Nach Gesprächen mit dem Vatikan einigte man sich auf einen Kompromiß: Solange die Priester Regierungsposten inne haben, dürfen sie ihr kirchliches Amt nicht ausüben.
Ein Jahr später schaltete sich auch der Papst in die Kontroverse ein und bezeichnete die „Volkskirche" als „eine gefährliche Abweichung vom Willen Gottes", die Gefahren für die Einheit der Kirche in sich berge. Der Brief des Papstes wurde von der Regierung erst nach einigen Wochen zur Veröffentlichung in den Zeitungen freigegeben.
Die Spannungen innerhalb der Kirche sind ein Ausdruck der gesellschaftlichen Gegensätze, die im Zuge der Revolution aufkamen. Nachdem sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien aus der Regierung zurückzogen, entwickelte sich der Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, zum einflußreichsten Kritiker der Revolutionsregierung. Im Unterschied zu den Repräsentanten der bürgerlichen Oppositionsparteien und wirtschaftlichen Interessengruppen ist der Erzbischof eine bekannte Figur. Die Oppositionszeitung „La Prensa" veröffentlicht regelmäßig eine Kolumne des Erzbischofs auf der zweiten Seite der Sonntagsausgabe, in der man ihn als „geistlichen Führer des Volkes" vorstellt. Auch die Radiosender der gegenrevolutionären Kräfte im Ausland versäumen es nicht, am Ende ihrer Übertragungen die Rolle des Erzbischofs gebührend herauszustreichen. Innerhalb der neunköpfigen Bischofskonferenz von Nicaragua sind die politischen Äußerungen Obandos indessen nicht unumstritten.
Im Verlaufe des Jahres 1982 kam es zu einer Zuspitzung der Spannungen zwischen Amtskirche und Revolutionsregierung:
– Zum auslösenden Moment wurde zunächst eine Erklärung der Bischofskonferenz, in der sie die Umsiedlung von Miskoto-Indiandern aus der Grenzregion mit Honduras ins Landesinnere kritisierte und von „schweren Menschenrechtsverletzungen"



Die Kommandanten der FSLN und der Papst

sprach. Die Regierung reagierte heftig auf diese Veröffentlichung und warf den Bischöfen vor, ein rein politisches Dokument mit falschen Informationen veröffentlicht zu haben.

- Den Höhepunkt der Gegensätze leitete ein Vorfall um Pater Carballo, dem Sprecher der Erzdiözese von Managua, ein.
  Nach Darstellungen in zwei regierungsnahen Zeitungen wurde Carballo bei einem Stelldichein mit einer Frau von deren vermeintlichen Ehemann überrascht und auf die Straße gedrängt. Nach Aussagen des Paters in der Oppositionszeitung „La Prensa" wurde er mit Waffengewalt dazu gezwungen. Ein seltsamer Zufall wollte es, daß am Ort des Geschehens das staatliche Fernsehen und verschiedene Fotografen anwesend waren. Am folgenden Tag erschienen Bilder des unbekleideten Paters sowohl im Fernsehen als auch in den Zeitungen.
- Als Reaktion auf diesen Vorfall kam es zur Besetzung verschiedener religiöser Schulen durch katholische Gruppen und Anhänger der "demokratisch-nationalen Bewegung" von Robelo. In Masaya kam es darauf zu Gegenmobilisierungen durch die sandinistischen Massenorganisationen, und zwei Mitglieder der sandinistischen Jugend wurden durch Schüsse aus dem Schulgebäude getötet.
- Ein weiterer kritischer Punkt zwischen der Regierung und der Kirche ist das noch nicht verabschiedete neue Erziehungsgesetz. Die Bischöfe befürchten eine Verstaatlichung der religiösen Schulen und haben mehrfach gegen das Gesetz protestiert.

Wegen der gespannten Beziehungen zwischen den Bischöfen und der Regierung war lange Zeit ungewiß, ob der Papst während seiner Reise durch Mittelamerika überhaupt Nicaragua besuchen würde. Nach Zeitungsmeldungen in der nicaraguanischen Presse hatte der Papst seine Anwesenheit zunächst von dem Rücktritt der Priester aus der Regierung abhängig gemacht. Als der Besuch dann doch bestätigt wurde, übernahm die Regierung zusammen mit den Bischöfen die Organisation des Aufenthaltes. Da 90 % der Bevölkerung katholisch ist, hatte der Besuch eine hohe politische Bedeutung.

Der Aufenthalt des Papstes wurde durch den Tod von 16 Mitgliedern der sandinistischen Jugend überschattet, die wenige Tage zuvor einem Überfall der „Contra" zum Opfer fielen. Daniel Ortega, Mitglied der Regierungsjunta und einer der neun Kommandanten der Revolution, verwies bereits in seiner Begrüßungsansprache auf dem Flughafen auf die Ermordung vieler Nicaraguaner durch die Konterrevolution und auf die agressive Politik der USA gegenüber Nicaragua. Er betonte, daß man gleichzeitig gläubiger Christ und Revolutionär sein könne und hob die historische Bedeutung von drei Geistlichen hervor, die aktiv an den antiimperialistischen Kämpfen in Nicaragua teilgenommen hätten. (5)

Der Papst forderte in seiner ersten Ansprache in Managua die innerhalb wie außerhalb Mittelamerikas wirkenden politischen Kräfte zum Verzicht auf direktes oder indirektes Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der Region auf, denn dadurch werde der wahre Fortschritt der mittelamerikanischen Völker verhindert. Er wandte sich schon auf dem Flughafen „besonders an die tausende und abertausende von Nicaraguanern, die nicht die Möglichkeit gehabt haben, zu den Orten des Zusammentreffens zu kommen, wie sie es gerne möchten". (6) Dies war eine ungerechtfertigte Kritik an der Revolutionsregierung, die den Transport der Gläubigen zur Messe des Papstes in Managua organisiert hatte, zu der über ein Fünftel der Bevölkerung Nicaraguas erschien. Die Rede des Papstes wurde mehrfach von Zwischenrufen („Wir wollen den Frieden") unterbrochen.

Im Unterschied zu Ansprachen in anderen mittelamerikanischen Ländern, in denen er die sozialen Mißstände anprangerte, äußerte sich der Papst in Nicaragua zu seelsorgerischen und innerkirchlichen Angelegenheiten. In der Stadt Leon hob er die Bedeutung der Familie und der Kirche bei der Erziehung hervor. Der Papst warnte vor politischen Einflüssen: „Um den Menschen zu lieben und zu verteidigen braucht ihr keine Ideologien, die eurer christlichen Auffassung widersprechen." (7)

Zu offenen Gegensätzen kam es bei dem abschließenden Gottesdienst in Managua vor über einer halben Million Menschen. Die Veranstaltung fand auf dem Platz statt, wo auch die Revolutionsfeiern durchgeführt werden. Auf dem Podium war kein Kreuz aufgebaut, sondern Portraits von Sandino und Carlos Fonseca, dem Gründer der FSLN. Viele im Publikum hatten Spruchbänder mitgebracht, und neben der Fahne des Vatikans sah man ebenso viele Fahnen der Sandinistischen Befreiungsfront. Der Papst beschäftigte sich in seiner Predigt mit der Situation innerhalb der Kirche Nicaraguas. Er verurteilte politische Betrachtungsweisen, die „Schaffung von parallelen kirchlichen Dienstämtern" und forderte die Einheit der Kirche unter der Führung der Bischöfe. Diese Stellungnahmen bedeuteten eine Kritik der „Volkskirche" und wurden von einem großen Teil der Anwesenden so verstanden. Die Rede des Papstes wurde häufig von Zwischenrufen unterbrochen, die sich für die „Volkskirche" und die Erhaltung der „Volksmacht" aussprachen. Die Mütter der 16 getöteten Mitglieder der sandinistischen Jugend bewegten sich mit den Photos ihrer Söhne auf die Tribüne zu und forderten den Papst zu einem Wort für die Toten und für den Frieden an der Grenze mit Honduras auf. Am Schluß seiner Predigt grüßte der Papst die Miskito-Indianer in ihrer Sprache und sagte wörtlich: „Ich liebe Dich, Volk der Miskito." (8)



Der Papst bei der Ankunft auf der Plaza 19 de Julio. Im Hintergrund ein Bild von Carlos Fonseca.

Auf die Vorfälle auf dem Platz der Revolution folgten gegensätzliche Stellungnahmen: Mehrere mittelamerikanische Bischöfe verurteilten die Sprechchöre als „Sakrileg" und „provokante Versündigung". Radio Vatikan verurteilte die „Versuche der politischen Instrumentalisierung" des Besuches durch die Revolutionsregierung und sprach von „elektronischer Piraterie". Die vordersten Reihen auf der „Plaza 19 de Jolio" seien für Regierungsanhänger reserviert gewesen. Darüber hinaus habe man die Mikrophone manipuliert, und dadurch die Rede des Papstes zeitweise unterbrochen. Nach dem Segen des Papstes sei eine vorbereitete Kassette mit der Revolutionshymne eingelegt und abgespielt worden. (9)
Im „Radio Managua" wurde die Rede des kirchlichen Oberhauptes kritisiert. Der Papst habe „kein einziges Wort der Solidarität zu den Müttern" der erschossenen Jugendlichen und kein „Wort der Ermutigung" für das Volk und die Revolution gesagt. Vielmehr habe er die katholische Bevölkerung dazu aufgefordert, sich hinter Erzbischof Obando y Bravo zu stellen. „der ganz und gar den Interessen der Bourgeoisie in unserem Lande verpflichtet ist." Dies sei eine „politische Aggression" gewesen. Deshalb sei es nur natürlich, daß die Anwesenden mit Sprechchören reagiert hätten. (10)
Die Reaktionen in der Bevölkerung auf die vorfälle waren nicht einheitlich. Ein Artikel in der sandinistischen Zeitung „Barricada" am Tag nach dem Papstbesuch enthält kontroverse Äußerungen: Viele Nicaraguaner erwarteten eine klare Stellungnahme zugunsten der Friedensbestrebungen sowie der gefallenen Milizangehörigen und Soldaten. Andere sahen dagegen in den Sprechchören eine Verletzung des Gottesdienstes und eine unzulässige Politisierung religiöser Veranstaltungen. (11) Einige Tage nach dem Aufenthalt des Papstes kam es im Barrio Bolonia zu einer Demonstration von 500 Katholiken, die gegen die Vorfälle während des Papstbesuches protestierten. Bei dem Demonstrationszug wurden Bilder des Papstes mitgetragen und Parolen für die Kirche ausgerufen („Es lebe das katholische Nicaragua"). (12)
Insgesamt haben die Spannung zwischen einem Teil der Kirche und der Revolutionsregierung durch den Papstbesuch eher zugenommen. Mit seinen Äußerungen hat der Papst eindeutig Stellung für die Amtskirche bezogen, die in Nicaragua vor allem mit der Person von Erzbischof Obando y Bravo identifiziert wird, der im offenen Gegensatz zur Revolution steht.

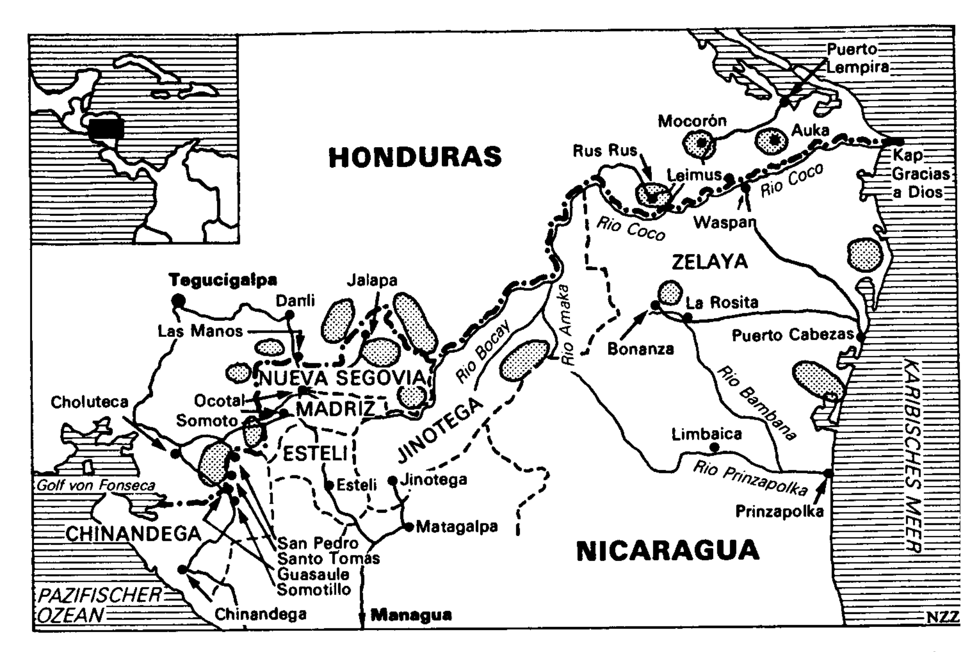
Der Aufmarsch der Konterrevolution

Das geringe Ausmaß an Gewaltanwendung gegen die Somoza-Anhänger nach dem Sieg der Revolution läßt häufig in Vergessenheit geraten, daß es bereits seit längerer Zeit in den grenznahen Gebieten des Landes zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen ist. Im Verlaufe des Jahres 1982 haben die Kämpfe beständig zugenommen. Durch die ausführliche Berichterstattung in der internationalen Presse sind sie nun auch ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit getreten.
Die Regierung hat im März 1983 folgende Angaben über das Ausmaß der Vorstöße der Contra und die Zahl der Opfer veröffentlicht: Seit 1980 habe es 152 Infiltrationen von Honduras aus nach Nicaragua gegeben. 6.000 ehemalige Mitglieder der somozistischen Nationalgarde seien daran beteiligt gewesen. Hinzu kamen 258 Provokationsversuche gegenrevolutionärer Kräfte, die von honduranischem Territorium ausgegangen seien. 362 Personen seien als Folge der bewaffneten Auseinandersetzungen gestorben. Es gab 65 Verletzte, 49 Entführungen und 19 Verschwundene. (13)
Die Contra versucht durch Terroraktionen die Bevölkerung einzuschüchtern und dadurch die Mitarbeit an den sandinistischen Massenorganisationen zu verhindern. Die Gegenrevolution setzt sich aus unterschiedlichen Gruppen zusammen: Die früheren Mitglieder der somozistischen Nationalgarde operieren vor allem von Lagern in Honduras aus. Mittlerweile haben sie in den schwer zugänglichen Nordregionen Nicaraguas auch Stützpunkte und Ausbildungslager errichtet (vgl. Karte). An der Atlantikküste hat die Contra Zulauf von den Miskito-Indianern, die der sandinistischen Regierung teilweise ablehnend gegenüberstehen. Mitte des vergangenen Jahres kam es in der Region der Atlantikküste zu Kämpfen. Erklärtes Ziel der im Norden operierenden Contra ist es, ein „befreites Gebiet" für eine Gegenregierung zu erkämpfen. Seit Ende 1982 drangen gegenrevolutionäre Kräfte verstärkt nach Matagalpa und Jinotega vor, und es kam zu heftigen Kämpfen. Diese Region war früher eine



Die Mütter der ermordeten Jugendlichen während der Papstrede

Hochburg der „Liberalen Partei" von Somoza, und viele der ehemaligen Nationalgardisten stammen aus diesem Gebiet. (14) Aus diesem Grunde hat die Revolutionsregierung Schwierigkeiten gehabt, in den ländlichen Regionen einen dauerhaften Rückhalt aufzubauen. Die vom Norden aus operierenden gegenrevolutionären Kräfte sind in dem Frente Democratico Nicaraguense (FDN) organisiert. Diese Gruppierung wird von früheren Mitgliedern der Somoza-Garde beherrscht. In den letzten Wochen sind einige der bekanntesten Somozisten aus taktischen Gründen aus den Führungspositionen dieser rechtsextremen Organisation zurückgezogen worden, in der Hoffnung ihr dadurch eine größere Anziehungskraft zu verleihen. Nach Angaben der Zeitschrift „Time" ist die FDN folgendermaßen aufgebaut: An der Spitze steht ein politisches Koordinationskomitee. Darunter befinden sich drei militärische Gruppierungen, die die bewaffneten Aktionen durchführen: Die erste Gruppe soll aus Ex-Nationalgardisten bestehen, die zweite Gruppe aus honduranischen Militärs und einem argentinischen Offizier. Die dritte Gruppe soll schließlich aus CIA-Experten und US-Militärs des Southern Command mit Sitz in Panama bestehen. Der Botschafter der USA in Tegucigalpa, John D. Negroponte, koordiniert laut „Newsweek" und „Time" die Bewaffnung und Ausbildung der Gruppierungen in Honduras. (15) Die Zahlenangaben über die Gefolgschaft der FDN schwanken zwischen 2.000 und 10.000.



Das Gebiet um die Grenze zwischen Nicaragua und Honduras. Die panamerikanische Strasse verläuft zwischen Managua und Tegucigalpa über Esteli, Somoto und Choluteca. Punktiert die Gebiete, in denen nach amerikanischen und nicaraguanischen Quellen auf honduranischem Boden Lager bewaffneter antisandinistischer Gruppen liegen oder die (in Nicaragua) von diesen Gruppen infiltriert sind.

Nach einem Bericht des US-Nachrichtenmagazins Newsweek hat der amerikanische Geheimdienst CIA 30 Mio DOllar zur Unterstützung der gegenrevolutionären Kräfte in Honduras ausgegeben. Des weiteren sollen die USA den Rebellen häufig Geheimdienst-Berichte über Bewegungen nicaraguanischer Regierungstruppen liefern. Mehr als 50 Militärberater der USA haben im vergangenen Jahr paramilitärische Einheiten in Honduras ausgebildet. Neben nordamerikanischen sind argentinische Militärs an der Ausbildung der Contra beteiligt.

Die im Süden an der Grenze mit Costa Rica operierenden gegenrevolutionären Kräfte haben bisher nicht so starke Aktivitäten entfalten können. In dem südlichen Teil Nicaraguas betreibt die „Demokratisch-Revolutionäre Allianz" (ARDE) die regierungsfeindlichen Aktionen. Im Gegensatz zur FDN gehören der ARDE eine Reihe von Personen an, die zum Sieg der sandinistischen Revolution 1979 beigetragen haben. Dies gilt vor allem für Eden Pastora, bekannt als „Comandante Cero", der bis 1980 ein Held der sandinistischen Bewegung war. Daneben gehört das ehemalige Mitglied der Junta des Nationalen Wiederaufbaus, Alfonso Robelo, der ARDE an. Im Dezember 1982 forderte die ARDE von der Revolutionsregierung freie Wahlen bis Juli 1983. Ansonsten würden sie mit bewaffneten Aktionen beginnen. Anders als die FDN lehnt die ARDE die Revolution nicht rundweg ab, sondern bekennt sich zu einzelnen Errungenschaften, wie der Alphabetisierungskampagne. Die sandinistischen Kommandanten hätten allerdings die Revolution verraten. Deshalb müsse es darum gehen, wieder zu den eigentlichen Zielen des Volksaufstandes von 1979 zurückzukehren. Die ARDE-Mitglieder bezeichnen sich selbst als „demokratische Revolutionäre", die sowohl gegen die Sowjetunion als auch gegen einen zu starken Einfluß der USA eingestellt seien.

Nach Zeitungsmeldungen soll Pastora Anfang April mit einem Hubschrauber nach Nicaragua geflogen sein und dort den Kampf gegen die Revolutionsregierung aufgenommen haben. (16) Auf längere Sicht könnte die ARDE ein gefährlicherer Gegner der Revolution werden als die im Norden operierende Contra. Ihre politischen Führer werden nicht direkt mit dem Somoza-Regime in Verbindung gebracht. Eden Pastora verfügt darüber hinaus über Popularität innerhalb der nicaraguanischen Bevölkerung. Trotz der massiven militärischen und finanziellen Unterstützung durch die USA hat die Contra große politische Schwächen: Zum einen sind die Anti-Sandinisten untereinander zerstritten, und es fehlt ihnen ein politisches Programm. Zum anderen vertrauen die Nicaraguaner den vollmundigen demokratischen Absichtserklärungen der Gegenrevolution nicht. Denn im Unterschied zu einzelnen deutschen Journalisten, die die „demokratischen Ideale" der Contra hervorheben, (17) ist die Erinnerung an die Somoza-Zeit in Nicaragua gegenwärtig und der plötzliche Sinneswandel wird den ehemaligen Nationalgardisten nicht abgenommen.

Entgegen den Erwartungen der Gegenrevolutionäre und der US-Regierung ist die erhoffte massive Unterstützung durch die Bevölkerung ausgeblieben. Die Analyse der CIA geht ähnlich wie 1961 bei der Schweinebuchtinvasion in Kuba davon aus, daß sich die Bevölkerung massiv von der Revolutionsregierung abwenden würde. (18) Bislang ist diese Strategie gescheitert. Innerhalb der Bevölkerung ist zwar die Angst vor einem neuen langandauernden Konflikt gewachsen, aber die große Abwendung von der Revolution hat nicht stattgefunden. Allerdings verhindert die ständige externe wie interne Bedrohung die Durchführung von Reformprogrammen und trägt dadurch zur Schwächung der Revolutionsregierung bei.

Die Bemühungen um eine friedliche Lösung

Die bewaffneten Auseinandersetzungen an der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua könnten sich zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den beiden mittelamerikanischen Nachbarstaaten entwickeln. Bei einem Anhalten der Aktivitäten der von Honduras aus operierenden gegenrevolutionären Kräfte ist nicht ausgeschlossen, daß die sandinistische Armee einen Gegenschlag auf die in Honduras gelegenen Lager unternimmt.

Angesichts dieser Gefahr haben verschiedene lateinamerikanische Staaten in den letzten Wochen verstärkte Bemühungen unternommen, um eine friedliche Regelung in Mittelamerika herbeizuführen. Vier Länder der Region, Kolumbien, Venezuela, Panama und Mexiko, haben sich in der sogenannten Contadora-Initiative zusammengeschlossen. Die Außenminister dieser Länder sollen Verhandlungen zwischen fünf mittelamerikanischen Ländern einleiten. Als erste Verhandlungsthemen sind vorgesehen: Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten, Nichtzulassung von bewaffneten Gegnern einer anderen Regierung im Grenzgebiet, Kontrolle der Waffentransporte über die Grenzen und die Verringerung der Zahl ausländischer Militärberater. Bisher hat Honduras Einwände gegen verschiedene Punkte der Initiative erhoben.
Die Contadora-Initiative wird von der Regierung Gonzalez in Spanien und der Sozialistischen Internationale unterstützt. Die Vereinigten Staaten haben bisher noch nicht eindeutig zu dieser Initiative Stellung genommen. Dagegen scheint bei den europäischen Staaten eine Bereitschaft zu bestehen, die Verhandlungen zu unterstützen.

Nikolaus Werz

Anmerkungen

1. FAZ 11.4.83 und Deutsch-Südamerikanische Bank, Kurzbericht über Lateinamerika (Nr. 1/83), S. 95-101.
2. El Pais 22.2.83.
3. NZZ 22.12.82.
4. So etwa das Centro Antonio Valdivieso in verschiedenen Erklärungen.
5. Der volle Wortlaut der Rede ist in „Barricada" vom 5.3.83 abgedruckt.
6. L'Osservatore Romano, Wochenausgabe in deutscher Sprache, 18.3.83, Nr. 11, S. 4.
7. Zitiert nach Katholische Nachrichtenagentur (KNA), Nr. 54, 5.3.83.
8. Ein Abdruck der Papstrede findet sich in L'Osservatore Romano, 18.3.83, Nr. 11, S. 5 und S. 8.
9. KNA, Nr. 56, 8.3.83.
10. Radio Managua zit. nach Monitor-Dienst, Lateinamerika, 7.3.83, S. 6.
11. Vgl. dazu den Artikel „Pueblo opina sobre la visita del Papa", in: Barricada 6.3.83, S. 10.
12. Barricada 14.3.83.
13. Diese Angaben wurden der Rede von Daniel Ortega auf der Blockfreien-Konferenz in Neu Dehli entnommen. Der gesamte Text ist in Barricada vom 10.3.83 enthalten.
14. Vgl. dazu NZZ vom 25.12.82 und NZZ vom 25.3.83. Zu den Miskitos vgl.: Lateinamerika-Nachrichten 112, (Februar 83), S. 56 f.
15. Time, 4.4.83.
16. FAZ 19.4.83.
17. So Detlef von Appunn in einem Artikel in Die Zeit, Nr. 15, 8.4.83, S. 5.
18. Tad Szulc, Se esta gestando una nueva Bahia de Cochinos en Nicaragua?, in: El Pais 17.4.83. Tad Szulc hatte als erster Journalist Hinweise auf die Schweinebuchtinvasion 1961 veröffentlicht.
19. FAZ vom 18.4.83.

Black Hills/USA

Wounded Knee 10 Jahre danach

27. Februar 1973: Mitglieder der amerikanischen Indianerbewegung (AIM) besetzen eine kleine Siedlung am Südrand des Sioux-Reservates „Pine Ridge" (Süddakota). Wounded Knee, so der Name des kleinen Ortes, hat für die Indianer historische Bedeutung. 1890 wurden hier 250 Sioux von der US-Kavallerie niedergeschossen.
An dieser Stelle protestierten rund 80 Jahre später AIM-Indianer erneut gegen die Ausbeutung durch die Weißen und deren Günstlinge in den eigenen Stammesverwaltungen. 10 Wochen dauerte die Besetzung. US-Bundestruppen und FBI-Beamte belagerten Wounded Knee. Doch nicht die schwerbewaffneten Sheriffs setzten den AIM-Aktivisten zu, sondern die (von Weißen eingesetzte) Stammespolizei und Schlägertrupps um den regierungsfreundlichen Stammeschef Richard Wilson. Am 27. März wurde der Lakota-Indianer Lawrence Lamont bei einem Feuergefecht mit der Wilson-Gruppe getötet, der Apache Clearwater wurde aus einem Hubschrauber heraus erschossen. Trotz ständiger Gefechte kam es zu Verhandlungen zwischen den Behörden und den Aktivisten des American-Indian-Movement.
Nach 71 Tagen wurden den Indianern Straffreiheit und die Wiedereinsetzung des Indianerschutzabkommens (1) von 1868 garantiert.
Entgegen den Vereinbarungen wurden die Wounded-Knee-Besetzer festgenommen. Ihre Führer, Russell Means und Leonard Crow Dog wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Erst Jahre später kamen sie frei: Russell Means wurde 1979 auf Bewährung unter der Auflage entlassen, auf politische Aktivitäten zu verzichten.
Wounded Knee fiel in den trostlosen Reservatsalltag zurück. Doch AIM-Mitglieder machten auch in den vergangenen Jahren durch weitere „symbolische" Aktionen auf ihre Forderungen aufmerksam. So wurden die Black Hills (Paha Sapa) besetzt, da diese „heiligen", uranhaltigen Berge von US-Energie-Konzernen ausgebeutet werden sollen. Der Staat Süd-Dakota vergab inzwischen die Schürfrechte für das 4,8 Millionen Hektar große Gebiet. Am 18. Januar 1982 bestätigte der Oberste Gerichtshof der USA in letzter Instanz diese Entscheidung des Bundesstaates.
Die Kürzungen im Sozialprogramm der Reagan-Regierung verschärfen unterdessen das Elend (2) in den Indianerreservaten. Die Forderungen von Wounded Knee bleiben auch heute noch aktuell.

Anmerkungen:

1) Das Abkommen von 1868 zwischen den Lakota-Indianern und den USA garantierte die völlige Souveränität der Lakota-Nation über ihr Territorium und die Belange ihres Volkes. Der Vertrag teilt das gesamte westliche Süd-Dakota den Indianern als Reservat zu. Die damalige Reservation schloß auch das Gebiet der uranhaltigen Black Hills mit ein.
2) Einige Daten veranschaulichen das Elend, das die AIM-Indianer zu ihren spektakulären Aktionen führte: Die Lebenserwartung beträgt bei den Indianern nur 47 Jahre, die der weißen liegt bei 71 Jahren. Die Arbeitslosenrate beträgt rund 50 Prozent, das mittlere Familieneinkommen beläuft sich auf 4000 Dollar. Zum Vergleich: das Familieneinkommen der Weißen liegt bei rund 10.000 Dollar im Jahr. Alle Angaben nach: Süddeut. Zeitung, 10. März 1983.

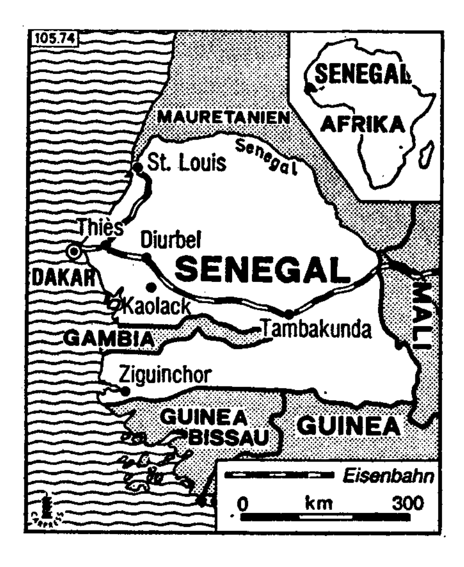
Senegal

Auf dem Weg zur Demokratie?

Die kombinierten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 27. Februar 1983 waren aufgrund ihrer weitgehenden Offenheit ein politisches Ereignis, das in Afrika Seltenheitswert hat. Zu denken geben könnte allerdings der überwältigende Wahlsieg des bisherigen Präsidenten Abdou Diouf und seiner 'Parti Socialiste'. Denn an sich hat die Bevölkerung trotz aller politischen Liberalität, die im Lande herrscht, kaum einen Anlaß zu derartigen Vertrauensbeweisen gegenüber der Regierung. Dennoch scheint das Wahlergebnis im großen und ganzen aber korrekt zustande gekommen zu sein. Der Grund für den Wahlsieg dürfte vor allem in dem spezifischen Verständnis von Politik zu suchen sein, daß den meisten Wählern im Senegal zu eigen ist. Danach sind für die Wahlentscheidung nämlich weniger politische Programme ausschlaggebend als vielmehr die konkreten materiellen Vorteile, die ein Kandidat seinem Wahlkreis verschaffen kann. Das hat zur Folge, daß die regierende Partei selbst in weitgehend freien Wahlen praktisch immer unschlagbar ist, hat sie doch den direkten Zugang zu den staatlichen Ressourcen.

Wahlen sind in Afrika, dem Kontinent der Einheitsparteien und der starken Männer, in der Regel eher Rituale als tatsächliche Entscheidungsmöglichkeiten zwischen politischen Alternativen. Rituale, die freilich nicht funktionslos sind, versehen sie doch die Herrschenden in den Augen ihrer westlichen Kreditgeber mit einem Mindestmaß an 'demokratischer' Legitimation, während sie den Beherrschten wenigstens ansatzweise das Gefühl vermitteln, in das politische System integriert zu sein. Der Ablauf des Rituals kann dabei recht unterschiedlich sein: wo hier unter dem Etikett einer 'afrikanischen Demokratie' lediglich einer Einheitsliste akklamiert wird, sorgt dort eine lizensierte 'Opposition nach Maß' immerhin für eine gewisse Belebung, während woanders sogar die Gelegenheit geboten wird, einige unwichtige Randfiguren des Machtzentrums abwählen zu können. Doch wie die Inszenierungen im einzelnen auch immer aussehen mögen, eins ist überall gleich: diejenigen, die vor den Wahlen an der Macht waren, sind es auch nachher.

Umso bemerkenswerter sind vor diesem Hintergrund die Wahlen, die am 27.2.83 in der westafrikanischen Republik Senegal stattgefunden haben. Insgesamt waren es dort nämlich nicht weniger als sieben Oppositionsparteien und drei Präsidentschaftskandidaten, die gegen die seit zwanzig Jahren dominierende 'Parti Socialiste' (PS) bzw. den seit Anfang 1981 amtierenden Staatspräsidenten Abdou Diouf angetreten waren. Noch bemerkenswerter als diese Vielfalt der Parteien und Kandidaten selbst ist jedoch der Umstand, daß sie nicht die Folge eines gescheiterten Militärregimes ist, wie in Ghana, Nigeria und Obervolta, wo es nach dem Rückzug der Militärs in die Kasernen ja ebenfalls zu Wahlen und einem zeitweiligen Aufschwung des Parteienlebens gekommen war, sondern offensichtlich das Ergebnis einer politischen Entscheidung, die von einem fest installierten Regime ohne erkennbaren Zwang getroffen wurde.



In der Tat betrachtet man in den Regierungskreisen der Hauptstadt Dakar die Februar-Wahlen als bislang wichtigsten Schritt einer von oben eingeleiteten 'demokratischen Öffnung', durch die das Land in nicht allzu ferner Zukunft den Anschluß an die westlichen Demokratien finden soll. Ihren Anfang genommen hatte diese Entwicklung bereits im Jahre 1974, also noch zur Zeit des damaligen Präsidenten Leopold Sedar Senghor, als mit der offiziell abgesegneten Gründung einer Oppositionspartei – der 'Parti Democratique Senegalais' (PDS) des Rechtsanwalts Abdoulaye Wade – das seit 1966 bestehende politische Monopol der Regierungspartei PS durchbrochen wurde. Weitere Etappen waren dann die Teilnahme der PDS und einer inzwischen zugelassenen weiteren Oppositionspartei an den Wahlen 1978, der freiwillige Rücktritt Senghors Ende 1980 zugunsten seines langjährigen Premiers und designierten Nachfolgers Abdou Diouf – ein bis dahin in Afrika beispielloser Vorgang – und schließlich ein Jahr später die Aufhebung aller für die Neugründung von Parteien noch geltenden gesetzlichen Beschränkungen.

Allerdings wird der Glaube an den senegalesischen Weg zur Demokratie nicht von jedermann im Lande geteilt. Für die Opposition jedenfalls ist er – auch wenn sie ihm die legale Existenz überhaupt erst verdankt – nichts weiteres als der grandiose Bluff eines neo-kolonialen Regimes, und namentlich die Februar-Wahlen sind in ihren Augen lediglich ein 'Schauspiel, das noch nicht einmal die Bezeichnung Wahlbetrug verdient.'

Das 'volksdemokratisch' anmutende Wahlergebnis scheint ihnen auf den ersten Blick denn auch durchaus Recht zu geben:

84 % für den Sieger Abdoul Diouf und 80 % für die PS, aber nur 14,6 % für seinen Hauptgegner Abdoulaye Wade und 14 % für dessen PDS. Die restlichen Parteien fanden sich als unbedeutende Splitterparteien wieder. Als einziger von ihnen gelang es der RND des renommierten Archäologieprofessors Cheikh Anta Diop, der selbst für die Präsidentschaft nicht kandidiert hatte, mit 2,6 % einen Parlamentssitz zu gewinnen.

Dennoch muß bezweifelt werden, ob die Wahlniederlage der Opposition tatsächlich nur das Ergebnis eines großangelegten Wahlbetrugs ist. Denn trotz unstrittig vorgefallener Unregelmäßigkeiten – so wurden tausende von gefälschten Wahlkarten verteilt, die PS-Anhängern die mehrfache Stimmabgabe möglich machten – schienen die Wahlen für afrikanische Verhältnisse immer noch vergleichsweise korrekt und reibungslos abgelaufen zu sein. So schätzen denn selbst kritische Beobachter, daß die Opposition unter 'normalen Bedingungen' statt ihrer jetzigen neun nicht mehr als maximal vierzig der insgesamt hundertzwanzig Parlamentssitze erhalten hätte. Offensichtlich gingen die Wahlfälschungen auch weniger auf das Konto der Regierung, als auf das einiger finanziell potenter PS-Funktionäre, die glaubten, bei einem schlechten Abschneiden der Partei um ihre Positionen fürchten zu müssen.

Insgesamt standen den etwa 1,9 Millionen Wahlberechtigten 3090 Wahllokale zur Verfügung, also im Schnitt eins für 600 Wähler – ein Verhältnis, das selbst in Europa als sehr gut gelten kann. Anders als bei den Wahlen von 1978 lag die Aufsicht über die Wahllokale diesmal nicht bei den jeweiligen örtlichen Bürgermeistern, die ja durchweg der PS angehören, sondern bei der vergleichsweise politisch neutralen Verwaltung.

Die Parteien waren durch Beobachter vertreten, wodurch zumindest auf dem Lande, wo man sich meist persönlich kennt, der mehrfachen Stimmabgabe Grenzen gesetzt waren. Überdies war, außer in Dakar, am Wahltag jeglicher private Autoverkehr verboten, um zu verhindern, daß Wähler in mehreren Orten zugleich ihre Stimme abgaben. Gewählt wurde nach deutschem Vorbild, also sowohl direkt als auch über Landeslisten. Im Unterschied zum deutschen Wahlrecht war man der Opposition allerdings insoweit entgegengekommen, als auf die Hürde der 5 %-Klausel verzichtet worden war – für einen Parlamentssitz reichte bereits ein Stimmenanteil von 1,7 % aus. Auch der Wahlkampf selbst verlief offenbar weitgehend korrekt. Von Behinderungen in der Bewegungs- und Redefreiheit der Opposition ist, abgesehen von vereinzelten Störungen durch PS-Anhänger, jedenfalls nichts bekannt geworden. Ebenso wie der Regierungspartei wurden den Oppositionsparteien gegen eine Kautionszahlung vom Staat die Wahlkampfkosten erstattet und auch der Zugang zu den staatlich kontrollierten Medien – Radio, Fernsehen sowie der einzigen Tageszeitung des Landes, der in Dakar erscheinenden 'Le Soleil' – stand ihnen offen. Zwar war das Gewicht in der eigentlichen Berichterstattung hier zugunsten der Regierung verschoben, doch dürfte dieser 'Platzvorteil' dadurch relativiert worden sein, daß diese Medien in erster Linie ohnehin nur die städtische Bevölkerung erreichen, also nicht mehr als 30 % der Gesamtbevölkerung.
Ist der Wahlausgang also doch der Ausdruck einer breiten Zustimmung der Bevölkerung zum bestehenden System? Leben die Senegalesen tatsächlich in der für ihre Begriffe besten aller denkbaren Welten?

Politische Liberalität ....

Zumindest nicht in der schlechtesten, ist der Senegal heute mit Sicherheit doch einer der politisch freizügigsten Staaten Afrikas: weder die Presse noch die Parteien unterliegen irgendwelchen Beschränkungen, die Gerichte sind weitgehend unabhängig und politische Gefangene – im allgemeinen der entscheidende Prüfstein für das politische Klima eines Landes der Dritten Welt – gibt es derzeit nicht. Der Jahresbericht 1981 von 'amnesty international' erwähnt das Land denn auch mit keinem Wort – ein indirektes politisches Kompliment, das auf dem Kontinent sonst nur noch Obervolta zuteil wurde.
Die Gründe für diese Liberalität sind zu einem guten Teil in der Geschichte des Landes zu suchen, das als älteste und zugleich wichtigste Kolonie Frankreichs in Afrika schon immer eine Sonderrolle gespielt hatte. Aufgrund seiner Brückenkopffunktion bei der französischen Eroberung Westafrikas hatte sich hier nämlich bald eine einheimische Schicht von Händlern, Intellektuellen und Verwaltungsbeamten herausgebildet, der die Metropole gewisse politische Rechte schließlich nicht mehr vorenthalten konnte. Bereits 1789 erschien eine senegalesische Abordnung mit einer Beschwerdeliste vor den in Paris zusammengetretenen Generalständen und 1848 erhielten die vier wichtigsten Gemeinden des Landes sowohl das Selbstverwaltungsrecht als auch das Wahlrecht zur französischen Nationalversammlung – ab 1914 war es sogar stets ein schwarzer Abgeordneter, der den Senegal im Palais Bourbon vertrat. Die Folge war, daß sich im Senegal bereits zu einer Zeit ein zwar begrenztes, aber dennoch lebhaftes politisches Leben entwickelt hatte, als in den anderen Kolonien des Kontinents selbst die bescheidensten Forderungen nach Mitverwaltung noch wie Utopien wirken mußten. Produkt und gleichzeitig personifizierter Ausdruck dieser liberalen Grundtendenz war der von 1958 bis 1980 amtierende erste Staatspräsident des Landes, Leopold Sedar Senghor. Obwohl durchaus machtbewußt und gerade in der Konsolidierungsphase seiner Präsdentschaft nicht immer zimperlich im Umgang mit politischen Gegnern, hatte der 'President poete' und Philosoph der 'Negritude' doch stets mehr von einem französischen 'Homme des lettres' an sich als von einem rücksichtslosen Machtpolitiker.



Der Wahlsieger

Wenn Gegner ausgeschaltet wurden, dann geschah das eher durch politische Geschicklichkeit als durch schiere Gewalt – mit dem Ergebnis, daß auch schon vor der 'Demokratischen Öffnung' die Zahl der politischen Gefangenen immer nur sehr gering gewesen war.

.... und wirtschaftliche Schwierigkeiten

Indessen, 'Zeitungen machen nicht satt', wie man im Senegal sagt. Mit anderen Worten, die politischen Freiheiten ihres Landes sagen dem Großteil der Bevölkerung nur wenig, liegen ihre Hauptprobleme doch ganz woanders. Denn namentlich auf dem Land, wo 70 % der Senegalesen leben, hat sich seit der Unabhängigkeit nicht allzu viel geändert: die Unterversorgung mit Straßen, Brunnen, Schulen und Krankenstationen ist nach wie vor chronisch und in einigen Gebieten, vor allem in der Casamance und der Region Fleuve, kommt die Bevölkerung nur über die Runden, weil die jungen Leute sich als billige Arbeitskräfte im Ausland – besonders in Frankreich – verdingen. Hier zeigt sich die Kehrseite von Senghors französisch-urban geprägter Intellektualität: während sich die Hauptstadt Dakar immer mehr zu einem weitgehend unproduktiven Wasserkopf aufblähte, wurde die ländliche Entwicklung sträflich vernachlässigt. So gab man zwar ein Drittel des gesamten Staatshaushaltes für Bildung und Kultur aus, doch auf dem Land beträgt die Analphabetenrate immer noch 80-90 %, weil der Löwenanteil des Geldes eben nicht dorthin, sondern in die Gymnasien und die Universität von Dakar floß.
Ebensowenig gelang es der Regierung, in den zwanzig Jahren der Unabhängigkeit die Zwangsjacke der Erdnuß – seit der Kolonialzeit Senegals Hauptexportprodukt – abzustreifen und die Landwirtschaft sinnvoll zu diversifizieren, um so genügend Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung produzieren zu können. Statt dessen mußten beispielsweise 1980 ein Drittel des Hirse- und über drei Viertel des Reis- und Weizenbedarfs impor-

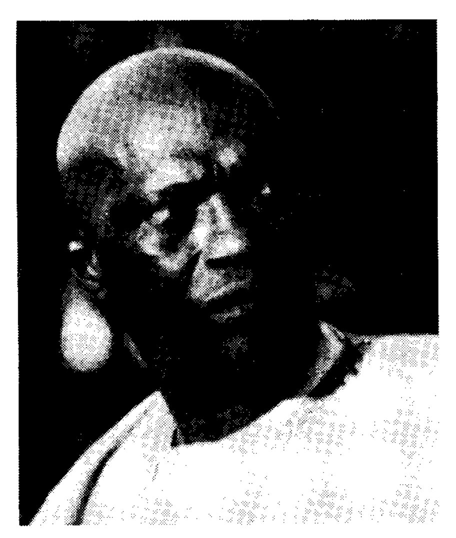
tiert werden. Denn obwohl die Schere zwischen den Erdnußpreisen und denen für die importierten Insektizide und Düngemittel immer weiter auseinanderklaffte, blieb die Erdnuß nach wie vor das Exportprodukt Nummer eins – man brauchte eben Devisen. Aber nicht für die bäuerlichen Produzenten, sondern für den europäisch geprägten Konsum eines wuchernden Staatsapparates – 70.000 Staatsdienern stehen nur 110.000 Beschäftigte im privaten Bereich gegenüber – dessen Gehälter allein schon 60 % des laufenden Haushalts verschlingen und der sich von den Bauern ernährt wie eine gefräßige Raupe von dem Blatt, auf dem sie sitzt. So steckte die staatliche Vermarktungsgesellschaft für Erdnüsse, die berühmt-berüchtigte ONCAD, ohne nennenswerte Gegenleistung über 60 % des Verkauferlöses in die eigene Tasche, während man der SAED, einer Organisation zur Förderung des Reisanbaus im Senegaldelta, nachsagt, daß sie bisher mehr Bürokraten als Reis produziert habe.

Für die Mehrzahl zumindest der ländlichen Bevölkerung gäbe es also kaum einen Grund, mit einer vier-Fünftel-, bzw. unter Einbeziehung der Wahlmanipulationen drei-Fünftel-Mehrheit dem bestehenden System ihre Zustimmung auszudrücken. Nach einem europäischen Verständnis von Politik wäre ein Regierungswechsel im Grunde schon längst fällig gewesen. Sicher, Abdou Diouf gibt sich volkstümlicher als sein professioneller Vorgänger und seine bisherige Reformpolitik – Einsetzung eines Anti-Korruptionsgerichtshofes, Auflösung der ONCAD, Heraufsetzung des Ankaufpreises für Erdnüsse sowie ein großzügiger Schuldenerlass für die Bauern – hat gezeigt, daß er sich von diesem nicht nur in Stilfragen abheben will Aber andererseits kann dieser Kurs der 'Desenghorisation' nicht die Tatsache vergessen lassen, daß Diouf immerhin zehn Jahre Senghors Premierminister und damit Vollstrecker seiner Politik gewesen war. Zudem ist es fraglich, ob



In einem Wahllokal in Dakar

die Reformen tatsächlich zu nachhaltigen Veränderungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur des Landes führen werden. So bedeutet der neue Erdnußpreis ja gerade keine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Erdnuß-fixierten Politik, abgesehen davon, daß er wahrscheinlich nicht von langer Dauer sein wird, da er aufgrund ständig sinkender Weltmarktpreise schon jetzt nur durch staatliche Subventionen gehalten werden kann. Und was die Auflösung der ONCAD betrifft, so wird das parasitäre Heer der Bürokraten deswegen kaum geringer werden. Im Gegenteil, ein solches gigantisches Technokratenprojekt wie die Regulierung des Senegal-Flusses, das auch die neue Regierung weiterverfolgt, dürfte die Zahl der Bürokraten eher weiter ansteigen lassen und deren Zugriff auf die Landbevölkerung noch verstärken.



Der Konkurrent

Politique à la Sénégalaise: Cliquen und Marabouts

Doch mit einem europäischen Politikverständnis lassen sich die Verhältnisse im Senegal nur unzureichend erfassen. Denn wie auch sonst in Afrika ist 'Politik' hier weniger eine Auseinandersetzung um Programme und Weltanschauungen, als eher ein Kampf vornehmlich städtischer Eliten um die staatlichen Ressourcen – wegen der Schwäche und der Auslandsabhängigkeit seines ökonomischen Sektors praktisch die einzigen, die das Land gesellschaftlichen 'Aufsteigern zu bieten hat. Die beiden Protagonisten des Wahlkampfes – PS und PDS – sind daher auch keine Massenparteien oder Vertreter bestimmter sozialer Gruppen, sondern vor allem Konglomerate persönlicher Cliquen und politischer 'Seilschaften', die sich weder in ihren ohnehin recht verschwommenen Programmen noch in ihrer sozialer Zusammensetzung wesentlich voneinander unterscheiden. So beriefen sich während des Wahlkampfes beide Parteien lautstark auf die 'ländlichen Massen', genauso wie sie beide ihre Kandidaten aber fast ausschließlich unter Lehrern, Beamten und Freiberuflern rekrutierten. Wie groß die Austauschbarkeit zwischen den Parteien und wie gering der Stellenwert von politischen Programmen im Senegal ist, hatte sich im Übrigen schon zu Beginn der 'Demokratischen Öffnung' gezeigt. Damals waren mehrere PS-Kader, die in ihrer Partei nicht zum Zuge gekommen waren, mitsamt ihrem persönlichen Anhang zur gerade gegründeten Konkurrenz übergelaufen, während umgekehrt nach den Wahlen von 1978 acht der insgesamt achtzehn PDS-Abgeordneten aufgrund lukrativer finanzieller Angebote zur Regierungspartei übergewechselt waren.

Die restlichen der insgesamt acht Parteien, die zu den Februar-Wahlen angetreten waren, gaben sich 'weltanschaulich' zwar dezidierter als PS und PDS – sechs von ihnen bezeichneten sich immerhin als marxistisch – doch waren die jeweiligen Programme jenseits einer allgemeinen anti-imperialistischen Rhetorik nicht minder vage. Offensichtlich handelte es sich hier um Gruppierungen, die mehr die internen theoretischen Auseinandersetzungen hauptstädtischer Intellektueller widerspiegelten, als tatsächlich im Lande vorhandene sozio-politische Strömungen. Diese Austauschbarkeit bzw. Abgehobenheit der Parteien und ihrer Aussagen ist jedoch nicht nur den Eliten anzulasten. Denn die Maxime, daß das Hemd näher ist als die Jacke, also persönliche Vorteile vor politischen Programmen den Vorrang ha-

ben, gilt im Senegal ebenso für die meisten Wähler, besonders diejenigen auf dem Land. Ein Brunnen oder eine Krankenstation für das eigene Dorf, ein Job für den Sohn spielen hier eine wichtigere Rolle als alle inhaltlichen Aussagen, auch wenn sie 'objektiv' noch so richtig sein sollten. Hinter diesem Verhalten verbirgt sich indessen weder ein 'traditioneller' Partikularismus, noch eine politische Apathie, sondern ein durchaus rationales Verhalten. Denn in einem Land, dessen materielle Ressourcen begrenzt sind, wird die staatliche Verteilungspolitik für die Betroffenen schnell zu einem Null-Summen-Spiel: was die einen erhalten, entgeht den anderen. Jeder versucht daher zu den 'einen' zu gehören, indem er, entweder individuell oder im Rahmen der Gruppe, einen möglichst unmittelbaren Zugang zu den staatlichen Töpfen sucht. Universelle politische Programme sind dagegen uninteressant – auch wenn sie allen gleichermaßen Gerechtigkeit verheißen sollten – weil die Erfahrung lehrt, daß die vorhandenen Mittel doch nicht für alle ausreichen. Als Folge eines solchen 'parochialen' Verständnisses von Politik ergibt es sich dann aber nahezu zwangsläufig, daß sich eine einmal an der Macht befindliche Regierung auch in freien Wahlen immer wieder ohne Mühe behaupten wird. Denn sie ist es ja, die diese Töpfe kontrolliert – welchen Sinn hätte es da, eine machtlose Opposition zu wählen, die außer starken Worten nichts anzubieten hat? Im Gegenteil, eine Region oder ein Dorf, das sich bei Wahlen als pro-oppositionell herausstellen sollte, würde damit nur die Vergeltung der Regierung, d.h. den Ausschluß von den staatlichen Zuwendungen, riskieren.

Dieser überall in Afrika zu beobachtende Trend zur 'pouvoir en place' wird im Senegal noch zusätzlich durch ein soziales Phänomen verstärkt, das es nur hier gibt: die Marabouts. Wegen des erheblichen Ansehens, das diese islamischen Religionsführer bei ihren jeweiligen Anhängern genießen – insgesamt etwa 1,5 Millionen – spielen sie nämlich eine wichtige Rolle als Mittelsmänner zwischen der Regierung und den ländlichen Massen: auf der einen Seite verschaffen sie der Regierung gewissermaßen 'en bloc' die Stimmen ihrer Gefolgschaft, auf der anderen bemühen sie sich darum, daß diese dafür von den insgesamt begrenzten staatlichen Leistungen so viel wie möglich erhält. Die Marabouts unterstützen die Regierung jedoch nicht aufgrund einer etwaigen weltanschaulichen Übereinstimmung – in einem so islamisch geprägten Land wie dem Senegal kommt ohnehin keine politische Kraft daran vorbei, sich mit dem Islam gutzustellen – sondern eben auch vornehmlich deswegen, weil sie an der Macht ist und daher über die meisten materiellen Mittel verfügt. Genausowenig kann man bei dem Anhänger eines Marabouts von 'blindem Gehorsam' sprechen, wenn er bei der Wahl seinen 'Empfehlungen' folgt. Auch hier handelt es sich eher um ein rationales Kalkül: je mehr Stimmen ein Marabout abliefern kann, desto größer ist zwar der private Vorteil, den er in Form diverser 'Provisionen' daraus zieht, desto mehr kann er aber auch für seine Anhänger tun. Diese sind dabei keineswegs nur auf eine passive Rolle beschränkt, denn da die Stellung eines Marabouts ja nicht auf einem offiziellen Amt beruht, sondern allein auf seiner persönlichen Überzeugungskraft, ist er letztlich auf sie genauso angewiesen wie sie auf ihn. Ein Marabout, der in den Augen seiner Anhänger auf die Dauer nicht rührig genug ist, muß daher damit rechnen, daß sie ihn verlassen und sich einem anderen zuwenden.

Das Geschäft Wahlstimmen gegen staatliche Zuwendungen ist allerdings alles andere als ein gleicher Tausch: was aus den staatlichen Töpfen bis zur bäuerlichen Basis durchsickert, ist gering, verglichen mit dem, was die politische Elite zuerst selbst herausschöpft oder was unterwegs bei den Marabouts hängenbleibt – besonders wenn man bedenkt, daß es vor allem ja die Bauern selbst sind, die diese Töpfe überhaupt erst auffüllen.

Die Antwort auf die Frage, ob der 27. Februar für den Senegal ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Demokratie war, muß letztlich offen bleiben. Im Grunde handelte es sich hier um etwas, das sich dem okzidentalen, auf das Gegensatzpaar Diktatur – Demokratie gerichteten politischen Denken entzieht, nämlich ein 'bargaining', bei dem Politiker, politische Mittelsmänner und auch die Wähler gleichermaßen, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, darauf bedacht sind, vor allem auf ihre persönlichen Kosten zu kommen.

Gegenüber dem politischen System als solchem läßt sich aus einem derartigen geschäftsmäßigen Verhalten freilich weder Ablehnung noch Zustimmung herauslesen, eher eine gewisse Indifferenz. Eine Indifferenz, die sich nicht zuletzt auch in der niedrigen Wahlbeteiligung ausdrückt: nur knapp zwei Drittel der Wahlberechtigten hatten sich in die Wählerlisten eintragen lassen und wiederum nur 55 % von diesen hatten dann auch tatsächlich ihre Stimme abgegeben.

fbt

Quellen

Le Monde: 18.8.76; 24.2., 25.2.78; 1.1., 8.4. 81; 2.1., 24.5.82; 4.1., 25.2., 26.2., 2.3., 3.3., 9.3., 5.4.83;
Jeune Afrique: 15.7.81; 10.2., 4.8.82; 19.1., 26.1., 2.2., 9.2., 16.2., 23.2., 2.3., 9.3.83.
Afrique-Asie: 20.12.82; 14.3.,
Le Figaro: 27.2., 28.2., 1.3.83
Neue Zürcher Zeitung: 28.5.82; 26.2., 6.4.83.
Financial Times: 24.2.78
Taz: 8.1.81
Die Neue: 9.1.81
Le Soleil (Dakar): 6.1.83
Donal Cruise O'Brien, Saints and Politicians – Essays on the organization of a Senegalese peasant society. London 1975.

Zimbabwe

Schadenfreude unangebracht

Am 18. April beging Zimbabwe den 3. Jahrestag seiner Unabhängigkeit - »Nichts als Scherben auf dem Gabentisch« hieß es dazu im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt, »Zimbabwe blutet wieder« in der englischen Sunday Times und die ZEIT vermeldete: »Das Modell, das Zimbabwe in der ersten Zeit nach der Unabhängigkeit darzustellen schien, ist jetzt schon gescheitert...« Statt Gratulationen, wie noch im letzten Jahr, heute also Untergangsmeldungen, im besten Fall Beileidsbezeugungen. Hierin ist sich die internationale Presse einig, ob sie nun aus dem Land selber berichtet oder aus Johannesburg, London oder Frankfurt: mag sein, daß die Regierung Mugabe im Moment noch fest im Sattel sitzt, das »Modell« Zimbabwe jedoch, die Politik der nationalen Versöhnung, ist nach den Ereignissen der letzten Monate in Matabeleland erledigt. Endlich zeige Mugabe wieder sein wahres Gesicht. Das westliche Ausland habe ihn wohl doch zu voreilig als Humanisten, als großen Staatsmann hofiert - dabei gehe es ihm nach wie vor nur um die Durchsetzung eines Einparteienstaats in Zimbabwe, und um an der Macht zu bleiben, scheue er keinerlei Härte. Ein historisches Experiment im Südlichen Afrika am Ende?

Mag sein, daß Journalismus kurzatmig macht. (Das ist ja auch in der Solidaritätsarbeit kein unbekanntes Phänomen.) Wahrscheinlicher ist, daß zur Zeit diejenigen das große Wort führen, die es sowieso schon wußten, daß mit Mugabe kein Staat zu machen sei. Denen eine „gemischte Wirtschaft" schon immer unheimlich war und die eine Politik der Versöhnung „naiv" fanden, die lieber den „Vater Zimbabwes", Joshua Nkomo, an der Regierung gesehen hätten (möglichst noch in Absprache mit Südafrika, der weißen Minderheit in Zimbabwe und dem westlichen Ausland). Diejenigen also, die jeden Befreiungskampf skeptisch betrachten, ihn zum Teil auch hintertreiben, die erste Erfolge des Kampfes zum „Modell" hochstilisieren, um dann bei Fehlern und Rückschlägen umso befriedigter feststellen zu können: das kommt eben dabei raus, wenn man Sozialismus in Afrika machen will – Stammeskämpfe und Chaos.

Kein Wunder, daß die Regierung Zimbabwes auf eine solche internationale Presse nicht sonderlich gut zu sprechen ist. Nicht ohne Grund verloren in den letzten Wochen einige europäische Journalisten ihre Akkreditierung in Harare. Die Kehrseite der amtlichen Journalistenschelte ist allerdings, daß sich die zimbabwische Regierung in der Rolle des ungerechtfertigt Beschuldigten gefällt: offizielle Stellungnahmen in diesen Wochen glänzen durch Auslassungen, Verharmlosen und pauschale Schuldzuweisungen. Wirklich informative Berichte sind schwer zu bekommen.

Unzufriedenheit in Matabeleland

In der Provinz Matabeleland im Westen Zimbabwes, großenteils von den Ndebele bewohnt und eine traditionelle Hochburg der ZAPU (Zimbabwe African People's Union) Joshua Nkomos, gärt es schon seit über einem Jahr. Unzufriedenheit über das magere Wahlergebnis der ZAPU 1980, der Eindruck, daß Matabeleland in der Entwicklung des Landes benachteiligt werde, wirtschaftliche Probleme vor allem aufgrund der anhaltenden Dürre und schließlich die Angst vor einem Einparteienstaat unter der ZANU (Zimbabwe African National Union) führten hier zu einem wachsenden Mißtrauen gegenüber der Regierung in Harare. Schlimmer wurde die Unruhe, nachdem im Februar 1982 umfangreiche Waffenlager auf ZAPU-Farmen entdeckt und diverse ZAPU-Besitztümer beschlagnahmt worden waren. Unzufriedene Ex-Guerilleros, die dem bewaffneten Flügel der ZAPU, ZIPRA, angehört hatten, und kriminelle Banden überfielen Eisenbahnen und Häuser, blockierten Straßen und töteten zwischen Februar und August 1982 etwa 60 Menschen. Von Seiten der Regierung wurden für diese Übergriffe stets pauschal „Dissidenten" verantwortlich gemacht, die von der ZAPU Unterstützung erhielten. Nachdem im Sommer, nach einem erfolglosen Attentat auf Mugabe und einen seiner Minister, ein beträchtlicher Teil der zimbabwischen Luftwaffe in die Luft gesprengt worden war und schließlich eine Touristengruppe im Westen des Landes entführt wurde, steigerten sich die Nervosität der Regierung und die Beschuldigungen gegenüber der ZAPU. Von 2000 desertierten Ex-ZIPRA-Kämpfern war die Rede, die zusammen mit einigen ehemaligen ZANLA-Angehörigen der Regierung den Krieg erklärt hätten. Auf der Suche nach den entführten Touristen – die bis heute nicht wieder aufgefunden wurden – kam es zu umfangreichen Säuberungen und Verhaftungen in Matabeleland. Ein ernstes Problem stellte dabei für die Regierungstruppen der Widerstand der örtlichen Bevölkerung dar, die die Spuren der Entführer verwischte und so die Suche zusätzlich erschwerte. Der im September über weite Teile von Matabeleland verhängte Ausnahmezustand blieb weitgehend erfolglos.

Um die Jahreswende 1982/83 spitzte sich die Situation beträchtlich zu. Allein am Neujahrswochenende gab es nach Überfällen auf Eisenbahnen, Busse und Farmen 12 Tote und 21 Verletzte. Teilweise wurden bei den Ermordeten Zettel gefunden, die die Rückgabe der beschlagnahmten ZAPU-Farmen forderten. Während Joshua Nkomo weiterhin jede Verantwortung der ZAPU für diese Übergriffe von sich wies, verkündete Mugabe, die Regierung sei entschlossen, die Rebellen zu „vernichten". Die Militärpräsenz im Westen des Landes wurde verstärkt, auch Fallschirmjäger und Elite-Einheiten („Grey Scouts") machten sich auf die Suche nach den „Dissidenten". An die weißen Farmer, die von der Regierung Schutz forderten, wurden Gewehre ausgeteilt. Eine folgenschwere Entscheidung traf man Ende Januar, als die in den letzten Jahren als Elite-Truppe aufgebaute 3000 Mann starke „Fünfte Brigade" in Matabeleland eingesetzt wurde, um die Rebellen aufzuspüren und in der ganzen Provinz wieder „Ruhe herzustellen". Ende Januar wurde der Ausnahmezustand für weitere 6 Monate verlängert, kurz danach für weite Teile von Matabeleland und erstmals auch für Teile der Provinz Midlands eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Immer stärker nimmt die Regierung Zuflucht zu den Notstandsgesetzen, die sie während der Regierungszeit Ian Smiths heftig angeprangert hatte, immer häufiger ist die Rede von der Notwendigkeit eines „kompromißlosen Durchgreifens". Auch die Todesstrafe, nach der Unabhängigkeit zunächst aufgehoben, wird in Einzelfällen wieder vollstreckt. Insgesamt sollen im Januar mindestens 500 Menschen verhaftet worden sein, von denen einigen die Todesstrafe droht. Genaue Zahlenangaben sind aber schwierig zu bekommen – da das Gebiet für Journalisten seit Monaten gesperrt ist, sind Augenzeugenberichte außer den amtlichen Informationen das einzige, worauf man sich stützen kann. (Monitor-Dienst 2.1.83; FAZ 3.1.83; TAZ 4.1.83; FR 14.1.83, 17.3.83; Herald 21.1.; NZZ 3.2.83; ZEIT 11.3.83; Sonntagsblatt 10.4.83; Sunday Times 27.3.83; The Times 12.3.83)

Massaker durch Regierungstruppen?

Internationale Schlagzeilen jedenfalls machten Berichte, nach denen es insbesondere durch die Fünfte Brigade zu regelrechten Massakern unter der Zivilbevölkerung in Matabeleland gekommen sei. Joshua Nkomo beschuldigte die Regierungstruppen gegenüber ausländischen Zeitungen, sie sei für den Tod von 95 Menschen verantwortlich, die als an-

gebliche Unterstützer der Dissidenten umgebracht worden seien. In einer turbulenten Parlamentssitzung am 2. Februar behauptete Nkomo, die Fünfte Brigade habe sich in eine regelrechte „Orgie des Mordens" gestürzt – harmlose Bürger überfallen, vergewaltigt, geschlagen, getötet. Allein in der letzten Januarwoche sei es nach seinen Informationen zu mehr als 400 Zwischenfällen gekommen. Fünftausend Bürger, meistens Ndebele, seien in „Konzentrationslagern" interniert worden.
Von Regierungsmitgliedern und einzelnen ZANU-Abgeordneten wurden diese Vorwürfe höhnisch zurückgewiesen, nachdem ein von Nkomo Totgesagter – Josiah Gumede, 1979 kurz Präsident der Marionettenregierung unter Muzorewa – sich als höchst lebendig und bei guter Gesundheit erwiesen hatte. Die Regierung blieb dabei, es habe keine Übergriffe gegeben und für die Unruhe in Matabeleland sei die ZAPU und speziell Nkomo verantwortlich.
Zwei Wochen später indessen gab der für Verteidigungsfragen zuständige Staatsminister Sekeramayi zu, das Militär habe eine „große Anzahl von Menschen", darunter auch „Unschuldige", getötet, als es versuchte, der Aufständischen und ihrer Helfer habhaft zu werden. Von „Massakern" an der Zivilbevölkerung mit 500 oder gar 1000 Toten könne aber nicht die Rede sein. Stattdessen behauptete Sekeramayi, daß die kleinen Bauern im Westen des Landes massenhaft in Bulawayo Schutz vor dem Wüten der Aufständischen suchten und die Hilfe der Regierung dankbar begrüßten.
(FR 18.2.83; FT 29.1. und 3.2.83; Herald 3.2.83; Welt 3.2.83)

Konflikte um Nkomo

Eine Stufe weiter eskalierte die Auseinandersetzung mit der Verhaftung Nkomos auf dem Flughafen von Bulawayo am 19. Februar. Während Nkomo behauptete, er habe über Johannesburg und London nach Prag zu einer Weltfriedenskonferenz reisen wollen, behauptete die Regierung, er wolle in Johannesburg eine Pressekonferenz abhalten und sich außerdem von einem Hochverratsprozeß entfernen, in dem sich zu der Zeit sieben hohe ZAPU-Militärs in Harare verantworten müßten. Nach mehrstündigem Verhör wurde Nkomo freigelassen, wenige Tage später von Mugabe beschuldigt, er bereite zusammen mit Südafrika einen Staatsstreich vor. Seit Anfang März befand sich Nkomo nach seiner eigenen Darstellung praktisch unter Hausarrest – als es jedoch am 5. März zu einer Großrazzia in Bulawayo mit Hausdurchsuchungen, Straßenblockaden und über 200 Verhaftungen kam, hatte er sich bereits abgesetzt und verkündete ausländischen Journalisten aus einem Versteck, die Regierung habe es auf sein Leben abgesehen, und er könne in seinem Haus nicht mehr sicher sein. Kurz darauf verließ er Zimbabwe in Richtung Botswana, flog allerdings schon nach einer Woche weiter nach London – nachdem die zimbabwische Zeitung „Herald" bereits von einer indirekten Kriegserklärung Botswanas gesprochen hatte, falls ein „Volksfeind" wie Nkomo in Botswana bleiben dürfe – und verkündete von London, er sei gesprächsbereit. Die Regierung Mugabe forderte ihn hingegen mehrfach auf, nach Zimbabwe zurückzukehren, es werde ihm kein Leid geschehen, man werde aber nicht im Ausland mit ihm verhandeln. Die ZAPU-Führung drohte gar, ihn aus der Partei auszuschließen, falls er nicht zurückkäme. Der stellvertretende ZAPU-Vorsitzende, Chimanano, bat Mugabe kürzlich um ein Gespräch über die Zukunft der ZAPU – offensichtlich aus Furcht, die ZAPU könne nun doch verboten werden, nachdem Mugabe gedroht hatte, die ZAPU als politische Partei zu entwaffnen, wenn sie ihre Abweichler nicht selber zur Räson bringen könne.
(FT 8.2.; FR 7.3., 9.3., 12.3.; Sunday Mail 6.3.; Herald 8.3., 10.3.; TAZ 8.3., 11.3.; SZ 29.3.; Monitordienst 13.3., 16.3.; FAZ 28.2.; NZZ 22.2.83)



Was passierte in Matabeleland?

Mittlerweile sind Einzelheiten über den Einsatz der Fünften Brigade in Matabeleland bekannt geworden. Augenzeugen berichteten von zahlreichen Überfällen auf Dörfer, in denen Unterstützer der „Dissidenten" vermutet wurden. Verhaftungen und Morde seien nach regelrechten Listen geschehen, die die Truppen der Fünften Brigade bei sich gehabt hätten. Am schwersten seien Lehrer und ZAPU-Offiziere betroffen gewesen. Aber auch Schüler seien aus dem Unterricht geholt und gefoltert worden. Vielfach wird von Demütigungen, Schlägen, Vergewaltigungen und Folter berichtet. Kirchen und Hilfswerke kamen in verschiedenen, unabhängig voneinander erstellten Berichten zu dem Schluß, es habe mindestens 1000 Tote gegeben. Das normale Leben sei völlig zusammengebrochen gewesen, Läden und Schulen geschlossen, jeglicher Auto- und Busverkehr lahmgelegt. Zurückgewiesen werden Behauptungen der Regierung, zahlreiche Übergriffe seien von ganz gewöhnlichen „Banditen" in gestohlenen Uniformen verübt worden: man habe die Soldaten der Fünften Brigade zweifelsfrei daran erkannt, daß sie alle Shona gesprochen hätten. In der Tat besteht diese Truppe nach Desertierungen und/oder Säuberungen nur noch aus Shonas. Heftige Vorwürfe an die Adresse der Regierung richteten die katholische Bischofskonferenz und die Kommission „Gerechtigkeit und Frieden". Diese Menschenrechtsorganisation, die vor der Unabhängigkeit des Landes wiederholt die Greueltaten der Smith-Armee angeprangert hatte, kritisierte die „grundlosen und umfangreichen Tötungen von Männern, Frauen und Kindern durch

die Armee Zimbabwes" und warfen namentlich nicht genannten Amtspersonen vor, sie wollten die begangenen Grausamkeiten vertuschen. Die Bischofskonferenz forderte die Regierung auf, die Gewalt zu beenden und verlangte – ebenso wie der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Bischof Tutu – eine schnelle und gründliche Aufklärung der Vorwürfe. Der anglikanische Bischof in Matabeleland, Mercer, forderte eine unabhängige Untersuchungskommission von Amnesty International oder dem Internationalen Roten Kreuz.

Die Regierung sei bereit, eine solche Untersuchung einzuleiten, wenn ihr Beweise für die Übergriffe vorgelegt würden. Ausländische Beobachter wünsche die Regierung dabei jedoch nicht, reagierte inzwischen Informationsminister Shamuyarira.

Schien eine Beurteilung der Situation von außen nach den ersten Zeitungsmeldungen fast aussichtslos zu sein, so lassen sich die blutigen Übergriffe der Fünften Brigade nach den zahlreichen Augenzeugenberichten und den einhelligen Äußerungen der Kirchen heute nicht mehr leugnen. An diesem Punkt zeigt sich die Regierung allerdings bemerkenswert starr: ein Minister nach dem anderen hält den Bischöfen „unverantwortliche Propaganda" und „Anleihen bei den gefälschten Berichten der feindlichen Auslandspresse" vor. Die Armee, so beispielsweise Informationsminister Shamuyarira, habe in Matabeleland ein „Klima des Friedens und der Entspannung" für die Mehrheit der Bevölkerung geschaffen. Die Menschen dort seien heilfroh, daß mit dem Terror der Banditen und Dissidenten nun endlich Schluß sei und hätten die Armee in den letzten Monaten auch tatkräftig in ihrer Suche nach den Aufständischen unterstützt.

Daß die Bevölkerung in Matabeleland durchaus nicht froh war, sich monatelang sowohl von Banditen als auch von der Armee bedroht zu fühlen, ist vorstellbar. Denkbar ist auch, daß die Ex-ZIPRA-Kämpfer gar nicht so viele Sympathien unter ihren Leuten hatten, wie sie oft behaupteten, sondern sich die „Unterstützung" der Bevölkerung auch mithilfe ihrer Waffen sichern mußten. Möglich – wenn auch nicht sehr wahrscheinlich – ist schließlich, daß für kurze Zeit weder bewaffnete Banden noch politische Dissidenten in Matabeleland agieren können. Von einem Klima des „Friedens und der Entspannung" dürfte aber wohl kaum die Refe sein. Selbst wenn die Zahl von 1000 Todesopfern übertrieben sein sollte – jeder Tote in diesem unnötigen „Schwarz-gegen-Schwarz-Krieg" ist zuviel, und zuviel ist auch jede Demütigung, Vergewaltigung oder sonstige Verletzung, zumal auch die Regierungstruppen sicherlich kaum zwischen zielstrebigen Saboteuren und duldender, aber doch weitgehend oppositioneller Bevölkerung unterscheiden können. Warum also diese hohlen offiziellen Verlautbarungen?

Regierung in der Klemme

Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß auch die Regierung mit der Fünften Brigade nicht immer glücklich ist. Schon öfters haperte es mit der Disziplin dieser Truppe, die dafür auch bereits von Mugabe gerügt wurde. Daß die Entsendung einer reinen Shona-Truppe nach Matabeleland in einer äußerst angespannten Situation nicht problemlos verlaufen würde, muß bekannt gewesen sein. Läßt sich ihr Einsatz damit rechtfertigen, daß ehemalige ZAPU-Kämpfer aus der integrierten nationalen Armee desertierten, nachdem sie in Matabeleland eingesetzt worden waren? Wäre ein verstärkter Einsatz der nationalen Armee – wie er ja Anfang Januar versucht wurde – deshalb wirkungslos geblieben? Läßt sich die „Fünfte" von der Regierung überhaupt noch kontrollieren? Und wenn es derartige Schwierigkeiten gibt: warum wird dann nicht öffentlich darüber diskutiert? Warum geht die Regierung nicht auf die wiederholt geäußerte Kritik ein, die Probleme mit der Provinz im Westen ließen sich nicht militärisch lösen? Derartige Kritik kam ja nun beileibe nicht nur von einem schadenfrohen Ian Smith, sondern als durchaus ernsthafte und bemühte Anfrage auch etwa von der Zeitschrift MOTO, der man Antipathien gegenüber der Regierung Mugabe nun wirklich nicht nachsagen kann. Warum spielt man einerseits das Problem herunter und unterstellt andererseits den Kirchen, sie seien von der internationalen Presse völlig verhetzt? Warum die gereizte Reaktion in Regierungskreisen auf die Frage, welche Rolle in dem Konflikt nichtüberwundene Stammesrivalitäten spielen? Mag sein, daß sich die Regierung wirklich so in der Klemme fühlt, daß sie eine offene Diskussion über die gegenwärtigen Schwierigkeiten, wie sie etwa von MOTO engagiert gefordert wird, nicht zu führen können glaubt. Mag sein, daß sie aus Rücksicht auf die weißen Farmer, die immer noch einen Großteil der Nahrungsmittel des Landes erwirtschaften, den Widerstand in Matabeleland meint militärisch unterdrücken zu müssen. Die angespannte Versorgungssituation aufgrund zweijähriger verheerender Dürre und der schlechten Weltmarktlage stellten die Regierung vor unglaubliche Schwierigkeiten. Schließlich zeigt Südafrika in zahllosen Destabilisierungsaktionen immer deutlicher seine Zähne. Auch ein Hochverratsprozeß gegen sieben hohe ZAPU-Militärs, der dieses Jahr in Harare begann, zeigt sicherlich nur die Spitze eines Eisbergs auf: verhandelt wird – neben unerlaubtem Waffenbesitz – vor allem ein Brief, den der ZAPU-Sicherheitschef Dabengwa im Frühjahr 1980 an den damaligen Chef des sowjetischen KGB, Andropow, geschrieben hatte, um diesen um Unterstützung gegen die „anti-sozialistische Regierung Mugabe" zu bitten.



Eine Straßensperre im Matabeleland

Aus südafrikanischen Sabotageakten, alten und neuen politischen Gegnern im eigenen Land, wachsender Organisation des Widerstandes, wiederauflebendem Stammesdenken und zunehmendem Murren der Bevölkerung über die schlechte wirtschaftliche Lage hat sich in den letzten Monaten eine brisante Situation entwickelt, die die Regierung – und die Parteien – in der Tat vor schwere Proben stellt. Kritische Anfragen an die Regierung und ihre Vorgehensweise lassen sich von außen natürlich recht einfach formulieren. Aber auch im Land selber mehren sich die Stimmen, die nach differenzierten Lösungen aufgrund sorgfältiger Analysen rufen und vor allem eine Rückkehr zu der bewährten Tradition des Befreiungskampfes fordern, existierende Probleme offen und frei zu diskutieren. Häufig, aber nicht ausschließlich, äußern sich diese Stimmen in der Zeitschrift MOTO (= Feuer), die – ursprünglich in katholischer Trägerschaft – unter Smith sich für die Befreiung von weißer Vorherrschaft einsetzte, vor der Unabhängigkeit lange verboten war und heute ein wichtiges selbständiges Publikationsorgan der kritischen Intellektuellen des

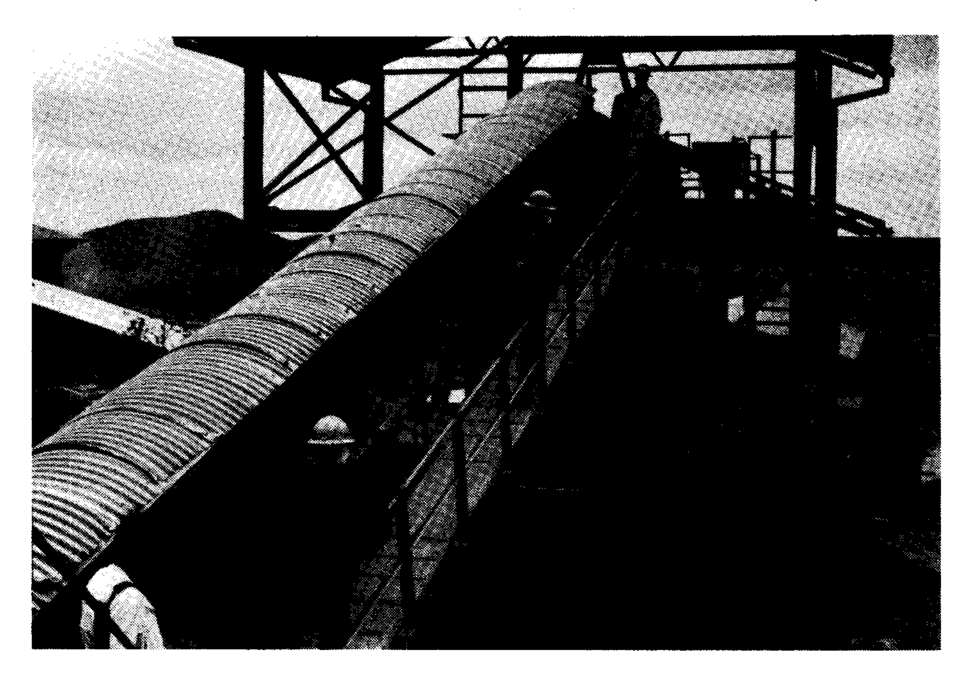
Landes ist.
(FT 8.2.; International Herald Tribune 28.3.; FR 23.2., 17.3., 30.3.; FAZ 28.2.; NZZ 2.3.; Herald 10.3.; TAZ 24.3., 30.3.; Stuttgarter Zeitung 31.3.; MOTO März 1983)

Südafrika: bei Drohungen bleibt es nicht

Spätestens, seit im August letzten Jahres drei weiße südafrikanische Soldaten, die 30 km weit auf zimbabwisches Territorium vorgedrungen waren, von der zimbabwischen Armee getötet wurden, geht man in Harare davon aus, daß sich Südafrika nun auch militärisch gegen den ungeliebten Nachbarn im Norden rüstet. Ziemlich sicher ist inzwischen, daß Südafrika über enge Kontakte mit Angehörigen des zimbabwischen Geheimdienstes, mit weißen (Ex)-Parlamentariern und ZAPU-Angehörigen verfügt. Im Januar 1983 beschuldigte Sicherheitsminister Munangagwa Südafrika, in Transvaal eine Ex-ZIPRA-Brigade unter Leitung des südafrikanischen Oberst Breytenbach auszubilden, die 5000 Mann stark sei. Die Brigade, die aus ehemaligen ZIPRA-Kämpfern und Anhängern des Bischofs Muzorewa zusammengesetzt sei, zusätzlich aber auch noch in südafrikanischen Bergwerken arbeitende Ndebele rekrutiere, arbeite nach dem Vorbild des MNR in Mosambik oder der Unita in Angola. Sie sei unter anderem verantwortlich für die Sprengung des Treibstofflagers in Beira/Moasmbik am 9. Dezember und die wiederholten Anschläge auf die Öl-Pipeline Beira – Mutare, die Zimbabwes Treibstoffversorgung in den letzten Monaten auf einen kritischen Punkt gebracht hatten. Auf Ersuchen des mosambikanischen Präsidenten Machel postierte Zimbabwe zu Anfang des Jahres zwischen 700 und 1000 zimbabwische Soldaten in Mosambik, die die 174 Meilen lange Öl-Pipeline vor erneuten Anschlägen schützen sollen.
Inzwischen haben verschiedene gefangengenommene „Abweichler" ausgesagt, sie seien in Südafrika für Sabotageakte in Zimbabwe rekrutiert worden. Auf ihr Konto sollen unter anderem auch die Beschädigungen an Material und Ausrüstungen verschiedener Entwicklungsprojekte gehen. Südafrikanischen „Experten" werden auch die Anschläge auf das ZANU-Parteibüro im Winter 1981, auf das Haus Mugabes im Juni 1982 und auf den Luftwaffenstützpunkt Thornhill bei Gweru im Juli 1982 zugerechnet. Seine Propaganda verstärkte Südafrika Mitte März, als ein neuer Rundfunksender („Radio Wahrheit") von Transvaal aus seine Sendungen nach Matabeleland hinein aufnahm. In der nächsten Zeit sollen weitere Sender für die Agitation der zimbabwischen Bevölkerung folgen. Kopfzerbrechen bereiten der Regierung in Harare schließlich einige tausend desertierte ehemalige ZIPRA-Kämpfer, die sich in Lagern in Botswana aufhalten und dort – von der Regierung in Gaborone angeblich nicht zu kontrollieren – für den Aufstand gegen Mugabe trainieren. Offensichtlich fallen sie immer häufiger in den Südwesten Zimbabwes ein.
An zwei Fronten braut sich so organisierter Widerstand zusammen, und wenn von einem Zwei-Fronten-Abwehrkrieg gesprochen wird, den Zimbabwe zur Zeit führen müsse, ist dies sicherlich nicht übertrieben.
(Welt 26.8.82; FR 24.9.82, 4.1.83, 14.1.83; TAZ 25.6., 2.7., 27.7., 13.9., 8.12.82, 7.1.83; FAZ 25.8.82, 5.1.83; FT 5.1.83; NZZ 3.2.83; Monitordienst 16.3.83)

Wirtschaft: Talfahrt des Bergbaus

Empfindlich eingeschränkt wurde der politische Spielraum der Regierung Mugabe dadurch, daß nun auch Zimbabwe von den Auswirkungen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise betroffen ist. Hatte das Land in den ersten beiden Jahren nach der Unabhängigkeit noch sensationelle Wachstumsraten von 11 bzw. 8 % (real) erreicht, so ist für 1983 mit einer Stagnation oder gar Schrumpfung des Bruttosozialprodukts zu rechnen. Verschiedene Banken in Zimbabwe gehen davon aus, daß 1983 – wirtschaftlich gesehen – das härteste Jahr seit 1977/78 sein wird. Neben den ökomenischen „Kinderkrankheiten" des jungen Staates – Devisenmangel, Knappheit an Fachkräften, Transportengpässe – und den Folgen der katastrophalen Dürre, die der Landwirtschaft 1982 etwa 40 % Ertragseinbußen bescherte, sind es heute vor allem Absatzprobleme auf dem Weltmarkt, die dem Land schwer zu schaffen machen. Nachdem die Preise für Gold, Nickel, Kupfer, Asbest und Stahlerzeugnisse – neben Chrom, Kohle, Eisenlegierungen, Tabak und Zucker wichtigste Ausfuhrgüter des Landes – weltweit in den Keller fielen, weil großenteils die Nachfrage ausblieb, tut sich insbesondere der Bergbau sehr schwer. Daß die britische Rio Tinto-Gruppe nach angeblichen Millionenverlusten zum Jahresende 1982 eine Nickelmine mit 1200 Beschäftigten schloß, ist nicht das erste Alarmzeichen für die Krise des zimbabwischen Bergbaus (der sich nach wie vor zu 90 % in ausländischer Hand befindet). Bereits im letzten Sommer hatten zahlreiche Bergbaufirmen unter Hinweis auf ihre schlechte Ertragslage staatliche Stützungsmaßnahmen verlangt. Wegen zu niedriger Stahlpreise schloß im Januar 1983 einer der größten Stahlhersteller, Lancashire-Steel in Kwekwe, vorübergehend seine Pforten. Erst nachdem die Regierung Preisstützungen zwischen 25 und 30 % zugesagt hatte, wurde die Produktion wieder aufgenommen.
Im Februar 1983 kündigte der größte Asbesthersteller des Landes Entlassungen und Betriebsschließungen an. Nachdem Asbest noch 1981 bei den Exporten an zweiter Stelle nach Gold rangierte, wird Zimbabwe in diesem Jahr vermutlich auf riesigen Asbestlagern sitzenbleiben.



Bindura-Nickel-Mine

Mitte April schließlich mußte die Regierung der südafrikanischen Anglo-American Corporation eine „Rezessionshilfe" in Höhe von 12 Mio Z$ als günstiges 5-Jahres-Darlehen zu gewähren, weil die AAC sonst ihre Nickelmine in Bindura und eine Eisenchrom-Firma, Zimbabwe Alloys, stillgelegt hätte. Die Bindura-Nickelmine hatte nach Profiten im Vorjahr von 3,6 Mio Z$ 1982 angeblich Verluste in Höhe von 6,3 Mio Z$ gemacht. Beide Unternehmen gaben als einen wichtigen Grund für ihre Schwierigkeiten die enormen Kosten der Lagerhaltung für Fertigprodukte an.

Zu wenig Ausfuhren?

Den Abwärtstrend der Exportwirtschaft und speziell des Bergbaus konnten auch gestiegene Chrom- und Kohleverkäufe nicht aufhalten. Die Gesamtexporte Zimbabwes fielen 1982 um 12 % auf den niedrigsten Stand seit 12 Jahren. Da die Importe gleichzeitig um 19 % zunahmen, wurden Handelsbilanzdefizit und Auslandsverschuldung so stark in die Höhe getrieben, daß die Regierung im Oktober 1982 zu schwerwiegenden Importbeschränkungen (Kürzungen um 20 %) ihre Zuflucht nahm. Die Auslandsverschuldung hat sich seit der Unabhängigkeit Zimbabwes auf 1,5 MRD Z$ vervierfacht – da gleichzeitig die Gold- und Währungsreserven im Schwinden begriffen sind, ruft nicht nur die zimbabwische Zentralbank nach einer Steigerung der Exporte und einer Beschränkung der Einfuhren.
Die Ausfuhren steigern wollen auch die Firmen der verarbeitenden Industrie. Nach einer Untersuchung des Industrieverbandes CZI könnte die Exportleistung dieses Sektors mehr als verdoppelt werden, wenn überalterte Maschinen und Anlagen erneuert würden, der Mangel an Devisen, Fachkräften und Transportkapazitäten beseitigt werden könnte und insbesondere die benachbarten afrikanischen Käuferstaaten zahlungsfähiger wären.

Abwertung um 20 %

Einer zentralen Forderung aus Kreisen der Industrie gab die Regierung zum Jahresende 1982 nach, als sie den zimbabwischen Dollar um 20 % abwertete. Damit sollten sich die Ausfuhrmöglichkeiten insbesondere für den Bergbau, die Stahl- und die Zuckerindustrie verbessern. Kritiker allerdings bezweifeln die Wirksamkeit einer solchen Maßnahme in der gegenwärtigen Weltrezession: sie weisen darauf hin, daß aufgrund der staatlichen Importbeschränkungen sowieso nur noch unverzichtbare Güter eingeführt werden, die Abwertung infolgedessen gar keine zusätzlichen Import-Ersparnisse freisetzen könne. Im Gegenteil: jetzt klagen andere Industriezweige, daß sie seit der Abwertung trotz staatlicher Devisenzuweisungen dringend benötigte Ersatzteile, Halbfertigwaren usw. nicht mehr ausreichend einführen können.
Das zweite Ziel der Abwertung – wachsende Ausfuhreinnahmen – sei aber aufgrund der weltweiten Absatzkrise von vornherein unrealistisch. Schließlich bezweifeln die Kritiker, daß die Regierung in der Lage sei, den Anstieg von Löhnen und Gehältern in Grenzen zu halten, der auf die Abwertung folgen müsse, wenn sich die Lebenssituation der abhängig Beschäftigten nicht dramatisch verschlechtern solle. Ein Anstieg von Löhnen und Gehältern würde aber bei der gegenwärtigen Güterknappheit (aufgrund fehlender Ersatzteile, Halbfertigwaren usw.) die Inflation, die jetzt schon bei 18–20 % liegt, unerträglich weiter anheizen.
So scheint die 20 %ige Abwertung der zimbabwischen Währung nicht zuletzt auch dem Drängen des Internationalen Währungsfonds geschuldet zu sein, mit dem die Regierung im Dezember 1982 über einen 200-Mio-Z$-Kredit verhandelte.
(FT 16.2., 15.4.83, 27.10.82; NZZ 21.10.82; Informationsdienst Südliches Afrika 1/2/82)

Lebenshaltung verschlechtert

Die Lebenssituation der Bevölkerung hat sich 1982 materiell keinesfalls verbessert: die Erhöhungen der Mindestlöhne für die abhängig Beschäftigten sind durch die Inflation längst wieder zunichte gemacht worden. Bis Mitte 1983 gilt eine allgemeine Lohnpause, künftige Lohnerhöhungen soll es nur noch bei Produktivitätssteigerungen geben. Seit Mitte letzten Jahres haben die Beschäftigten reale Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Der Abbau staatlicher Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs trifft die ärmeren Schichten hart. Für Ärger sorgten Benzinpreissteigerungen um 40 % sowie die Erhöhung von Getränke-, Tabak- und Mehrwertsteuern im Februar 1983. Wenn diese Steuern dennoch erhoben werden, dann vor allem deshalb, weil es um das staatliche Budget nicht zum besten bestellt ist. Bei einer Staatsverschuldung von über 700 Mio Z$ – das entspricht etwa 12 % des Bruttosozialprodukts – und erwarteter Neuverschuldung von 51 Mio Z$ bis Mitte 1983 wird längst offen über notwendige Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand diskutiert. Zur Belastung des Staatshaushaltes führten neben sinkenden Steuern aus Exporterlösen vor allem Ausgaben für Infrastruktur- und Bildungsmaßnahmen – ein Drittel aller Zimbabwer geht heute zur Schule – die Kosten der Landkäufe und in letzter Zeit – bedingt durch die katastrophale Dürre im zweiten Jahr – wachsende Aufwendungen für Nahrungsmittel- und Saatguthilfen sowie Wasserbeschaffungsmaßnahmen in den Dürregebieten. Ein Opfer der schlechten Haushaltslage wurde beispielsweise das im Aufbau befindliche System der sozialen Sicherung, das vorerst nur für Arbeiter gelten soll und nicht, wie ursprünglich geplant, auch Alte, Kranke, Behinderte sowie kleine Selbständige umfassen soll.
(Herald 6.10.82, 26.1.83; Business Herald 17.2.83; FT 10.2.83)

Hilfe von außen?

Das mit der amerikanischen Hilfsorganisation US-AID jüngst vereinbarte Güterimport-Programm in Höhe von 37 Mio US $ bietet in der gegenwärtigen Situation eine gewisse Entlastung. Es kommt zu gleichen Teilen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zugute, nachdem 1982 US-AID-Mittel

in Höhe von 50 Mio US $ noch größtenteils in den Privatsektor geflossen waren.
Ein Weltbankkredit in Höhe von 70 Mio US $, der zu relativ günstigen Konditionen den Import von Rohmaterialien, Ausrüstungsgütern und Ersatzteilen verbessern und damit langfristig die industriellen Exporte von Fertigwaren steigern soll, wurde vom Industriellenverband jetzt begeistert aufgenommen.
Ausgeblieben sind bisher die ausländischen Direktinvestitionen größeren Umfangs, um die die Regierung unermüdlich wirbt. Der umstrittene „Heinz-Deal" blieb bisher das einzig spektakuläre Ereignis dieser Art. Im Oktober 1982 hatte der amerikanische Lebensmittel-Multi Heinz für 30 Mio US $ 51 % der Anteile an der zimbabwischen Firma Olivine Industries, einem der größten Hersteller von Speiseöl und Margarine übernommen. Die restlichen Anteile kaufte der zimbabwische Staat. Kritik an diesem Geschäft wurde vor allem deshalb laut, weil es gegen die üblichen Richtlinien der Regierung verstieß, nachdem ausländische Firmen nicht die Kapitalmehrheit haben sollen und weil es vor allem in der Lebensmittelverarbeitung bereits einen starken Konkurrenzdruck unter zimbabwischen Firmen gibt. Die Technologie, die Heinz ins Land bringe, werde gar nicht gebraucht, so die Kritiker, u. a. Wirtschaftswissenschaftler der Universität Harare, im Gegenteil, damit würden nur die einheimischen Firmen kaputtgemacht. Schließlich seien Direktinvestitionen ausländischer Firmen die teuerste Art, zu leihen – denn wenn die Investitionen abgeschrieben seien, gehöre die Firma nicht Zimbabwe, sondern nach wie vor mehrheitlich dem amerikanischen Konzern. Die Frage, wie weit sich die Regierung mit den Multis einlassen dürfe oder müsse, sorgt für heftige Diskussionen in Zimbabwe.
(MOTO Oktober 1982; vgl. auch Informationsdienst Südliches Afrika 1/2/83)

Der Dreijahresplan: Übergang wohin?

Für Enttäuschung gerade auch unter den kritischen Ökonomen des Landes sorgten die Direktiven des Ende November mit mehr als einjähriger Verspätung veröffentlichten Drei-Jahres-Plans (im Original: Übergangsplan zum Sozialismus).
Der Plan sieht ein Investitionsprogramm in Höhe von 6 Mrd Z$ vor, das zu 59 % vom Staat getätigt werden soll. Genauere Angaben fehlen bislang, doch kann man davon ausgehen, daß das öffentliche Programm im wesentlichen Infrastruktur-Investitionen enthalten wird. Etwa zwei Drittel der gesamten Kapitalbildung sollen Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen dienen. Im wesentlichen wird also der „moderne" Wirtschaftsbereich weiter modernisiert werden. Für völlig verfehlt halten Kritiker des Plans die Annahme eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 8 %, ebenso die Zielsetzung einer Verdopplung der



Exporte. Die Importe sollen demgegenüber nur um 85 % steigen. Am stärksten sollen der Bausektor und die verarbeitende Industrie wachsen.
Kritik wird weiter an der Behauptung der Regierung laut, das Investitionsprogramm könne nur mit großen Mengen ausländischen Kapitals finanziert werden. Der Plan geht davon aus, daß der Auslandsanteil bei knapp 40 % liegen soll – zusammengesetzt aus ausländischen Investitionen, zusätzlicher Staatsverschuldung im Ausland und Entwicklungshilfezusagen. Damit, so die Kritiker, mache sich aber Zimbabwe zu stark vom Ausland abhängig – es sei dann etwa gezwungen, ein „günstiges Investitionsklima" zu garantieren oder um jeden Preis seine Exporte zu steigern. Nötig sei demgegenüber mehr Vertrauen auf die eigene Kraft, auf die Mobilisierung inländischer Ersparnisse, wie sie ja auch während der Einseitigen Unabhängigkeit unter Ian Smith funktioniert habe.
Neben unrealistischen Voraussetzungen und ungenauen Angaben wird weiter kritisiert, daß die sozialistische Orientierung des „Übergangsplans" im wesentlichen Rhetorik bleibe. Das Ziel einer „neuen Gesellschaft", einer „Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse" werde mit der wirtschaftlichen Rahmenplanung ebensowenig verbunden wie etwa wirtschaftspolitische Alternativen zu Modernisierung und Exportförderung diskutiert würden. (FT 30.11.82; MOTO Dez. 82/Jan. 83; Informationsdienst Südliches Afrika 3/83)

Waffenexport

Weitere Lockerung der deutschen Waffenexporte?

In den Unionsparteien waren in den letzten Wochen gewichtige Stimmen zu hören, die auf eine weitere Lockerung der erst im Mai 1982 von der sozialiberalen Koalition beschloßenen Ausfuhrrichtlinien für Waffenexporte drängen. Vor der Bundestagswahl hat der außen- und verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Marx, angekündigt, die Union werde nach einem Wahlsieg die Exportrichtlinien „im Sinne einer besseren Wahrnehmung vitaler Interessen" der Bundesrepublik verändern. Sowohl er als auch Verteidigungsminister Wörner wiesen auf die nötige Auslastung der Kapazitäten in der Rüstungsproduktion hin. (Südd. Zeitung 8.1.83)

Nach dem Wahlsieg der Union hat Marx seine Forderung nach einer Überprüfung der Exportrichtlinien wiederholt. Statt „politologische oder ideologische Entscheidungen zu treffen", sollten Exportentscheidungen von den „jeweiligen politischen Bedingungen und den jeweiligen eigenen Interessen" abhängig gemacht werden. Wirtschaftliche Interessen seien hier – wenn auch nicht vorrangig – mitzukalkulieren. (FR 8.4.83) Eine stärkere Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen in der Waffenexportpolitik ist auch nach einem internen Papier beabsichtigt, daß CDU und CSU für die noch ausstehenden Koalitionsgespräche über die Orientierung der westdeutschen Außenpolitik verfaßt haben. Dort ist zum Export von Kriegswaffen ausgeführt: „Es besteht Einverständnis, daß in nächster Zukunft eine neue Konzeption über den Rüstungsexport entwickelt wird.. Dabei sind auch die sicherheits- und finanzpolitischen Belange der Bundesrepublik zu berücksichtigen. Auch der Gesamtbereich der finanziellen Problematik ist miteinzubeziehen." (FR 30.3.83, auszugsweiser Abdruck dieses Papiers in dieser Ausgabe)

Die Frage der künftigen Haltung bei den Waffenexporten wird so brisant eingeschätzt, daß sie in vertraulichen Gesprächen zwischen Kohl, Strauß und Genscher geklärt werden soll. Aus der großen Koalitionsrunde wurde die Frage verbannt (Die Welt 22.3.83), offensichtlich ist die Gefahr zu groß, daß Informationen an die Öffentlichkeit dringen und dort Widerstand auslösen.

Der Verkauf von Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien – von der SPD/FDP-Regierung ursprünglich vorgesehen, dann nach massiven Protesten in den Bundestagsfraktionen von SPD und FDP sowie in der Öffentlichkeit abgeblasen – rückt wieder in den Bereich der Möglichkeit. Drauf deutet eine Äußerung Wörners hin, Waffenlieferungen an Saudi-Arabien müßten unter dem Blickwinkel der Kapazitätsauslastung im Rüstungsbereich überdacht werden. Derzeit sind die Fließbänder zur Panzerproduktion kaum zu einem Drittel ausgelastet. (Südd. Zeitung 8.1.83) Sowohl die Frankfurter Rundschau (12.4.83) als auch der Spiegel (11.4.83) berichten von konkreten Überlegungen, die Panzerlieferung an Saudi-Arabien zu genehmigen. Führende Funktionsträger der jetzigen Bundesregierung hatten sich auch damals für das Panzergeschäft ausgesprochen. (blätter des iz3w, Nr. 91, S. 3f und Nr. 105, S. 33)

Offensichtlich wird innerhalb der Union eine Ausweitung der Waffenkäufe in die Dritte Welt gewünscht. Ob dafür allerdings – wie von Marx gefordert – eine Neufassung der Exportrichtlinien erforderlich ist, erscheint fraglich. Die von der SPD/FDP-Regierung verabschiedeten Richtlinien sind bereits so schwammig gefaßt, daß eine ernsthafte Exportabsicht kaum an ihnen scheitern wird. Ihr Kernsatz: Waffenexporte in die Dritte Welt werden nicht genehmigt, „es sei denn, daß aufgrund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt werden oder im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen. Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen." (blätter des iz3w, Nr. 102, S. 8)

Auch unter den jetzt gültigen Richtlinien hat die Bundesregierung weitgehend freie Hand. Die gewünschte Ausweitung der Rüstungsexporte kann auch bei einer ausgeweiteten Interpretation der derzeit gültigen Exportrichtlinien bewerkstelligt werden. Dies könnte der Bundesregierung oportun erscheinen, da eine Änderung der Richtlinien die Absicht einer weiteren Ausweitung der Waffenexporte deutlich sichtbar dokumentieren und zur Mobilisierung politischen Widerstandes beitragen könnte. Der stellvertretende Vorsitzende der Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst der Ev. Kirche Deutschlands (EKD) hat gegen die Absicht einer Lockerung der Waffenexportbeschränkungen protestiert. (FR 13.4.83) Viele ähnliche Initiativen werden nötig sein, um dafür zu sorgen, daß eine noch forciertere Entwicklung der BRD zum Großwaffenexporteur – sei es mit den alten oder mit neuen Richtlinien – politisch nicht durchsetzbar ist. gc



CDU/CSU

Internes Papier zur künftigen Außenpolitik

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus einem internen Papier, das CDU und CSU für die noch ausstehenden Koalitionsgespräche über die künftige Orientierung der deutschen Außenpolitik verfaßt haben. In vielen Punkten, insbesondere bei den Forderungen zur künftigen Südafrika-Politik, trägt dieses Papier die Handschrift von F.J. Strauß. Unabhängig davon, was die noch ausstehenden Gespräche über die Ausrichtung der Außenpolitik konkret erbringen, macht dieses Papier deutlich, welche außenpolitischen Vorstellungen innerhalb der Union bestehen und was in den nächsten Jahren Gegenstand des Protests der Solidaritätsbewegung werden könnte: Unterstützung der Turnhallenkonferenz in Namibia, Lösung von der UN-Resolution, die Wahlen in Namibia fordert, Wiedereröffnung des deutschen Konsulats in Windhoek, (noch) sanfteren Umgang mit dem Apartheidregime, Ausweitung der Waffenexporte, noch stärkere Orientierung der Vergabe der Entwicklungshilfe an Exportinteressen. Weitere Teile dieses Papiers (NATO-Doppelbeschluß, Europa-Politik, Ostpolitik) sind abgedruckt in der Frankfurter Rundschau vom 30.3.83.

Red.

Entwicklungspolitik

Aufgabe der Entwicklungshilfe ist die Hilfe zur Selbsthilfe unter Anwendung realistischer Maßstäbe.
In allen geeigneten Fällen ist auf Maßnahmen hinzuwirken, die beschäftigungswirksam für die deutsche Volkswirtschaft sind.
Westliche Sicherheitsinteressen sind nicht alleiniger Maßstab unserer Entwicklungshilfe. Sie darf jedoch nicht in Widerspruch zu eigenen lebenswichtigen Interessen stehen oder uns feindlich gesonnene Kräfte fördern.
Die humanitäre Hilfe bleibt davon unberührt.
Entwicklungshilfe darf nicht auf eine Subventionierung von Verschwendung, Korruption oder sozialistischen Experimenten hinauslaufen.

Ausfuhr von Kriegswaffen

Es besteht Einverständnis, daß in nächster Zukunft eine neue Konzeption über den Rüstungsexport entwickelt wird. Dabei sind auch die sicherheits- und finanzpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen. Auch der Gesamtbereich der finanziellen Problematik ist mit einzubeziehen.

Besondere Problembereiche der deutschen Außenpolitik

Volksrepublik China

a) Der Faktor China in der weltpolitischen Kräftekonstellation muß realistisch bewertet und genutzt werden.
b) Unter den gegenwärtigen weltpolitischen Gegebenheiten ist die Volksrepublik China ein natürlicher Partner der Bundesrepublik Deutschland.
c) Die deutsche Außenwirtschaftspolitik muß vorbereitet und ausgerichtet sein auf die von der Volksrepublik China ausgehenden weltwirtschaftlichen Veränderungen.
d) Der Studentenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China ist zu verbessern.



Afghanistan

Die Besetzung des geostrategischen Schlüssellandes Afghanistan war kein „Betriebsunfall" der sowjetischen Außenpolitik, sondern Umsetzung der langfristig angelegten und unbeirrt betriebenen sowjetischen Machterweiterungspolitik.

Pakistan

Aufgabe deutscher Außenpolitik ist es, Pakistan in seiner besonderen Lage wirksame Hilfe zu leisten.

Naher Osten

a) Die Befriedigung des Nahen Ostens ist auf der Grundlage des sogenannten Reagan-Plans möglich.
b) Aufgabe deutscher Politik ist daher die Unterstützung dieses Plans auf allen politischen Ebenen, vor allem auch innerhalb der EG.
c) Inhaltloser Aktionismus, der nur zu neuen Verhärtungen der Lage führt, darf sich nicht wiederholen.

Afrikapolitik

A) Allgemein

Deutsche Afrikapolitik muß stärker als bisher die afrikanische Wirklichkeit berücksichtigen.
Afrika darf kein Experimentierfeld für diesen Kontinent nicht gemäße Vorstellungen von parlamentarischer Demokratie sein.
Deutsche Afrikapolitik muß sich der Tatsache stellen, daß Moskau die für Europa lebensnotwendigen Rohstoffquellen Afrikas und die Seewege nach Europa um das südliche Afrika unter seine Kontrolle bringen will, um Europa politisch erpressbar und gefügig zu machen.

B) Namibia

Volle Unterstützung des DTA-Modells des friedlichen, gleichberechtigten Zusammenlebens der Bevölkerungsgruppen in Namibia.
Sofortige Einstellung der Unterstützung der pro-kommunistischen, der terroristischen SWAPO und entsprechende Einwirkung auf die EG.
Lösung von der UN-Resolution 435, da Wahlen solange nicht in Sicht sind, als die kubanischen Söldner in Angola stehen.
Wiedereröffnung des deutschen Konsulats in Windhoek.

C) Südafrika

1. kurzfristige Ziele deutscher Südafrika-Politik

Die Herstellung gleicher Behandlung der Bevölkerungsgruppen bei der Benutzung öffentlicher Einrichtungen, wie zum Beispiel Krankenhäuser und Schulen, ferner gleiche Bezahlung für gleiche Leistung – Ende der Diskriminierung im Arbeitsleben, schließlich die Zulassung gemischt-rassischer Gruppen im kulturellen und sportlichen Leben, als Erreichen allgemeiner bürgerlicher Gleichstellung.

Die Erhaltung der ungeheuren industriellen und landwirtschaftlichen Kräfte Südafrikas. Ohne sie würden Millionen Schwarze im Inland hungern und würde die bedeutende Hilfe Südafrikas für die benachbarten schwarzregierten Länder versiegen.

2. Langfristige Ziele deutscher Südafrika-Politik

Auf die politisch Verantwortlichen und Inhaber der Regierungsmacht muß eingewirkt werden, die Verfassungsreform ihres Landes nach den gegebenen Bedingungen geschichtlicher und ethnischer Art so voranzutreiben, daß die weiße Kultur erhalten bleibt, der Aufstieg der farbigen, besonders der schwarzen Bevölkerung sich evolutionär und organisch vollzieht, eine Unterdrückung oder Ausrottung von Minderheiten unmöglich gemacht und ein Kondominium der beteiligten Rassen zustande kommt. Dies kann nicht erreicht werden durch militärischen Druck oder durch Wirtschaftsboykott – die Leidtragenden beider Maßnahmen wären vornehmlich die Schwarzen –, sondern durch konkrete Sicherheitsgarantien und wirtschaftliche Zusammenarbeit.
Erst wenn die Führer revolutionärer Bewegungen merken, daß sie nicht auf Kosten der Schwarzen und im Kampf gegen die Weißen und Farbigen ihre marxistisch ausgewiesenen Revolutionsziele durchsetzen können, weil auch Nordamerika und Europa sich dem widersetzen, werden sie sich damit abfinden, daß eine revolutionäre Minderheit nicht mit Unterstützung der Sowjetunion und anderer kommunistischer Länder seinen Stempel dem südlichen Afrika aufdrücken kann.
Eine solche in die Zukunft weisende Lösung ist auch nur dann möglich, wenn die Minderheit der Schwarzen von der Furcht befreit wird, Opfer der sogenannten Befreiung, Objekt neuer Unterdrückung und hilflose Kreatur gegenüber grausamen Terrorakten zu sein.
Eine solche Lösung, das heißt die Errichtung eines mehrfarbigen Kondominiums, kann zeitlich nicht von der drohenden Ungeduld schwarzer, eine eigene Willkürherrschaft anstrebender Revolutionäre oder von der drohenden Naivität sogenannter progressiver weißen Ideologen bestimmt werden. Sie erfordern einen weit längeren Zeitraum, als es die künstlich herbeigeführte Weltmeinung wahrhaben will.





Kaiser und Gartenzwerg in Namibia

Die Weltmeinung darf nicht länger dahingehend manipuliert werden, Revolutionären eine sentimental-moralische Überbewertung und einen revolutionscharismatischen Heiligenschein zu geben. Das Sympathisantentum für Terrorhandlungen führt nicht zu einer gerechteren Ordnung, kümmert sich nicht um die Frage, ob die Masse der schwarzen Farbigen mehr Freiheit, mehr Gleichheit, mehr Wohlstand gewinnt, sondern ist nur noch bestrebt, die bisherige Herrschaft radikal abzulösen, ohne sich darum zu kümmern, welche Folgen die neue Herrschaft heraufbeschwört.
Die freie Welt muß langfristige evolutionäre Vorhaben unterstützen, statt revolutionäre Umtriebe zu begünstigen.

Sowjetische Machterweiterungspolitik gegenüber Mittel-, Südamerika, Karibik

Die Versuche der Sowjetunion, durch Export von Waffen und Ideologien diese Region zu destabilisieren, um sie danach dem kommunistischen Herrschaftsbereich einzugliedern, bedrohen auch Europa.
Aufgabe deutscher und europäischer Politik ist daher die Unterstützung dieser Völker in ihrem Streben nach Überwindung materieller Not, nach sozialer Sicherheit und politischen Strukturen im Rahmen einer freiheitlichen Entwicklung.

Auswärtige Kulturpolitik

Auswärtige Kulturpolitik muß wieder ihrem ureigensten Auftrag gerecht werden, der Welt ein wirklichkeitstreues Bild unseres Landes zu vermitteln.

Außenwirtschaftspolitik

Angesichts der schwierigen weltwirtschaftlichen Lage müssen die deutschen Interessen auf internationaler Ebene mit allem Nachdruck zur Geltung gebracht werden.
Eine gemeinsame westliche Strategie für Wirtschaftsbeziehungen zum Osten, vor allem in der Frage des Technik-Transfers, muß vordringlich erarbeitet werden.
Die Zusammenarbeit mit den westlichen Industrienationen auf dem Gebiet der Zukunftstechniken ist auszubauen.

Sri Lanka

Der Weg in die Diktatur

Sri Lanka 1982: Der Weg in die Diktatur

Ungeachtet von der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit hat sich im letzten Jahr die Inselrepublik Sri Lanka in eine Diktatur verwandelt. Warum es dazu kam, möchte dieser Bericht zeigen. Dabei soll zuerst auf die ökonomischen Hintergründe der jüngsten Entwicklung eingegangen werden. Im zweiten Teil sollen dann die politischen Ereignisse der letzten Monate dargestellt werden, die zunehmende Repression und ein Wirtschaftskurs, der gegen alle Widerstände und Kritik der Bevölkerung fortgeföhrt werden soll.

Die Wirtschaftspolitik vor 1977

1977 gewann die 'United National Party' (UNP) unter Führung ihres Vorsitzenden Junius Richard Jayewardene bei den Parlamentswahlen 5/6 aller Abgeordnetenmandate. Dieser Sieg lag zum Großteil in der gescheiterten Politik der vorigen Regierung unter der Ministerpräsidentin Sirimavo Bandaranaike von der 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) begründet. Diese hatte mit einer Importsubstitutionspolitik versucht, die einheimische Wirtschaft auf eigene Füße zu stellen. Erreicht werden sollte dieses Ziel mit der Ausweitung des öffentlichen Sektors in fast alle Wirtschaftsbereiche hinein und mit drastischen Restriktionsmaßnahmen gegenüber Waren- und Kapitalimporten. Gleichzeitig wurden umfangreiche Gelder in den Erziehungs- und Gesundheitsbereich gesteckt, sowie in die Sunventionierung der Grundnahrungsmittel und Petroleum (das von den einfachen Leuten zu Beleuchtungszwecken gebraucht wird). Diese eher populistisch als sozialistisch zu bezeichnende Politik der Regierung Bandaranaike konnte jedoch der steigenden Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung nicht Einhalt gebieten. Zudem kam es durch die Einfuhrbeschränkungen zu Warenknappheit – sogar bei Grundnahrungsmitteln.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen nach 1977

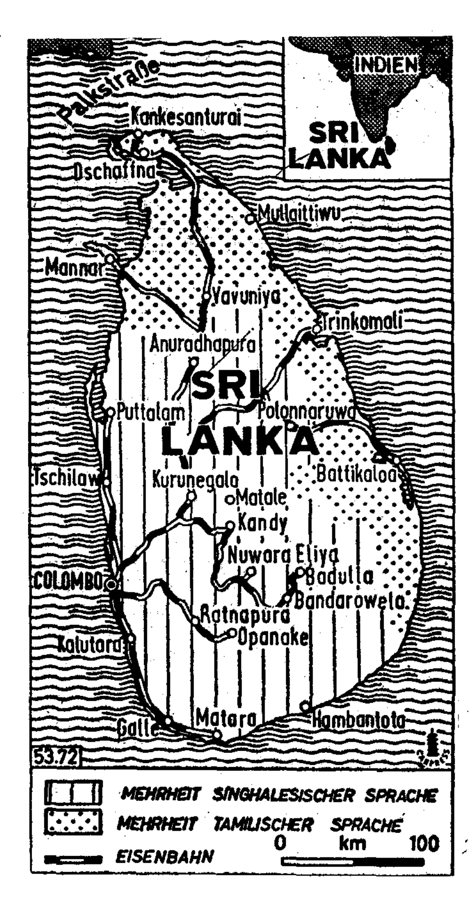
Die Wirtschaftspolitik der UNP-Regierung bedeutete eine Abkehr von der bis dahin verfolgten Entwicklungsstrategie, die darauf ausgerichtet war, ausländisches Kapital ins Land zu holen. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen sollte Fremdkapital darüberhinaus auch eine katalysatorische Wirkung auf die einheimische Industrie haben. Gleichzeitig sollte durch verschiedene, großangelegte Entwicklungsprojekte die Selbstversorgung mit Energie und Reis sichergestellt, der Wohnungsbau gefördert und die Infrastruktur ausgebaut werden. Man hoffte mit diesen Maßnahmen Sri Lanka mittel- oder langfristig zu einem zweiten Singapur machen zu können. Diesem Ziel entsprachen dann auch die ersten Maßnahmen der neuen Regierung: Import und Preiskontrolle wurden aufgehoben und staatliche Importmonopole wurden bis auf wenige Ausnahmen bei Grundnahrungsmitteln abgeschafft. Man vertraute stattdessen den freien Marktkräften. Kapital wurde nicht mehr wie bisher vor allem in den produktiven, oder konsumptiven Bereich investiert, sondern in kostspielige Infrastrukturmaßnahmen. Gewinnträchtige Bereiche hingegen, wie Handel, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion wurde dem Privatsektor überlassen. Den privaten Initiativen und vor allem auch ausländischen Investoren wurden großer Raum gelassen. Steuerbegünstigungen, oder sogar Steuerfreiheit sollten dafür ein günstiges Investitionsklima schaffen.

Erfolge

Diese Maßnahmen zeigten schnell Erfolge: die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts verdoppelte sich innerhalb eines Jahres auf 8,8 % (1978). 1) Die Einkaufsschlangen verschwanden, das Transportwesen erfuhr eine deutliche Verbesserung. Zehntausende von Familien erhielten bessere Häuser. Ebenfalls blüht seither das Tourismusgeschäft. So wurden in den letzten Jahren zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen, wenn auch die von der Regierung angegebene Zahl von 280.000 zu hoch gegriffen sein dürfte.

Mißerfolge

Obwohl es also Nutznießer der UNP-Politik auch in breiteren Bevölkerungsschichten gibt, so sind doch die sozialen Kosten der Regierungsmaßnahmen für die breite Maße der Bevölkerung enorm. Sie führten zu einer stark ansteigenden Inflationsrate, 2) die gegenwärtig knapp unter 40 % liegt. Einkommensverbesserungen konnten nicht im entferntesten mit dieser Inflation Schritt halten. Sie trifft mittlere und arme Einkommensgruppen besonders hart, zumal diese von der radikalen Kürzung der Subventionen für Reis, Brot, Zucker und Petroleum noch zusätzlich betroffen sind. Die Preise für die lebensnotwendigen Güter haben sich seit 1977 zum Teil vervierfacht, was die Kluft zwischen arm und reich noch erheblich vergrößerte.



Das Scheitern der Regierungspolitik

War man von der Regierungsseite her bereit, diese Auswirkungen bis zu einem gewissen maß hinzunehmen, so zeichneten sich doch bald Tendenzen ab, die der in der Entwicklungsstrategie vorgesehenen Verlaufsplanung widersprachen:

1) Die durch ausländisches Kapital gesteuerte Industrialisierung hat bisher keine katalysatorische Wirkung gezeigt. So hat es ein erhofftes einheimisches, industrielles Wachstum – außer im Textilsektor – nicht gegeben. Die Exportoeirntierung der Wirtschaft konnte keine Erfolge zeigen, da sich die Handelsbedingungen rapide verschlechterten.

2) Daß die einheimische Produktion sich nicht an den Bedürfnissen des Binnenmarkts orientierte, sondern am Export, führte unter den liberalen Einfuhrbestimmungen zu einer Verdrängung lokaler Produkte durch billige oder modische Importwaren. Die einheimische Agrarproduktion stagnierte ebenfalls, während die Nahrungsmittelimporte erheblich zunahmen.

3) Das wachsende Mißverhältnis zwischen Importen und Exporten führte zu großen Leistungsbilanzdefiziten. Die Errichtung einer Freihandelszone, als Deviseneinnahmequelle gedacht, erwies sich als Fehlkalkulation.

4) Das Mahaweliprojekt, ein mehrstufiges Staudammprojekt zur Bewässerung und Energieversorgung, ist wegen steigender Begleitkosten und unzureichender Planung festgefahren. Der Selbstbeteiligungsanteil Sri Lankas (30 % der Gesamtkosten) verschlingt



bereits 30 % des Staatsbudgets. Entweder werden für seine Weiterführung noch einmal umfangreiche Gelder zur Verfügung gestellt, oder es muß radikal gekürzt werden.
5) Nach dem Rekordjahr 1978 hat die jährliche Wachstumsrate des BSP ständig abgenommen, 1981 lag sie sogar mit 4,2 % unter der für die erfolgreiche Weiterführung des jetzigen Wirtschaftskurses von Experten für notwendig erachteten Mindestgrenze von 5 %.
All dies weist daraufhin, daß Sri Lanka nach 1977 einen Wirtschaftskurs eingeschlagen hat, der zum einen nur durch weitgehende ausländische Finanzierung möglich war. (Sri Lanka wurde zum Entwicklungsland, das pro Kopf der Bevölkerung die meiste westliche Entwicklungshilfe erhielt). Zum anderen aber konnte auf diesem Weg die dabei erhoffte Wirkung nicht erzielt werden. Das Land ist mittlerweile schwer verschuldet; die Auslandsverschuldung machte 1981 fast 38 % des BSP aus. 4)

Die Geldgeber ziehen die Daumenschrauben an

Die Entwicklung Sri Lankas darf nicht nur isoliert allein als die Folge der Wirtschaftspolitik der UNP-Regierung nach 1977 gesehen werden. Die internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren allgemein stark verschlechtert. Daß sie jedoch einen so großen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung Sri Lankas bekamen, liegt vor allem an der forcierten Integration der ceylonesischen Wirtschaft in genau jenen Weltmarkt, dessen Mechanismen sie jetzt zum Opfer zu fallen droht.
Als Vorantreiber dieser Integrationspolitik erwiesen sich dabei in den letzten Jahren die Weltbank und der Weltwährungsfonds (IWF), die umfangreiche Kapitalmittel für die großangelegten Entwicklungsprojekte sowie zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zur Verfügung stellten. Allerdings war die Vergabe dieser Mittel an Bedingungen geknüpft, die von der Regierung Jayewardene auch eingegangen wurden: Der Rupee wurde bereits 1977 um fast 100 % abgewertet, die unproduktiven Subventionen stark gekürzt.
Lief anfangs auch alles zur großen Zufriedenheit der Geldgeber ab, so hat sich das inzwischen jedoch geändert. Denn bereits im Laufe des Jahres 1980 zeichnete sich für die Regierung deutlich ab, daß es politisch schwer durchzusetzen ist, den unteren Bevölkerungsschichten alle Kosten dieser Entwicklung in Form von Kürzungen im Wohlfahrtsbereich und Preiserhöhungen zuzumuten. Genau dies aber wurde von der Weltbank und dem IWF verlangt.
In einem vertraulichen Bericht mit dem Titel 'Wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen in Sri Lanka – Tatsachen und Aussichten' vom Mai 1982 malte die Weltbank ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Aussichten des Landes, wenn solche Maßnahmen nicht erfolgen würden. 5) Er wurde beim Treffen des 'Sri Lanka Aid Club' in Tokio vorgelegt, einem Konsortium staatlicher und privater Geldgeber, in dem in der Regel ein führendes Mitglied der Weltbank den Vorsitz hat. Der Bericht empfahl folgende drastische Maßnahmen: Eine weitere Abwertung des Rupee, eine strengere Kreditpolitik, eine Begrenzung der Geldmenge und schließlich weitere Kürzungen bei Subventionen und öffentlichen Ausgaben. Dies sind harte Empfehlungen, die von der Regierung aber wahrscheinlich akzeptiert werden müssen. Sri Lanka ist gegenüber den Geldgebern in einer schlechten Verhandlungsposition, denn das Weltwährungssystem könnte es, anders als zum Beispiel im Fall von Mexiko noch verkraften, wenn Sri Lanka den Bankrott erklären müßte. Nichts anderes wäre aber die Folge, verzichtete Sri Lanka auf die Verwirklichung der Empfehlungen und somit auch auf die dringend benötigten Gelder. Die Regierung versucht inzwischen auch auf andere Weise an Geld zu kommen – vor allem durch den Verkauf von Teeplantagen (die erst 1975 verstaatlicht worden waren) oder gutem Ackerbauland an Agro Multis, sowie durch weitere Reprivatisierungsmaßnahmen.

Investitionsanreiz: Ruhe und Ordnung

Ein ganz entscheidender Faktor bei den Investitionsüberlegungen privater Unternehmen, sowie bei der Kreditvergabepolitik der internationalen Organisationen ist die Frage der politischen Stabilität. Wie weit sind Kapitalanlagen wenigstens mittelfristig politisch abgesichert und ökonomisch effektiv? Inwieweit ist die Regierung in der Lage harte ökonomische Maßnahmen durchzusetzen und gleichzeitig Ruhe und Ordnung im Land zu bewahren? Zur Sicherstellung dieser Ziele wurden seit 1977 verschiedene Maßnahmen ergriffen:

1) Bereits 1977 wurde eine neue Verfassung in Kraft gesetzt, mit der ein Präsidialsystem französischen Vorbildes eingeführt wurde, das dem Präsidenten weitgehende Exekutivvollmachten einräumt. Die Bedeutung des Parlaments, demgegenüber der Präsident nicht mehr verantwortlich ist, ist hingegen sehr gesunken.

2) Die politische Opposition wurde auf unterschiedliche Weise geschwächt. Das Parlament entzog 1980 Frau Bandaranaike ihre Bürgerrechte, d.h. damit auch das Recht für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Man raubte damit der wichtigsten oppositionellen Partei die – wenn auch umstrittene – Führung.

3) Ein Grundversorgungsdienstgesetz wurde verabschiedet, das der Regierung erlaubt, nach Belieben jeden privaten oder öffentlichen Betrieb als zur Grundversorgung gehörend zu erklären, um dann jeden Streik verhindern zu können. Die Strafmaßnahmen bei Nichtbeachtung dieses Gesetzes sind drakonisch, wie der Generalstreik von 1980 bewies: 40.000 Leute wurden ausgesperrt, viele erhielten Gefängnisstrafen oder verloren ihr Eigentum; Polizei und Armee griffen rigoros ein und es kam zu einem Toten und zahlreichen Verletzten.

4) Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Bekämpfung der von militanten Mitgliedern der tamilischen Bevölkerungsminderheit begangenen Verbrechen und Terrorakte wurde ein Terrorismusverhütungsgesetz in Kraft gesetzt. Nach dessen Bestimmungen kann jeder unbequeme Kritiker bis zu 18 Monate ohne Gerichtsverhandlung inhaftiert werden. 6) Außerdem sind von der Polizei gemachte Aussagen nicht mehr anfechtbar, also bereits rechtskräftig, wobei dann unerheblich ist, wie diese Aussagen zustandegekommen sind. Sie können unter Folter erzwungen worden sein, wie jüngst bei zwei führenden Mitgliedern der militanten 'Tamil Tigers', die auf Grund von erpreßten Geständnissen zum Tode verurteilt wurden.

5) Die bereits von 1977 eingeschränkte Pressefreiheit wurde weiter eingeengt. Kontrollen wurden verschärft und Herausgeber wie Verleger können wegen Mißbrauch vom Parlament bestraft werden.

6) Spätestens seit den schweren Ausschreitungen gegen die Tamilen im Sommer 1981, 7) an denen Polizei, Armee und auch Regierungsmitglieder beteiligt waren, kann von einem Staatsterrorismus gesprochen werden. Dazu kommt noch die von den einflußreichen rassistischen UNP-Falken Cyril Matthew organisierten Banden, die bereits zu verschiedenen politischen Zwecken 'nützliche Dienste' geleistet haben.

All diese Entwicklungen, so sehr sie auch Kritik und Widerstand hervorriefen, ließen auch 1982 weitgehend 'Ruhe und Ordnung' aufrechterhalten. Die Frage war nur für wie lange, denn 1983 sollten Parlamentswahlen stattfinden und für 1984 waren Präsidentschaftswahlen geplant. Allein schon aus der historischen Erfahrung heraus, daß bisher jede Parlamentswahl in Sri Lanka seit der Unabhängigkeit 1948 eine andere Regierung hervorgebracht hatte, befürchtete die UNP, bei diesen Wahlen schwere Verluste einstecken zu müssen. Vor diesem Hintergrund sind die Ereignisse in der zweiten Jahreshälfte 1982 zu verstehen. Die Regierung mußte diese Wahlen umgehen.

Oktober 1982: Präsidentschaftswahlen

Der erste Schritt dazu war die Präsidentschaftswahlen durch eine Verfassungsänderung 8) um eineinhalb Jahre auf den 20. Oktober 1982 vorzuverlegen. Dieser Schritt war für die Opposition völlig überraschend und traf sie zu einem Zeitpunkt, als sie auf eine Wahl unvorbereitet war und sich untereinander nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnte. In den von der UNP geschürten internen Streitigkeiten innerhalb der SLFP hatte sich noch keine personelle Alternative zu Jayewardene herauskristallisiert, wie dies Frau Bandaranaike gewesen wäre. So sah Jayewardene, der im Land oft einfach mit seinen Initialen J. R. genannt wird, trotz seines Popularitätsschwunds die Möglichkeit, für eine weitere Amtsperiode Präsident bleiben zu können. Der Zeitpunkt war auch aus zwei weiteren Gründen günstig gewählt: Einmal war im letzten Sommer kein größerer Widerstand von Seiten der Tamilen zu erwarten. Die größte tamilische Partei, die 'Tamil United Liberation Front' (TULF) war gerade in Verhandlungen mit der UNP-Regierung verwickelt und somit nicht an der Mobilisierung der Tamilen gegen die Regierung wie vor den Wahlen 1977 interessiert. So verhielt sich die TULF gegenüber diesen Wahlen neutral. Zum anderen hätte im November der Haushalt '83 beraten werden müssen. Von dessen Vorstellung befürchtete J. R. starke Stimmeinbußen. Um diese Veröffentlichung erst einmal so lange wie möglich zu verzögern, gab das Parlament dem Finanzminister eine Entlastung für das laufende Finanzjahr, sowie eine Blankovollmacht, mit deren Hilfe er willkürlich 'Regieren' konnte.

So gewann J. R. die Präsidentschaftswahlen mit 53 % der Stimmen. Bedenkt man aber, daß J.R. praktisch keinen Gegenkandidaten hatte, dann fiel sein Wahlsieg denkbar knapp aus. Der Kandidat der SLFP – H. Kobbekaduwa – erzielte mit 39 % der Stimmen ein beachtliches Ergebnis. Zudem können Wahlmanipulationen auf Grund der Erfahrungen bei den Distriktparlamentswahlen von 1981 nicht ausgeschlossen werden.

Volksabstimmung und zunehmende Repression

In den Tagen und Wochen nach der Präsidentschaftswahl überstürzten sich die Ereignisse. Die Bevölkerung erfuhr von einem angeblichen Putsch führender SLFP-Leute. Diese 'Putschpläne' nahm J.R. zum Anlaß, anstelle der für den Dezember versprochenen Parlamentsneuwahlen eine Volksabstimmung darüber abhalten zu lassen, ob diese Wahl überhaupt stattfinden solle, oder ob die laufende Legislaturperiode auf 12 Jahre verlängert wird. Der Präsident könne es nicht verantworten, so die offizielle Begründung, daß bei der Parlamentswahl möglicherweise eine 'Bande politischer Rowdies' sich der Parlamentsmehrheit bemächtigen würde. Hingegen müsse den 'demokratischen Mitgliedern der SLFP Zeit gegeben werden, um ihre Autorität durchzusetzen'. Der Präsident habe nichts gegen eine starke Opposition, aber wohl etwas gegen eine Opposition, die antidemokratisch, gewalttätig und anarchisch sei, wie es in einer Presseerklärung vom 3.11.82 heißt. Es wird hier ganz deutlich, daß mit dieser Strategie die SLFP gespalten und schließlich zerschlagen werden soll. Im Wahlkampf hatte J.R. dies unverblümt zugegeben: 'Wir haben vor, mit Hilfe derjenigen, die uns unterstützen die Opposition politisch niederzuschlagen und völlig zu zerstören. Danach sage ich euch, daß ihr die Wahllandkarte von Sri Lanka einrollen sollt. Ihr werdet sie für die nächsten zehn Jahre nicht mehr brauchen.' (Weekend, 5.9.82)
Der Ausgang der Volksabstimmung scheint diese Aussage zu bewahrheiten, jedenfalls für den Zeitraum bis 1989. 55 % der Urnengänger sprachen sich für die Verlängerung der Legislaturperiode aus und nur 45 % für Neuwahlen. Dieses Ergebnis ist jedoch nur durch die irregulären Verhältnisse zu erklären, unter denen die Informationskampagne vor dem Referentum stattzufinden hatte. Außerdem war noch am Tag der Präsidentschaftswahl der Ausnahmezustand verhängt worden, der immer noch andauert. Er war angeblich zur Verhinderung von Rassenunruhen ausgerufen worden, doch läßt sich schwer sagen, inwiefern dieser Grund nur ein Vorwand ist. Klar ist jedoch, daß unter den Bedingungen der Zensur, eingeschränkter Versammlungsfreiheit und verschärftem Polizeirecht keine reguläre Kampagne stattfinden konnte.
Bald nach Bekanntwerden des geplanten Putsches wurden über einhundert führende SLFP-Leute inhaftiert und befragt, unter anderem auch Kobbekaduwa selbst. Parteiakten und Mitgliedsverzeichnisse wurden beschlagnahmt, Veranstaltungen verboten und für die Partei arbeitende Druckereien geschlossen. Auch andere Kritiker der Regierung wurden befragt, verhaftet, oder teilweise sogar mißhandelt wie z.B. der Geschäftsführer des 'All Ceylon Peasant Congress'. Die von den Kommunisten herausgegebene Zeitung Aththa wurde aus Gründen der Sicherheit verboten. Die Ermordung des Distriktchefs der UNP in Jaffna, die wie sich später herausstellte private Hintergründe hatte, führte zu einer Verhaftungswelle von Tamilen im Norden von Ceylon. Es kam zu Folterungen von Mitgliedern der gewaltlosen Gandhiam-Bewegung in Vavuniya. Die beiden tamilischen Zeitungen Eealam und Suthanthiran Press wurden verboten. An Protestkundgebungen in Schulen, Tempeln, Kirchen und Universitäten gegen diese willkürlichen Gewaltakte nahmen im November mehr als 100.000 Menschen teil.
Der Kritik aus den eigenen Reihen beugte J.R. vor, indem er sich von allen Parlamentsabgeordneten ein undatiertes Rücktrittsschreiben ausstellen ließ. Sollte nun einer von ihnen Kritik äußern, kann er schnell durch einen Gefolgsmann des Präsidenten ersetzt werden, da nach geltendem Recht freigewordene Parlamentssitze ohne Wahl von den Parteien selbst, neu besetzt werden. Jayewardene kann sich als Parteivorsitzender somit mit seiner Fraktion 5/6 des Parlaments selbst zusammenstellen.

Fazit

Die Ereignisse der letzen Monate enthalten deutliche Hinweise darauf, daß sich unter der Bevölkerung die Unzufriedenheit über die Regierungspolitik vermehrt. Der Enthusiasmus nach den Wahlen 1977 ist schon längst vorbei. Die beiden Abstimmungen im letzten Jahr konnten selbst unter den repressiven Verhältnissen jeweils nur knapp zu einem für die Regierung positiven Ausgang gebracht werden. So hat sich Sri Lanka innerhalb weniger Monate in eine Diktatur verwandelt. Es besteht praktisch ein Einparteienstaat mit dem übermächtigen Jayewardene an der Spitze. Damit dürften alle Voraussetzungen geschaffen sein für 'Politische Stabilität' über das Jahr 1983 hinaus und eine effektive Regierungspolitik, die ausländischen Investoren Vertrauen einflößt und die die von der Weltbank und dem IWF empfohlenen Maßnahmen energisch durchsetzen wird. Maßnahmen die dann auf den Rücken der Ärmsten ausgetragen werden.

Anmerkungen:

1) Diese sowie alle weiteren Zahlenangaben sind – soweit nicht anders vermerkt – dem jüngsten Jahresbericht der Central Bank of Ceylon entnommen, wie sie in Auszügen am 7.9.82 in der 'Daily News' veröffentlicht wurden.
2) Vom Ende '81 bis März '82 stieg die Geldmenge z.B. um 16 % an.
3) Unter den 'Terms of Trade' versteht man das Verhältnis der Veränderungen von Exportpreisen zu Importpreisen. So sind von 1978-81 die Exportpreise in Sri Lanka um 29 % gestiegen, im gleichen Zeitraum stiegen die Importpreise jedoch um 182 %.
4) 1970 betrug die Auslandsverschuldung erst 317 Mill. US $ (entspricht 16,1 % des BSP).
5) S.: Upali Cooray: Crackdown; in: New Statesman, 26.11.82
6) Im November '82 waren über 70 Personen unter diesem Gesetz inhaftiert.
7) siehe: Blätter des IZ3W Nr. 95, S. 8f
8) Das Instrument der Verfassungsänderung wurde durch die UNP jeweils nach tagespolitischen Gesichtspunkten weidlich ausgenutzt. So kursierte im letzten Jahr folgender Witz: Ein Mann geht in einen Buchladen und sagt zum Verkäufer: „Ich hätte gern ein Exemplar unserer Landesverfassung gekauft." Daraufhin antwortet der Verkäufer bedauernd: „Tut mir leid, aber wir führen leider keine Wochenzeitschriften!"
9) Gegen den letzteren und zwei der Katholiken ist inzwischen Anklage erhoben worden, die anderen wurden auf freien Fuß gesetzt.

Literaturhinweise:

T. Balasuriya, S. Bastian: Sri Lankan Economy in Crisis in the Eighties, (Logos XX, Nr. 2), Colombo 1981
Current Affairs Study Group: The Politics of Repression in Sri Lanka; in: Journal of Contemporary Asia, Jg. 11, Stockholm 1981, 115-122
S. Ponnambalam: Dependent Capitalism in Crisis. The Sri Lankan Economy 1948-1980, London 1981

LIBANON

Opfer des Befreiers Israel?

Die jetzt schon elf Monate andauernde israelische Besetzung des Südlibanon läßt immer deutlicher werden, daß Israels Überfall Anfang Juni 1982 nicht nur der PLO galt, die als Symbol der Palästinensischen Nationalbewegung zerstört werden sollte. Israel nutzt die Schwäche des von inneren Konflikten zerrütteten und mehrfach besetzten Landes aus, um seine eigenen militärstrategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen auch im Libanon durchzusetzen.
Neben den innerlibanesischen Auseinandersetzungen um ein politisches Ordnungssystem, das die gesellschaftliche und wirtschaftliche Benachteiligung der moslemischen Bevölkerungsmehrheit zugunsten des christlichen Bevölkerungsteils zementiert, sind es zwei weitere Konflikte, die die politische Situation im Libanon ständig anheizen - die Anwesenheit der Palästinenser im Libanon und die Frage nach der politischen Identität des Landes.
Im Bürgerkrieg von 1975/76, der sich an dem Gemisch aus diesen Konflikten entzündet hatte, konnten diese Probleme nicht gelöst werden. Sie wurden durch das Eingreifen Syriens nur aufgeschoben, das seitdem mit einer 30 000 Mann starken Besatzungstruppe als Rückhalt das politische Geschehen im Libanon weitgehend bestimmt hat.
Israel, der selbsternannte, angebliche Befreier Libanons, entpuppt sich als zusätzliche Besatzungsmacht, die das Land und seine Bevölkerung in ihre Abhängigkeit bringen will.
Im folgenden sollen zunächst durch einen historischen Rückblick die Ursachen des Bürgerkriegs von 1975/76 dargestellt werden, der den Staat in ein Mosaik verschiedener Herrschaftsbereiche aufgelöst hat. Anschließend werden die Interessen Israels am Libanon untersucht und seine Versuche, im Libanon Einfluß zu gewinnen, die mit dem Einmarsch im Sommer 1982 ihren Höhepunkt erreichten.
Danach wird auf die Auswirkungen dieses Überfalls auf die Machtverhältnisse eingegangen sowie auf das Schicksal der libanesischen und palästinensischen Zivilbevölkerung. Letzte Aspekte sind die Absichten der israelischen Besatzungspolitik und die Chancen des libanesischen Staates, seine Souveränität wiederherzustellen.

Der Konfessionalismus als politisches Ordnungssystem

Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs befanden sich Macht und Privilegien der seit 1943 unabhängigen, ehemaligen französischen Kolonie Libanon in den Händen der mit Frankreich eng verbundenen, zum christlichen Bevölkerungsteil zählenden Maroniten. Die Maroniten, eine der römisch-katholischen Kirche nahestehende Glaubensgemeinschaft, sind wie die anderen Gruppen christlicher und moslemischer Konfession schon seit Jahrhunderten im Libanon beheimatet. Sie bilden die große Mehrheit unter den Christen Libanons vor den griechisch-orthodoxen und einigen kleineren Glaubensgemeinschaften [1].

Die Vorherrschaft dieser orientalischen Christen über die moslemische Mehrheit der Bevölkerung (Schiiten, Sunniten, Drusen) stützte sich auf ihre politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Kolonialmacht Frankreich und auf den politischen Konfessionalismus. Der Konfessionalismus sollte im 19. Jahrhundert, als der Libanon noch nicht als Staat sondern nur ein Teilstück seines heutigen Staatsgebietes als autonome Provinz »Libanon-Gebirge« innerhalb des Osmanischen Reiches existierte, die Koexistenz der in diesem Gebirge lebenden, ständig um Vorherrschaft kämpfenden Maroniten (orientalische Christen) und Drusen (schiitische Moslems) ermöglichen [2]. Dieses damals eingeführte System sollte die beiden Glaubensgemeinschaften, die zwar räumlich voneinander getrennt lebten aber innerhalb des osmanischen Reiches von einem gemeinsamen Fürsten entweder maronitischer oder drusischer Herkunft vertreten wurden, auch administrativ voneinander trennen. So bekam jede Gemeinschaft ihren eigenen Richter, Steuereinnehmer, Polizisten und ihre eigene Verwaltung. Als mit dem Ende des 1. Weltkrieges die osmanische Herrschaft über die Araber zusammenbrach, begann über das Mandat des Völkerbundes die Zeit der Kolonialherrschaft Frankreichs über Syrien, das die ehemalige Provinz »Libanon-Gebirge« umschloß. Um die Position der Maroniten nicht zu gefährden, die schon seit Jahrhunderten enge Bindungen an Frankreich hatten (konfessionell, kulturell, wirtschaftlich) aber in einem moslemischen großsyrischen Staat nur eine verschwindende Minderheit dargestellt hätten, teilte Frankreich das ihm übertragene Mandatsgebiet in Syrien und Libanon auf, dessen Kern, das Libanon-Gebirge, durch den Anschluß umliegender Gebiete erweitert wurde. Um die Vorherrschaft der Maroniten in diesem größeren Libanon, das zusätzlich zu den Drusen noch weitere moslemische Bevölkerungsteile (Sunniten und Schiiten) dazubekam, auch für die Zukunft abzusichern, wurde der Konfessionalismus auch auf das politische System des in seinen bis heute gültigen Grenzen neu entstandenen Libanon übertragen, in dem zu der Zeit die Maroniten noch eine knappe Bevölkerungsmehrheit bildeten.

Der Politische Konfessionalismus sieht die Beteiligung aller Religionsgemeinschaften an der Macht proportional zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vor. Dabei handelt es sich um ein politisches Ordnungssystem, in dem Wahlsystem und Zusammensetzung des Parlaments (s. Kasten) sowie die Verteilung der höchsten Ämter in Regierung und öffentlicher Verwaltung dem Religionsproporz unterworfen sind. Die Verteilung der Regierungs- und Verwaltungsämter wurde 1943 im sogenannten Nationalen

Zusammensetzung des Parlaments

Entsprechend dem festgelegten Verhältnis von 6:5 der christlichen zur nichtchristlichen Bevölkerung muß die Zahl der Parlamentsmitglieder immer durch 11 teilbar sein. Im derzeitigen, 1972 gewählten Parlament sind die ... 99 Sitze nach folgendem Schlüssel aufgeteilt:

Maroniten	30	Sunniten	20
Griechisch-Orthodoxe	11	Schiiten	19
Griechisch-Katholiken	6	Drusen	6
Armenisch-Orthodoxe	4		
Armenisch-Katholiken	1		
Protestanten	1		
Andere	1		
Christen	54	Moslems	45

(aus: W. Köhler, a.a.O., S. 396)

Pakt endgültig festgelegt und sie stützte sich auf die bisher einzige Volkszählung von 1932, obwohl die Umkehrung des damals festgestellten Gesamtverhältnisses von sechs zu fünf zugunsten der Christen so gut wie sicher war. Der damals vereinbarten Verteilung entsprechend muß der Staatspräsident als mächtigster Mann im Staat immer ein Maronit sein, der Ministerpräsident als zweiter Mann im Staat immer ein Sunnit, der drittrangige Parlamentspräsident ein Schiit, die Stellvertreter der beiden Letztgenannten ein griechisch-orthodoxer Christ und der Kommandant der Armee wiederum ein Maronit.

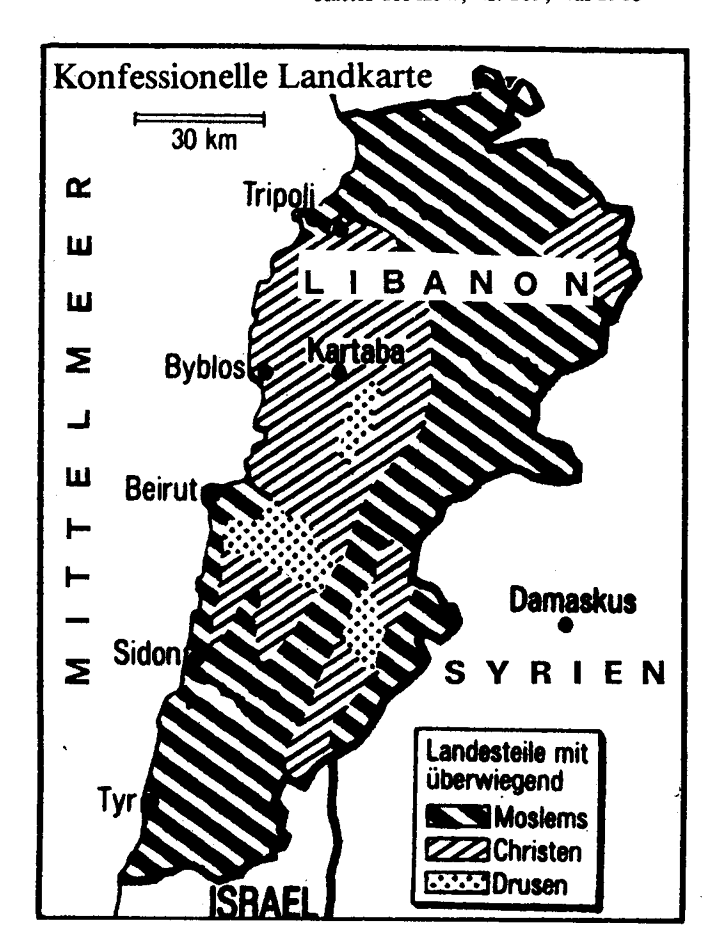
Der Nationale Pakt sicherte den schon von den Franzosen privilegierten Maroniten endgültig die Vorherrschaft im Staat und gleichzeitig den traditionellen Führern der anderen sowohl christlichen wie moslemischen Glaubensgemeinschaften die Macht in ihren Herrschaftsbereichen. Denn innerhalb ihrer relativ geschlossenen Siedlungsgebiete (s. die Konfessionelle Landkarte) bildeten die Konfessionen nach feudalistischem Prinzip geordnete Wehr- und Lebensgemeinschaften, deren interne Abhängigkeitsverhältnisse vor allem in den ländlichen Gebieten des Libanon bis heute aufrechterhalten werden. Der Konfessionalismus bestimmt damit auch die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen: »Zugang zu wirtschaftlicher Betätigung, Geschäftsverbindungen und Arbeitsplätze findet man nur mit Hilfe politischer Führer, die innerhalb einer Religionsgemeinschaft für eine bestimmte Region die starken Männer sind. Die soziale Versorgung befindet sich in den Händen der Kirchen; zu Schulen, Krankenhäusern und Kindergärten hat man fast nur innerhalb seiner eigenen Konfession Zutritt. Der durchschnittliche Libanese kann also gar nicht außerhalb seiner Religionsgemeinschaft bzw. ohne die Verbindung zu politischen Führern überleben«[3].

Diese Führer rekrutieren sich oft aus den gleichen Familienclans. Neben den traditionellen Führern, den Feudalherren und örtlichen Notabeln, treten als neuere Typen der städtische Geschäftsmann und der Politiker in Erscheinung, die sich aber ebenfalls um eine persönliche Gefolgschaft bemühen. Die Position des Führers und seine Ämter werden meistens vererbt, bleiben in der Familie. So kommen z. B. in der jetzt 50-jährigen parlamentarischen Geschichte des Libanon die insgesamt 359 Abgeordneten aus nur 210 Familien. Mehr als 300 von diesen 359 Abgeordneten haben ihren Parlamentssitz geerbt[4].

Zunehmende wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten

Der Konfessionalismus erlaubte es einer kleinen Minderheit, von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zu profitieren, indem sie die sozialen Auswirkungen wie hohe Arbeitslosigkeit, hohe Inflationsrate (25,6 %) und Massenelend auf eine breite Unterschicht abwälzte[5]. Diese Ungleichheiten dokumentierten sich im Libanon einmal an der Machtstellung einer kleinen Elite aus Großgrundbesitzern, Kaufleuten und einigen wenigen Großindustriellen, der sowohl Christen als auch Moslems angehörten, die mit einem Anteil von nur 5 % an der Bevölkerung 32 % des Volkseinkommens für sich beanspruchte. Für sie allein mag der Libanon die 'Schweiz des Orients' gewesen sein, wie dieses Land auf Grund seines wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem 2. Weltkrieg oft genannt wurde. Die gewaltige Unterschicht[6] mit einem Bevölkerungsanteil von 49 % – überwiegend aus Moslems vorwiegend schiitischer Glaubensrichtung bestehend – mußte sich mit 18 % des Volkseinkommens zufriedengeben.

Neben der Verteilung des Volkseinkommens auf die sozialen Klassen, in denen die Homogenität einer relativ großen christlichen Mittelschicht (Angestellte, Kleinbauern, Händler, Kleinindustrielle, städtische Anbeiter) einer starken Polarisierung der Moslems in eine kleine reiche Oberschicht und eine breite arme Unterschicht gegenüberstand, zeigte sich die Unterentwicklung der libanesischen Wirtschafts- und Sozialstruktur auch an der Verteilung des Volkseinkommens und der Beschäftigten auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren. 68 % des Volkseinkommens stammten aus dem nicht beschäftigungsintensiven Dienstleistungssektor (davon aus Handel 32 %, Banken und Tourismus je 8 %), in dem jedoch nur ein Drittel aller libanesischen Arbeitskräfte beschäftigt waren. Nur 14 % des Volkseinkommens kamen aus der Agrarwirtschaft und 13 % aus der Industrie, wo zusammen zwei Drittel aller libanesischen Arbeitskräfte tätig waren, davon fast 50 % in der Landwirtschaft. Der in diesen beiden Bereichen arbeitende, überwiegend moslemische Bevölkerungsteil war auch in dem allgemein schon unzulänglich ausgebauten staatlichen System der Sozialleistungen nur am Rande beteiligt und zudem gewerkschaftlich am schlechtesten vertreten.[7]



Die genannten Zahlen weisen den libanesischen Kapitalismus als Handels- und Finanzkapitalismus aus, der auf Dienstleistungen für das Ausland beruht und die Entwicklung der beschäftigungsintensiven und Selbstversorgung sichernden Landwirtschaft und Industrie vernachlässigt hat. Diese einseitige Entwicklung ist eine Folge des französischen Kolonialismus, der den Libanon zum Exporteur von landwirtschaftlichen Rohprodukten (Rohseide, Tabak, Baumwolle) umwandelte und das Land zum Absatzmarkt für französische Fertigprodukte sowie zum Umschlagplatz für die europäischen Handels- und Finanzgeschäfte mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens machte. Weitere Voraussetzungen für die zunehmende Bedeutung als Handels- und Finanzzentrum sowie Fremdenverkehrsland waren neben der günstigen geographischen Lage die liberale Wirtschaftsordnung, die ausländische Handelsvertretungen und Bankfilialen anzog,

sowie die politische Neutralität und relative Stabilität bis Ende der 60-er Jahre. An den unteren Gesellschaftsklassen, die keinen Anteil an dem prosperierenden Dienstleistungssektor hatten, ging das Wachstum vorbei.

Der Bürgerkrieg von 1975/76 war der Versuch der fortschrittlichen Kräfte des Libanon, zusammengeschlossen in der außerparlamentarischen 'Nationalen Bewegung', den Konfessionalismus als politisches Ordnungsprinzip [8] zu beseitigen und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Benachteiligung zu bekämpfen, von der hauptsächlich die moslemische Bevölkerung betroffen war. Die Nationale Bewegung war eine Koalition aus 16 ideologisch und politisch sehr unterschiedlich eingestellten Organisationen, die sich 1969 zusammenschlossen, um für demokratische und wirtschaftliche Reformen zu kämpfen und die palästinensische Befreiungsbewegung zu unterstützen. Die meisten Gruppen und Parteien (s. Kasten) waren religiös nicht gebunden sondern erhielten die Unterstützung aus der Bevölkerung auf Grund ihrer politischen Forderungen, ihrer praktischen Arbeit und als Träger zahlreicher Streiks und Demonstrationen. Die Nationale Bewegung war auf einer Massenbasis von Arbeitern, Kleinbauern, Studenten, Teilen des städtischen Kleinbürgertums und Flüchtlingen aufgebaut. Zu ihren Anhängern zählten auch viele Christen. Daß es sich im wesentlichen um eine Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Klassen und weniger der Religionen handelte, beweisen auch die Oppositionsversuche von verschiedenen moslemischen Politikern und Honoratioren gegen die Nationale Bewegung (Guardian 28.10.81).

Die Frage nach der libanesischen Identität – Westlicher Brückenkopf oder arabischer Staat?

Neben dem Konflikt auf innerlibanesischer Ebene gab es zwei weitere Faktoren, die im Bürgerkrieg eine Rolle spielten - die bewaffnete Präsenz der Palästinenser im Libanon und die Frage der politischen Identität des Landes.
Der schon erwähnte Nationale Pakt von 1943 verpflichtete die politischen Führer zur Bündnisfreiheit - ein Kompromiß zwischen den Christen, von denen die meisten prowestlich eingestellt und auf Unabhängigkeit von den anderen arabischen Ländern bedacht sind, und den Moslems, die sich den arabischen Staaten zugehörig fühlen.
Das Anwachsen des arabischen Nationalismus in der Region - Syrien (1949), Ägypten (1952) und der Irak (1958) wurden durch nationale Revolutionen unabhängig - und die Versuche ihrer ehemaligen Kolonialmächte England und Frankreich und zusätzlich der USA, ihre Einflüsse und Interessen (Öl, Handel, militärstrategische Stützpunkte) dort weiterhin geltend zu machen, beschleunigten die Polarisierung der auch in dieser Frage gegensätzlichen Kräfte im Libanon.
Daß der Libanon unter der Herrschaft der Maroniten sich nicht neutral verhielt und von den westlichen Mächten als Brückenkopf beansprucht wurde, zeigte sich 1958 beim ersten Versuch der Loslösung vom Konfessionalismus.
Der arabische Nationalismus gewann auch unter den Moslems im Libanon starken Einfluß, der sich bald in der Forderung nach einer Revision des Nationalen Paktes äußerte, der über den Konfessionalismus die maronitische Vorherrschaft absicherte. Im Mai 1958 kam es zu bewaffneten Kämpfen zwischen den Anhängern beider Lager.
Mit der Unterstellung von Interventionsabsichten Ägyptens und Syriens, die sich als Vorkämpfer des arabischen Nationalismus im Februar 1958 zur Vereinigten Arabischen Republik zusammengeschlossen hatten, versuchte der maronitische Staatspräsident Chamoun zunächst bei Israel und dann bei den USA militärische Unterstützung zu finden. Jedoch erst im Juli 1958, als mit dem Putsch der Armee im Irak ein weiteres Land dem westlichen Einfluß entglitt, griffen die USA ein. Sie sahen ihren Plan, die Einschließung der Sowjetunion vom Süden her, gefährdet und schickten vorsorglich die von den Maroniten gewünschten Truppen in den Libanon, die allerdings in keine Kämpfe verwickelt wurden. »Die einzigen Toten und Verletzten auf amerikanischer Seite waren Opfer von Wirtshausschlägereien und Verkehrsunfällen« [9]. Unter amerikanischem Druck blieb es im Libanon bei der Vorherrschaft der prowestlichen Maroniten.
Ernsthaft in Gefahr geriet die maronitische Position erst mit der zunehmenden Stärke der Palästinensischen Befreiungsbewegung im Libanon, dem dritten Faktor des Libanonkonflikts neben der innerlibanesischen und der panarabischen Frage.

HETEROGENE 'NATIONALE BEWEGUNG'

Zu den Hauptgruppen zählten:
- Die Unabhängigen Nasseristen (Al-Murabitun) - sie war am stärksten in Beirut organisiert bei den sunnitischen Arbeitern und Flüchtlingen.
- Die Syrisch Nationalistisch Soziale Partei, die den historischen groß-syrischen Staat anstrebt, der Palästina, Libanon, Jordanien, Cypern und Teile der Türkei einschließt und im Zuge des Kolonialismus aufgeteilt worden war.
- Die Progressive Sozialistische Partei, die 1949 von dem Oberhaupt der Drusen, Kamal Jumblat, gegründet wurde. Die Partei tritt für arabische Einheit und soziale Demokratie ein, sie steht in Verbindung mit der Sozialistischen Internationalen.
- Die Libanesische Kommunistische Partei, die einflußreichste der kommunistischen Parteien in der arabischen Region.
- Die Organisation der Kommunistischen Aktion des Libanon.
- Die Arabische Sozialistische Aktionspartei.
- Die verfeindeten syrischen und irakischen Flügel der Baath-Partei, die die Vereinigung aller arabischen Staaten anstrebt.
- Die fundamentalistisch eingestellte Gruppe AMAL, die anfangs mit der Nationalen Bewegung verbündet war. Als antikommunistisch orientierte Gruppe hatte sie Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Parteien, als pro-iranische Partei war sie in Kämpfe mit dem irakischen Baath-Flügel verwickelt. Zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam es auch mit der PLO, der gegenüber die Amal ihren Einfluß in der schiitisch dominierten Bevölkerung des Südlibanon geltend machte.

Die Nationale Bewegung in der heterogenen Zusammensetzung der Vorkriegszeit ist militärisch und politisch geschlagen (Guardian 28.10.81; Le Monde 23.8.82).

Die Palästinensische Befreiungsbewegung im Libanon

Etwa 100000 von den palästinensischen Flüchtlingen, die im Laufe des ersten arabisch-israelischen Krieges 1948/49 aus ihrer Heimat vertrieben wurden, kamen in den Libanon. Die ökonomische Integration gelang nur einigen wenigen, zur Oberschicht zählenden Palästinensern. Die große Mehrheit der Flüchtlinge fristete ihr Dasein in provisorischen Flüchtlingslagern, die von der libanesischen Polizei streng überwacht wurden. Sie hatten keinerlei politische Rechte, keine Arbeit, keine Aufenthaltsgenehmigung und waren von den knappen Lebensmittelrationen abhängig, die ihnen die UNWRA, eine von den Vereinten Nationen eingerichtete Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge, aushändigte. Nach der Definition des Begriffs 'Flüchtling' durch die UNWRA gingen allerdings 48 % der geflüchteten Palästinenser leer aus [10].
Einerseits waren der Libanon und die meisten der anderen Aufnahmeländer selbst unterentwickelt, konnten auch der

einheimischen Bevölkerung nicht genügend Arbeitsplätze anbieten und waren nicht in der Lage, die Flüchtlingsmassen zu intergrieren. Andererseits lehnten die meisten Palästinenser eine Integration ab und beharrten darauf, in ihre Heimat Palästina zurückzukehren.

Der arabisch-israelische Krieg von 1967 brachte zwar die desillusionierende Niederlage der arabischen Streitkräfte sowie die Annektion großer Teile arabischen Territoriums durch Israel und eine neue Flüchtlingswelle. Er forcierte aber auch die Loslösung des palästinensischen Widerstands aus der Vormundschaft der arabischen Staaten und die Formierung unter eigener Regie, institutionalisiert in der PLO [11]. Die zunehmende Anerkennung des Palästinensischen Nationalismus von arabischer Seite, verstärkt nach der erfolgreichen Abwehr eines israelischen Angriffs auf den Grenzort Karameh in Jordanien durch palästinensische Widerstandskämpfer im März 1968, die damit für die arabische Welt den Mythos von der Unbesiegbarkeit Israels zerstörten, gab auch der Situation der Palästinenser im Libanon Auftrieb.
Moslems und Linke, verbittert über die wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Mißstände und die Privilegierung der Maroniten und einer kleinen moslemischen Elite, solidarisierten sich zunehmend mit den Palästinensern, die seit 1968 vom Südlibanon aus Kommandoaktionen gegen Israel durchführten unter Mißachtung der Auflagen durch die libanesischen Behörden. Nach blutigen Zusammenstößen zwischen der libanesischen Armee und palästinensischen Widerstandskämpfern wurde angesichts der massiver werdenden Unterstützung der Palästinenser durch Demonstrationen im November 1969 zwischen der PLO und dem Libanon (Gründungsmitglied der Arabischen Liga) das Abkommen von Kairo abgeschlossen. Dieser Vertrag, der 1973 nach weiteren zahlreichen Zusammenstößen zwischen den Konfliktparteien durch das sogenannte 'Melkart-Abkommen' bestätigt werden mußte, sicherte den Palästinensern in einem begrenzten Teil Südlibanons Bewegungsfreiheit zu. Die palästinensischen Organisationen erhielten die Kontrolle über die Flüchtlingslager. Sie durften bewaffnete Einheiten aufstellen und im Grenzgebiet zu Israel Stützpunkte unterhalten. Im Gegenzug mußten die Palästinenser zusichern, zukünftig die libanesische Souveränität zu respektieren und sich nicht in innerlibanesische Angelegenheiten einzumischen.

Nach der Niederlage der Palästinenser im Jordanischen Bürgerkrieg 1970/71 (Schwarzer September), der 20 000 Palästinensern das Leben kostete, und der Vertreibung des Widerstands nahm die Zahl der Flüchtlinge im Libanon noch einmal zu. In den folgenden Jahren konnte sich der palästinensische Widerstand im Libanon, dem einzigen Land, in dem sich bewaffnete Kommandos frei bewegen durften, reorganisieren und auf eine breitere Basis stellen. Trotz der schwierigen Situation auf Grund von Diskriminierungen von maronitischer Seite und ständiger israelischer Angriffe auf militärische und zivile Einrichtungen konnten die palästinensischen Organisationen für die Flüchtlinge gut funktionierende soziale und wirtschaftliche Strukturen (wie Kindergärten, Schulen, Werkstätten, Fabriken und Krankenhäuser) aufbauen [12].

Der Bürgerkrieg von 1975/76

Diese Entwicklung der Palästinenser zu einem militärischen und wirtschaftlichen Machtfaktor im Libanon, zu einem Staat im Staat, wurde von den Maroniten zunehmend als Bedrohung ihrer privilegierten Machtstellung empfunden. Das Versprechen der Palästinenser - Respektierung der libanesischen Souveränität, keine Einmischung in innerlibanesische Angelegenheiten - war nicht einlösbar. Ihre Anwesenheit im Libanon und ihre Aktionen gegen Israel sowie deren Gegenschläge und immer brutaler werdenden sogenannten Präventivschläge auch gegen zivile palästinensische und libanesische Einrichtungen zogen den Libanon immer stärker in den arabisch-israelischen Konflikt hinein und forcierten die innerlibanesischen Auseinandersetzungen. Die Stellungnahme für oder gegen die Palästinenser formierte die Bürgerkriegsfronten, die ihre jeweiligen Privatmilizen aufrüsteten. Auf der einen Seite die mit den Palästinensern verbündete Nationale Bewegung, die mit ihrer Parteinahme in Bezug auf den arabisch-israelischen Konflikt die Zugehörigkeit des



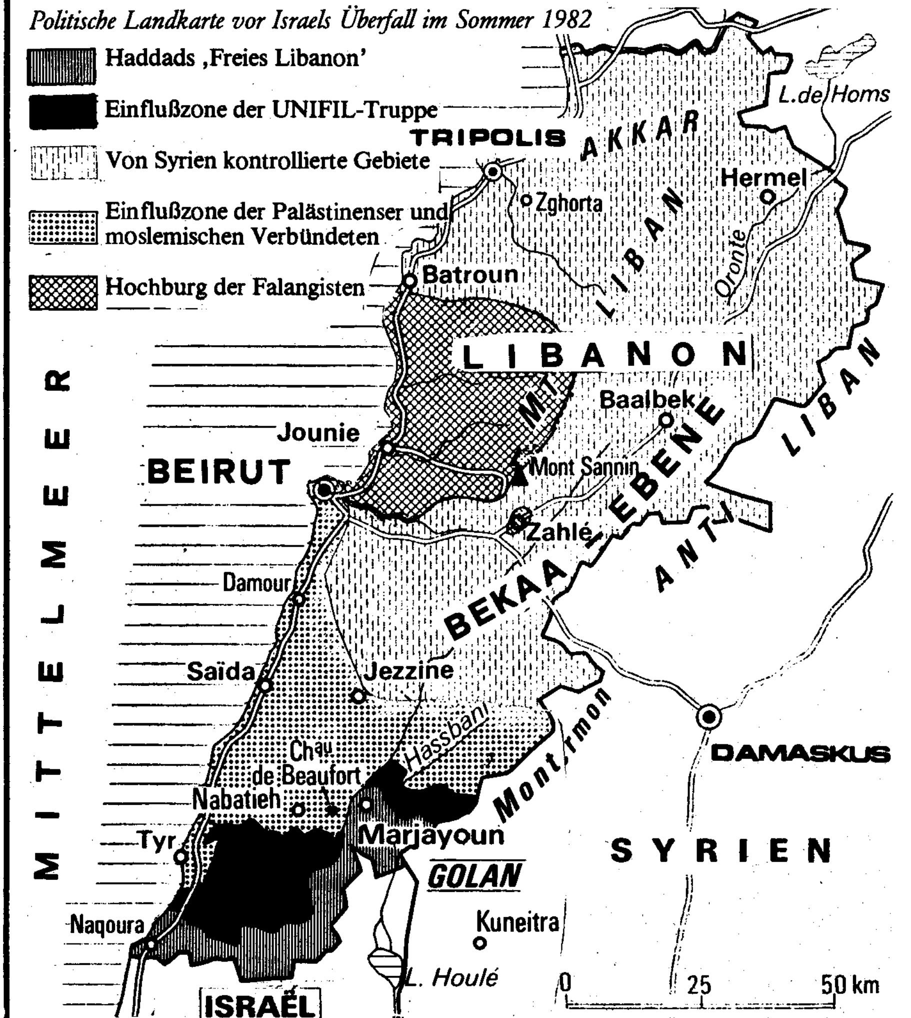
Moslemische Miliz im Bürgerkrieg

Libanon zum arabischen Lager betonte. In dem Bündnis mit den militärisch starken palästinensischen Widerstandsgruppen sahen die in der Nationalen Bewegung zusammengeschlossenen Gruppen auch die Chance, ihr politisches Programm [13] – wie z. B. Beseitigung des Konfessionalismus und damit der Vorherrschaft der Maroniten – durchzusetzen. Auf der anderen Seite die verschiedenen christlichen, vor allem maronitischen Gruppen und ihre Milizen, die später in der sogenannten 'Libanesischen Front' zusammengeschlossen wurden.

Der Staat war nicht in der Lage, eine wirkungsvolle Ordnungsfunktion auszuüben. Die Ohnmacht des Staates und seiner Institutionen in dieser Situation ergab sich aus ihrer schematischen Zusammensetzung auf der Grundlage des konfessionellen Proporz. Die Inhaber politischer Ämter genau wie die Angestellten in der öffentlichen Verwaltung oder die Angehörigen von Armee und Polizei verstanden sich, wenn es darauf ankam, als Vertreter ihrer jeweiligen Religionsgemeinschaft und deren Interessen. Ein entscheidender Einsatz z. B. der Armee während des Bürgerkriegs kam nicht zustande, weil zwischen den zustimmungsberechtigten, konfessionell gespaltenen Politikern keine Übereinstimmung zustande kam. Anfang 1976 lösten sich die Armee und die Polizei auf. Zuerst waren es einzelne Deserteure, schließlich ganze Verbände, die sich den Privatmilizen derjenigen Bürgerkriegsgruppe anschlossen, die ihnen jeweils religiös oder ideologisch nahestand.

Die palästinensischen Verbände, soweit sie der Kontrolle der PLO unterstanden, hielten sich lange aus den Kämpfen heraus, sie griffen erst nach Übergriffen christlicher Milizen auf palästinensische Flüchtlingslager und nach Massakern in palästinensischen und moslemischen Elendsvierteln in Beirut ein und stürmten ihrerseits die überwiegend maronitisch bewohnte Stadt Damour. Als die christlichen Milizen immer deutlicher gegen die verbündeten Milizen der Nationalen Bewegung und die Kampfeinheiten der Palästinenser in Bedrängnis gerieten, griff Syrien im Juni 1976 ein – nach Absprache mit der libanesischen Regierung und nach einem stillschweigenden Übereinkommen mit Israel. Durch Ziehung einer sogenannten 'roten Linie' quer durch den Libanon entlang des Litaniflusses teilten Syrer und Israelis, die ebenfalls eine Niederlage der Maroniten verhindert sehen wollten, den Libanon untereinander in Einflußzonen auf. Israel akzeptierte den Eingriff Syriens und dessen anschließende militärische Präsenz im Norden und Osten des Landes. Der Süden bis zum Litanifluß blieb israelisches Einflußgebiet. Syrien erhielt freie Hand für sein Bemühen, die rivalisierenden Bürgerkriegsfronten im Gleichgewicht zu halten, Israel wurde dafür die Vorherrschaft im libanesischen Luftraum eingeräumt. Zu den geheimen Abmachungen gehörte auch der Verzicht Syriens, Flugabwehrraketen im Libanon zu stationieren (Zeit 15. 5. 81).

Syriens Eingriff verhinderte die Niederlage der Maroniten, die sich mit Massakern wie im zerstörten Flüchtlingslager Tel Al Zaatar an den Palästinensern rächten. Schonungslos gingen auch die Syrer mit ihnen um. Syrien fürchtete, von einer schnell wiedererstarkten palästinensischen Befreiungsbewegung in Konfrontationen mit Israel verwickelt zu werden. Außerdem wollten die Syrer durch die Schwächung palästinensischer Strukturen das Übergreifen sozialrevolutionärer Strömungen – propagiert von einigen palästinensischen Organisationen – vom Libanon aus auf



Neben dem geschlossenen Gebiet der Maroniten in Ostbeirut und nördlich von Beirut gab es das Gebiet Westbeirut und südlich Beiruts bis zum Litani-Fluß, das von den Palästinensern und ihren moslemischen Verbündeten kontrolliert wurde. Die im Kairo-Abkommen von 1969 zugesicherte Bewegungsfreiheit blieb den Palästinensern erhalten.

In einem etwa 10 km breiten Gebietsstreifen entlang der israelischen Grenze regierte der aus der regulären libanesischen Armee ausgeschlossene Major Haddad, dessen Truppe (2000 Mann) von den Israelis finanziert wird.

Zwischen Haddad und den Palästinensern am Litani sind etwa 6000 UNO-Soldaten stationiert.

Im Norden um die Stadt Zghorta herrscht die Miliz der Familie Frangie, die sich von den anderen Maroniten abgesetzt und mit den Syrern zusammengearbeitet hat.

Die Syrer wiederum waren mit der von ihnen dominierten sogenannten Arabischen Abschreckungstruppe von 30 000 Mann außer im Norden und in der Bekaa-Ebene im Osten auch im Süden stationiert. Dort gab es die 'Rote Linie' entlang des Litani, die Syrien in stillschweigendem Übereinkommen mit Israel nicht überschreiten durfte.

das eigene, innenpolitisch instabile Land verhindern. Allerdings waren die Syrer auch darauf bedacht, die Palästinenser nicht völlig aufzureiben. Syrien hatte Interesse daran, die Palästinensische Befreiungsbewegung unter Kontrolle zu halten, um sie ihrer Politik gegenüber Israel unterordnen zu können. Außerdem brauchte die syrische Regierung die Palästinenser, um sich gegebenenfalls im arabischen Lager und auch bei der eigenen Bevölkerung als Schutzmacht und Förderer der palästinensischen Sache profilieren zu können.

Libanon ohne staatliche Autorität

Durch das Eingreifen Syriens wurde zwar die Niederlage der Maroniten verhindert, ihre Vorherrschaft über den Gesamtstaat hatten sie jedoch eingebüßt. Das politische Geschehen wurde seitdem weitgehend von Syrien bestimmt.
Die neu gebildete libanesische Regierung unter dem 1976 von den Syrern eingesetzten und von ihnen abhängigen maronitischen Staatspräsidenten Sarkis stand zwischen den innerlibanesischen Fronten, deren Gruppen sich in ihre jeweiligen Einflußgebiete zurückgezogen hatten. Die staatlichen Organe Libanons waren entweder aufgelöst oder aber machtlos in der offiziell zwar beendeten aber trotzdem ständig weiterschwelenden Bürgerkriegssituation.[14].
Das 1972 gewählte Parlament z. B., das sich wegen der Undurchführbarkeit von längst fälligen Neuwahlen immer wieder selbst gewählt hat, tagte zwar. Die gefaßten Beschlüsse jedoch blieben undurchführbar. Denn das Staatsgebiet des Libanon (das bei einer Einwohnerzahl von etwa 3 Millionen um ein Drittel kleiner ist als Schleswig-Holstein) war seit dem Bürgerkrieg in ein Mosaik von Herrschaftsbereichen zerfallen, in denen die staatliche Autorität nichts galt (s. Karte).

Die Konflikte, an denen sich der Bürgerkrieg entzündet hatte, waren durch das Eingreifen Syriens zugunsten der Maroniten nicht gelöst sondern nur aufgeschoben worden. Das von der konfessionellen Minderheit der Alawiten beherrschte Syrien, belastet mit außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten[15], hatte besondere strategische Interessen an der Machtkonstellation im Libanon. Der syrische Staat wollte weder wie schon erwähnt ein von Palästinensern, Linken und Moslems dominiertes Nachbarland, von dem er das Überspringen sozialer und konfessioneller Unruhen auf das eigene Land fürchten mußte. Noch hätte er einen christlich beherrschten, prowestlich ausgerichteten und israelfreundlichen Nachbarn akzeptiert. Syrien bevorzugte ein Gleichgewicht der Kräfte bei weitgehendem eigenen Einfluß auf das politische Geschehen im Libanon. Mit der 30 000 Mann starken sogenannten Arabischen Abschreckungstruppe und dem Befriedungsauftrag der Arabischen Liga im Rücken hatte sich Syrien seit 1975/76 diesen Einfluß auf die Zukunft des Libanon gesichert, den es in der Folgezeit auf Kosten der Maroniten immer stärker ausbauen konnte. Das wiederum rief Israel auf den Plan, das seine eigenen Vorstellungen über die Zukunft seines nördlichen Nachbarlandes hatte.

Israels Ziele und Verbündete im Libanon

Die Israelis haben im Libanon politische, strategische und wirtschaftliche Interessen.
Der Süden des Landes ist schon seit Beginn der zionistischen Besiedlung Palästinas am Anfang dieses Jahrhunderts Ziel israelischer Annektionspläne - schon lange bevor es palästinensische Flüchtlinge im Libanon gab und die PLO existierte, der allein angeblich der Krieg im Sommer 1982 gegolten habe. Wie ein roter Faden laufen Israels libanesische Wünsche durch die zionistische

»Dies ist eine historische Gelegenheit«

Auszug aus einem Brief von Ben Gurion (Israels Premierminister bis 1953) an seinen Nachfolger Moshe Sharett v. 27. 2. 1954:

»... Vielleicht (in der Politik gibt es keine Gewißheit) ist jetzt die Zeit, die Schaffung eines christlichen Staates in unserer Nachbarschaft zustandezubringen. Ohne unsere Initiative und entschiedene Hilfe wird das nicht passieren. Mir scheint, dies ist unsere zentrale Pflicht oder wenigstens eine der zentralen Pflichten unserer Außenpolitik. Dies bedeutet, daß Zeit, Energie und Mittel investiert werden sollten, und daß wir auf alle möglichen Arten handeln müssen, um einen radikalen Wechsel im Libanon zustande zu bringen. Sasson ... und unsere anderen Arabisten müssen mobilisiert werden. Wenn Geld notwendig ist, sollte kein Dollarbetrag gespart werden, obwohl das Geld vielleicht vergeblich ausgegeben wird. Wir müssen unsere ganze Anstrengungen auf dieses Thema konzentrieren ... Dies ist eine historische Gelegenheit. Sie zu versäumen wäre unverzeihlich. In diesem Plan liegt keine Kampfansage an die Weltmächte ... Nach meiner Meinung sollte alles schnell und unter Volldampf getan werden.
Natürlich wird das Ziel nicht ohne Einschränkung der Grenzen des Libanon erreicht werden. Aber wenn wir im Libanon und im Exil Männer finden können, die bereit sind, für die Schaffung eines maronitischen Staates mobil zu machen, werden ausgeweitete Grenzen und eine große moslemische Bevölkerung keinen Nutzen für sie haben, und dies wird kein störender Faktor sein.
Ich weiß nicht, ob wir Leute im Libanon haben – aber es gibt verschiedene Wege, auf denen das vorgeschlagene Experiment durchgeführt werden kann. D.B.G.«
(27. 2. 1954; Seite 2397–2398)

(Auszug aus Moshe Sharetts Tagebuchaufzeichnung vom 16. Mai 1954): Ben Gurion verlangte »während eines gemeinsamen Treffens mit älteren Beamten des Verteidigungs- und Außenministeriums, daß Israel in Bezug auf den Libanon etwas unternehmen solle ... Dayan (damals Israels Stabschef, d. Aut.) drückte sofort seine begeisterte Zustimmung aus«:

»Nach seiner (Dayans) *Meinung sei es einzig und allein notwendig, einen Offizier, vielleicht sogar einen Major zu finden. Wir sollten entweder sein Herz gewinnen oder ihn mit Geld kaufen, um seine Zustimmung zu erlangen, daß er sich selbst zum Retter der maronitischen Bevölkerung ausruft. Dann wird die israelische Armee in den Libanon einmarschieren, das notwendige Gebiet besetzen und ein christliches Regime einsetzen, das sich mit Israel verbünden wird. Das Gebiet südlich des Litani*(-Flusses) *wird Israel völlig einverleibt werden und alles wäre in Ordnung ...«*

Zitate aus: Livia Rockach, Israels Heiliger Terror. Eine Studie auf der Basis von Moshe Sharetts Persönlichem Tagebuch und anderen Dokumenten seiner Zeit, Pfungstadt 1982, Minotaurus Projekt, S. 49 f u. S. 54).

Geschichte, dokumentarisch belegbar von den Anfängen der zionistischen Publizistik z. B. bei Theodor Herzl bis zum Versuch ihrer Realisierung seit dem Sommer 1982[16].
Diese Ziele sind:

1. die Errichtung eines christlich dominierten, mit Israel verbündeten Staates; d. h. auch Verdrängung Syriens,
2. die Annektion des Südlibanon mit dem Fluß Litani, der die Wasserprobleme Nordisraels lösen soll und
3. - seit der Errichtung der palästinensischen Widerstandsbewegung im Libanon - die militärische und politische Liquidierung der PLO und damit der Palästinensischen Nationalbewegung.

(zu Pkt. 1 und 2 s. Kasten »Dies ist eine historische Gelegenheit«).

Die Verbündeten Israels sind die Maroniten im Zentrum des Libanon nördlich von Beirut und im Süden der aus der regulären libanesischen Armee ausgeschlossene Major Haddad mit seiner 2000 Mann starken Truppe, den die Israelis 1978 nach einer drei Monate dauernden Besetzung des Südlibanon bei ihrem Rückzug in einem 10 km breiten Grenzstreifen als Statthalter über etwa 100 000 Einwohner (Maroniten und Schiiten) eingesetzt haben.

Die Enklave des Major Haddads (griechisch-orthodoxer Christ), nach dessen Meinung »jeder Libanese die verdammte Pflicht hat, in seinem Leben mindestens einen Palästinenser umzulegen« (Stern 25. 10. 79), diente den Israelis als Stacheldraht, der palästinensische Freischärler abfangen sollte, sowie als Aufmarschgebiet für Aktionen im Südlibanon. Ihre Angriffe galten oft auch der libanesischen moslemischen Zivilbevölkerung, die mit den Palästinensern sympathisierte. Auf diese Weise sollten die Palästinenser von der Zivilbevölkerung isoliert werden. Die ständigen Angriffe verstärkten zunächst die Solidarisierung, stellten auf Dauer aber doch eine Belastung für das Verhältnis der Linken und Moslems mit den Palästinensern dar.

Haddad, dessen Söldnertruppe von Israel finanziert und versorgt wird, verhinderte 1978 den Einmarsch der zu der Zeit wieder im Aufbau befindlichen regulären libanesischen Armee in sein Territorium, das er zur Republik 'Freies Libanon' ausrief. Über die nur wenige Kilometer breite Pufferzone der seit 1978 stationierten 6000 Mann starken aber machtlosen Friedenstruppe der Vereinten Nationen UNIFIL hinweg nahm Haddads Artillerie libanesische Dörfer und Städte im palästinensischen Einflußgebiet unter Beschuß wie z. B. die Hafenstadt Tyros. Tyros, auch ein beliebtes Ziel israelischer Luftangriffe, zählte bald - halb zerstört und von den meisten Einwohnern verlassen - zu den südlibanesischen Geisterstädten (NZZ 21. u. 24. 3. 81).
Die Einflußzone Haddads, der die im Sommer 1982 von Israel so genannten 'Säuberungsaktion' im Südlibanon besonders eifrig durchführte, ist auf den von Israel geforderten 45 km breiten Sicherheitsstreifen ausgedehnt worden (FAZ 8. 2. 83).

Die maronitisch-israelische Offensive 1981

Einen gewichtigeren, allerdings auch eigensinnigeren Verbündeten als den gefügigen Haddad fanden sie in den



Begin und sein Statthalter im Libanon Major Haddad

Maroniten im Zentrum des Libanon, die 1975/76 als Libanesische Front den Palästinensern und der Nationalen Bewegung gegenüberstanden. Das im Februar 1983 von der israelischen Kommission zur Untersuchung der Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila veröffentlichte Dokument bestätigt frühere Berichte über die Verbindungen zwischen den falangistischen Milizen und Israel. Danach begannen die Beziehungen »kurz nach Beginn des Bürgerkriegs« 1975/76 und haben sich »im Laufe der Zeit vom politischen und militärischen Standpunkt her verstärkt«. Die Milizen erhielten von Israel Waffen, Uniformen und militärische Ausbildung (SZ 25. 8. 78; FAZ 25. 2. 83).
Nach dem Bürgerkrieg brauchten die Maroniten die Waffen, die über ihren Hafen Jounie geliefert wurden, dringend für die Kämpfe mit den Syrern, die sie 1976 noch



bildpost

26. Jahr 40-Pfennig-Wochenzeitung L5132CX

GRÖSSTE CHRISTLICHE WOCHENZEITUNG EUROPAS

Todgeweiht!

Christen des Libanon vor der Vernichtung

Titelseite der Bildpost während der Kämpfe zwischen syrischen und maronitischen Verbänden im August 1978

als Retter vor der drohenden Niederlage begrüßt hatten. Dieses merkwürdige Bündnis, das die Syrer wie beschrieben nur aus taktischen Gründen eingegangen waren, wurde schon Ende 1976 beendet, als die Syrer ihren Auftrag zur Wiederherstellung der staatlichen libanesischen Autorität auch in den maronitischen Herrschaftsbereichen zu erfüllen versuchten, um damit natürlich auch ihren eigenen Einfluß zu verstärken.
1978 erreichten diese Kämpfe einen ersten Höhepunkt. Die Israelis beschränkten sich auf die Lieferung von Waffen. Ein größeres Engagement hätte die laufenden Verhandlungen um den Friedensvertrag von Camp David zwischen Israel und Ägypten unter der Schirmherrschaft der USA gefährden können, der den Israelis später als Rückendeckung für massive Aktionen dienen sollte (wie verschärfte Repression in den besetzten Gebieten Westbank und Gazastreifen, Bombardierung des irakischen Atomreaktors in Bagdad am 30. Juni 1981, Bombardierung von Zivilvierteln in Beirut Mitte Juli 1981, Annektion der syrischen Golan-Höhen im Dezember 1981 und Überfall auf den Libanon 1982).

Zur ersten gemeinsamen Aktion kam es im April 1981. Inzwischen waren die nach dem Bürgerkrieg wieder ausgebrochenen alten Rivalitäten innerhalb der christlich-maronitischen Gruppen der Libanesischen Front ausgetragen worden. Diese grausamen Machtkämpfe zwischen den Milizen der Familienclans der Gemayel, Chamoun und Frangie (alles ehemalige führende Politiker des Libanon) endeten 1980 mit einem vollständigen Sieg der Falange. Das ist die Miliz der Kataeb-Partei, die in den dreißiger Jahren von Pierre Gemayel nach dem Vorbild der faschistischen Jugendbewegungen in Europa als paramilitärische Jugendorganisation aufgebaut worden ist[17]. Hinter diesen Kämpfen, die u. a. die von der Presse gern aufgegriffene These vom Religionskrieg im Libanon (s. Kasten 'Sprachregelung: christlich') und die damit suggerierte Eintracht unter den angeblich von den Moslems bedrohten Christen widerlegen, verbergen sich handfeste politische und wirtschaftliche Interessen. Es geht um die Beherrschung regionaler Einflußzonen, um Wahlstimmen, um lukrative Schmuggel- und Rauschgiftgeschäfte sowie um illegale Steuern und Schutzgelder, die nach Art der Mafia einkassiert werden (SZ 21. 1. 80, 18. 2. 81; FR 4. 9. 81).

Nach der Entscheidungsschlacht im Juli 1980, die über 300 Todesopfer forderte (FAZ 11. 7. 80), verfügte die Familie Gemayel über die Herrschaft in der Hochburg der Maroniten zwischen Ostbeirut, der Hafenstadt Jounie bis in die Nähe der von Syrien kontrollierten Bekaa-Ebene und damit über ein Fünftel des libanesischen Territoriums mit etwa 500 000 Bewohnern. Die Falangisten haben in diesem Gebiet ein gut funktionierendes Gemeinwesen aufgebaut mit eigener Polizei, Verwaltung, Eigenversorgung, politischen Strukturen und eigenen Streitkräften. Der eigentliche starke Mann dieser Region war der Sohn des Falangegründers, Bachir Gemayel, der im Sommer 1982 nach dem israelischen Überfall neuer Staatspräsident wurde und kurz vor seiner Amtsübernahme einem bis heute nicht aufgeklärten Attentat zum Opfer fiel. Sein Bruder Amin wurde sein Nachfolger. Bachir Gemayel war der Chef der sogenannten Libanesischen Streitkräfte, der Zwangsvereinigung derjenigen maronitischen Milizen, die die Kämpfe des Vorjahres überstanden hatten. Die Libanesischen Streitkräfte zählten 12 000 unter Sold stehende Soldaten und 40 000 Freiwillige. Die Oberschüler im Herrschaftsbereich im Alter zwischen 16 und 18 Jahren wurden zwangsrekrutiert, an Waffen ausgebildet und ideologisch gedrillt (FR 23. 4. 81; SZ 18. 2. 81).

Die zwangsvereinigten Maroniten, denen gegenüber das Lager der Moslems und Linken hoffnungslos zersplittert und ideologisch zerstritten war (s. Kasten 'Nationale Bewegung'), gingen nun zusammen mit den Israelis in die Offensive, um ihre gemeinsamen Ziele in einer koordinierten Aktion zu erkämpfen: Vertreibung der Syrer und Palästinenser, Vernichtung der PLO und Wiederherstellung der maronitischen Staatsherrschaft. Nach einigen geheimen

Sprachregelung: »christlich«

»Monatelang war es für alle Medien in diesem Land eine Selbstverständlichkeit, bei der Berichterstattung und Kommentierung der Vorgänge im Libanon von *christlichen* Kräften zu reden, die da aktiv waren. *Christliche* Milizen kämpften im Bündnis mit der israelischen Invasionsarmee gegen die Palästinenser ... Allerdings: nach dem Massaker in den Beiruter Flüchtlingslagern hat sich eine andere Begrifflichkeit eingebürgert. Man spricht jetzt lieber von *falangistischen* Milizen. Dieser Begriff ist der richtigere. *Christlich* war schon immer eine Irreführung.

Der Libanon hat ca. 3 Mio. Einwohner. Davon sind 40% Christen. Aber sie zerfallen in eine Vielzahl von Kirchengemeinschaften. Die größte unter ihnen ist die maronitische Kirche; ihr gehören etwa die Hälfte der libanesischen Christen an. Wenn in unseren Medien von *Christen* im Libanon gesprochen wurde, waren immer nur diese Maroniten gemeint – und von ihnen wiederum nur die radikale Führungsschicht. Die Maroniten gehören zu den ältesten christlichen Gemeinschaften ... Sie lebten unter islamischer Herrschaft, bis die ersten Kreuzfahrer in den Libanon kamen, um mit Feuer und Schwert das »Heilige Land« (Palästina) von mohammedanischer Herrschaft zu befreien. Die Maroniten waren bei allen Kreuzzügen ein zuverlässiger Bündnispartner der *christlichen* Heere ... und fühlten sich als Vertreter des *christlichen* Abendlandes im heidnischen Orient. Ihre Domäne wurde der Handel mit Europa ... Die führenden Maroniten-Familien, an der Spitze die Gemayels, wurden steinreich. Der Vater Gemayel kam 1936 begeistert von der Berliner Olympiade zurück und gründete nach dem dort erlebten Vorbild die Kataeb-Partei. Die *christlichen* Milizen sind ihr bewaffneter Arm. Auch auf dem Höhepunkt der israelischen Bombardements schloß nach Auskunft des Handelsblatts keine Bank in Beirut (die natürlich ihren Sitz im *christlichen* Teil der Hauptstadt haben) ihre Schalter. Und Anbau von Mohn und Heroinhandel seien auch nicht unterbrochen worden.

Was macht dieser Hintergrund deutlich? Die Sprachregelung *christlich* für diese deutlich umrissene Gruppierung hat eine ideologische Funktion. Die wird gerade dadurch um so wirksamer, daß sich die Mehrzahl der Redakteure und Journalisten dessen sich gar nicht bewußt ist. Sie übernehmen die Begrifflichkeit von einer Agentur oder gebrauchen sie, weil sie einfacher zu handhaben ist als eine differenzierte und genauere Benennung. Dabei geht allerdings verloren, daß die maronitische Falange auf den entschiedenen Widerstand fast aller anderen christlichen Gemeinschaften in der Region stößt und daß nahöstlicher Kirchenrat, Weltkirchenrat und Vatikan der rassistischen Zielsetzung der Kataeb entgegentreten. Die Sprachregelung erlaubt es auch einem Begin, von *Christenverfolgung* im Libanon zu reden, wenn Palästinenser und Mohammedaner sich dem Machtanspruch der Maronitischen Elite widersetzen. Und da wir hier immerhin noch in einem *christlichen* Land leben, erfolgt mit der undifferenzierten Redeweise, etwa von *christlichen* Milizen, eine unterschwellige Parteinahme und Solidarisierung, die sich unreflektiert auf Hörer und Leser überträgt. Da wird aus Urtiefen das Weltbild der Kreuzzüge und der Türkenkriege wieder virulent mit allen Folgen einer fundamentalen Fehleinschätzung ...«

(aus: Druck und Papier 23/15. 11. 1982)

Treffen von politischen und militärischen Experten beider Seiten (FR 23.4.81) kam es von Anfang April bis Ende Juni 1981 in einer großangelegten Parallelaktion zu schweren Kämpfen. Im Süden nahmen Israel und dessen Bundesgenosse Haddad palästinensische Flüchtlingslager und libanesische Städte unter Beschuß. In der Mitte des Libanon kam es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Maroniten und Syrern in den Städten Beirut und Zahle, in deren Verlauf über tausend Menschen starben. Die Maroniten, denen die Israelis Luftunterstützung garantiert hatten (FAZ 25.5.81), besetzten Zahle am Rand der strategisch bedeutenden Bekaa-Hochebene. Da sich von dieser Hochebene aus weite Teile Syriens samt der grenznahen Hauptstadt Damaskus leicht unter Beschuß nehmen lassen, ist ihre Kontrolle für Syrien unverzichtbar. Die Stadt Zahle selbst ist von strategischer Bedeutung, weil in ihrer unmittelbaren Nähe die Hauptstraße zwischen Damaskus und Beirut die Bekaa-Ebene überquert und sich diese für Syrien wichtige Nachschubstraße von Zahle und den umliegenden Hängen aus mit Geschützen leicht blokkieren läßt (TAZ u. NZZ 10.4.81).

Der Konflikt eskalierte zur sogenannten Raketenkrise, nachdem israelische Kampfflugzeuge direkt eingegriffen und zwei syrische Hubschrauber abgeschossen hatten. Syrien ließ sich jedoch nicht einschüchtern, stationierte Flugabwehrraketen in der Bekaa-Ebene und verstärkte seine Angriffe gegen die maronitischen Stellungen in und um Zahle. Israel, seines Sicherheitsarguments beraubt, da die aufgefahrenen Raketen ausschließlich zur Abwehr geeignet waren und sie wegen ihrer geringen Reichweite keine Bedrohung Israels darstellten, forderte zwar den Abzug der Raketen und drohte mit Zerstörung. Es konnte aber schließlich ohne Kriegsrisiko die Niederlage der Maroniten und ihren Abzug aus Zahle nicht verhindern. Damit war die erste gemeinsam geplante Operation der Maroniten mit den Israelis im Zentrum des Libanon gescheitert (NZZ 2.7.; FT 1.7.81).

Israels Krieg im Libanon 1982

Bei dem zweiten Anlauf übernahm Israel die Initiative. Die Falangisten, die bisher als Vorhut aufgetreten waren, hielten sich zurück. Ihr Chef, Bachir Gemayel, der sich während der langjährigen innerlibanesischen Machtkämpfe den Ruf eines »libanesischen Al Capone« erworben hatte (Zeit 3.9.82), war Israels Wunschpräsident für die von ihnen angestrebte Marionettenregierung im Libanon. Er sollte sich und die von ihm repräsentierten Maroniten gegenüber der Weltöffentlichkeit durch Zurückhaltung in den Kämpfen hoffähig machen und im eigenen Land als der Präsidentschaft würdig empfehlen.

Umso hemmungsloser traten die Israelis auf. Anfang Juni 1982 überfielen sie mit einer 100000 starken Streitmacht unter Einsatz aller Waffengattungen den Libanon und berauschten sich an einer wahren Vernichtungsorgie.

Anlaß für die schon lange geplante und angedrohte Invasion (FAZ 24.4.82) war der Anschlag einer von der PLO abtrünnigen Splittergruppe auf den israelischen Botschafter in London, der schwer verletzt wurde (TAZ 10.6.82). Schon drei Stunden später befahl der israelische Ministerpräsident Begin den üblichen Vergeltungsschlag. Israelische Kampfflugzeuge bombardierten militärische Anlagen der Palästinenser, ihre Flüchtlingslager und andere zivile Einrichtungen sogar in Beirut, wobei über 100 Menschen - überwiegend Frauen und Kinder - getötet wurden (Bad. Z. 5/6.6.82).
Im Gegenzug nahmen palästinensische Einheiten vom Südlibanon aus Siedlungen im Norden Israels mit Raketen und Granaten unter Beschuß, wobei ein Soldat ums Leben kam und einige Siedler verletzt wurden. Die Bevölkerung der gefährdeten Gebiete war vorsorglich evakuiert worden oder hielt sich in Luftschutzbunkern auf (NZZ 8.6.82).

Die Israelis bombardierten daraufhin mit Geschützen von Land und See und mit Flugzeugen palästinensische Siedlungen und libanesische Städte entlang der Mittelmeerküste von der israelischen Grenze bis nach Beirut, wobei es wieder zu vielen Opfern unter der Zivilbevölkerung kam (FAZ 7.6.82). Am Sonntag, den 6. Juni, zeigte sich, daß die Luftangriffe nur der Auftakt zu einer größeren Aktion waren. Begin und sein Verteidigungsminister Scharon begannen ihre Operation »Frieden für Galiläa«, wie sie ihren Vernichtungsfeldzug nannten. Die israelische Armee überrollte den 5 km breiten Kontrollstreifen der UN-Truppe UNIFIL (6000 Mann), die seit dem Rückzug der Israelis 1978 aus dem Libanon nach ihrem ersten Überfall die Aufgabe haben, palästinensische und israelische Grenzüberschreitungen zu verhindern. Ihre unzureichenden Befugnisse machen sie jedoch zum Spielball der Konfliktparteien im Südlibanon[18].

Offizielles Ziel der Operation »Frieden für Galiläa« war die Zerstörung der palästinensischen Stützpunkte im Südlibanon, um die Bevölkerung Nordisraels (Galiläa ist der biblische Name für diese Region) künftig vor Angriffen zu sichern. Der Umfang und die brutale Durchführung der Aktion, die bewußt kalkulierte Vernichtung großer Teile der palästinensischen und libanesischen Zivilbevölkerung per Knopfdruck, entlarvten sehr schnell den Beschwichtigungscharakter des angegebenen Ziels. Die Bombardierung von Städten nach Planquadraten, der Einsatz von Splitter- und Phosphorbomben sowie einer speziell zur Zerstörung von Hochhäusern entwickelten Sprengbombe



Israelis im Libanon: ein Erinnerungsphoto

(Stern 19. 8. 82) forderten unvergleichlich hohe Opfer auf Seiten der Palästinenser und Libanesen: Für den Zeitraum von Juni bis September 1982 stehen 19085 tote und 31915 verletzte Palästinenser und Libanesen in der Bilanz 368 toten und 2381 verletzten israelischen Soldaten gegenüber (SZ 2. 12.; DWMD 14. 10. 82).

Tatsächliche Ziele waren die militärische und politische Liquidierung der PLO (DWMD 7. 6. 82) - und damit der politischen Intergrationskraft für die palästinensische Nationalbewegung in der Diaspora und in den besetzten Gebieten - sowie die Herstellung einer israelfreundlichen Ordnung im Libanon, dem einzigen Nachbarstaat, der sich bis auf die Teilnahme am Krieg 1948/49 gegen Israel im arabisch-israelischen Konflikt neutral verhalten hatte.
Die Zerstörung der Infrastrukturen der PLO im Libanon ist Israel zwar weitgehend gelungen. Von der Zerschlagung der PLO und der erhofften zerstörerischen Wirkung auf die palästinensische Nationalbewegung kann jedoch keine Rede sein. Im Gegenteil, sie geht trotz der militärischen Niederlage gegen eine israelische Übermacht moralisch gestärkt aus dem Libanonkrieg hervor [19]. Die PLO hat in großen Teilen der Welt an Prestige gewonnen, was sich z. B. auch an der Berichterstattung der bürgerlichen Presse in der BRD bemerkbar macht, die vereinzelt angefangen hat, sich mit der PLO als politischem und nicht mehr nur als angeblich terroristischem Faktor auseinanderzusetzen.

Bezahlt hat diesen fragwürdigen Erfolg Israels wieder einmal die Zivilbevölkerung. Nach einem Bericht des libanesischen Obersten Gerichtshofes hat es bei den Kämpfen von Anfang Juni bis Ende September 1982 allein in Beirut fast 7000 Tote gegeben, davon waren *84 % Zivilisten*. Nach der gleichen Quelle sind in der libanesischen Hauptstadt 2224 Häuser und Wohnungen total zerstört, 4733 sind schwer und 2770 teilweise beschädigt worden (SZ 2. 12. 82). Von den etwa 3 Millionen Einwohnern des Libanon sind während der Auseinandersetzungen rund 660 000 im eigenen Land auf der Flucht gewesen (Spiegel 23. 8. 82).
Untersuchungen bei Kindern haben schwere physische und psychische Erkrankungen ergeben auf Grund der kriegsähnlichen Zustände seit 1975. Bedeutende Verhaltungsstörungen, enormen Mangel am Gefühlsempfinden und Kontaktunfähigkeit wurden bei vielen Kindern festgestellt. In der Altersgruppe der 8- bis 13jährigen leiden an »Diabetes, Fettleibigkeit und Heißhunger. Die meisten schreiben spiegelverkehrt und nicht selten trinken 12jährige noch aus der Babyflasche«. Bei den 13- bis 18jährigen wurde von den Experten »totales Fehlen an Motivation« festgestellt. »Die Mehrzahl dieser Jugendlichen steht der Zukunft völlig gleichgültig gegenüber. Viele leiden an Verfolgungswahn. Die Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Schatila haben dazu ... eine regelrechte 'Gruppen-Paranoia' entstehen lassen, die bei jedem Gerücht über drohende Gefahren panikartige Reaktionen zur Folge hat« (FR 19. 11. 82).

Israels Faustpfand Südlibanon

Begin und Scharon haben durch den Vernichtungsfeldzug eines ihrer Ziele - die Liquidierung der PLO - nicht erreicht oder nur teilweise mit der Zerstörung der militärischen und zivilen Infrastrukturen der PLO im Südlibanon und dem Abzug der über 10 000 Widerstandskämpfer aus Beirut. Einige Tausend der palästinensischen Fedayin sind jedoch noch oder schon wieder im Libanon und zwar im Osten des Landes (Bekaa-Ebene) und im Norden um Tripolis. Das zentrale Ziel des israelischen Angriffs, die integrierende Funktion der PLO, ist erhalten geblieben, was der Palästinensische Nationalrat, das Exil-Parlament der Palästinenser, auf seiner 16. Tagung im Februar 1983



Im zerstörten Flüchtlingslager Ain al-Hilweh im Südlibanon: Frauen warten auf Wasser

in Algier demonstriert hat (TAZ 18. 2. u. 24. 2. 83).

Auch vor einem anderen Ziel - der Mitgestaltung der politischen Zukunft ihres nördlichen Nachbarn - treffen die Israelis auf unerwartete Hindernisse. Begins Wunsch nach »einer neuen Ordnung im Libanon« und Scharons Forderung nach »einer politischen Allianz« (Spiegel 3. 1. 83) stehen bei den seit Januar 1983 laufenden Verhandlungen zwischen Israel, Libanon und den USA nicht mehr zur Debatte (Spiegel 3. 1. 83). Denn die von Israel seit 1975 unterstützten und jetzt mit ihrer Hilfe wieder zur Herrschaft gelangten Maroniten im Zentrum des Libanon spielen nicht die ihnen zugedachte Marionettenrolle. Für die israelische Führung völlig überraschend war Bachir Gemayel, der im August 1982 unter israelischem Druck zum Staatspräsidenten gewählt wurde und kurz vor seiner Amtsübernahme einem bis heute ungeklärten Attentat zum Opfer fiel, auf Distanz zu seinem ehemaligen Verbündeten Israel gegangen. Auch sein Nachfolger, der jüngere Bruder Amin, weigert sich, auf die israelische Forderungen einzugehen, die eine enge Bindung an Israel vorsehen. Einige dieser Forderungen würden bei ihrer Durchsetzung die libanesische Souveränität einschränken und die maronitisch gelenkte Regierung sowohl bei den Linken und Moslems im eigenen Land als auch im arabischen Lager als israelischen Satelliten diskreditieren.

In den Verhandlungen geht es um Fragen der gegenseitigen Beziehungen, der Sicherheitsgarantien für Israel und des Rückzugs aller fremden Truppen. In der *Frage der gegenseitigen Beziehungen* hat Israel inzwischen seine für den Libanon unannehmbare Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages zurückgestellt. Im Falle eines Abschlusses wäre der Libanon der erste arabische Staat nach Ägypten, der den seit 1948/49 herrschenden Kriegszustand mit Israel beenden würde. Der Abschluß eines solchen Vertrages würde im Libanon selbst die alten Bürgerkriegsfronten mobilisieren und das Land innerhalb des arabischen Lagers wie Ägypten isolieren und damit die einträgliche Funktion des Libanon als Umschlagplatz von Waren und Kapital zwischen westlichen Staaten und dem Nahen Osten gefährden.
Die gleiche Gefahr droht jedoch auch durch die von Israel bis jetzt aufrechterhaltene Forderung nach Öffnung der libanesisch-israelischen Grenze für Personen und Waren.

Auf diesem Weg versucht Israel den seit seiner Gründung bestehenden Wirtschaftsboykott der arabischen Staaten zu durchbrechen und nach dem ägyptischen sich auch den libanesischen Markt zu erschließen. Die Exporte Israels in den Libanon seit der gewaltsamen Öffnung der Grenze im Sommer betragen schon 7 % seines gesamten Ausfuhrvolumens. Der Wert der israelischen Exporte in den Libanon (30 Millionen $ pro Monat) übertrifft damit schon weit den Wert seiner nach Ägypten exportierten Waren (1,5 Millionen $ pro Monat), das seit Abschluß des Camp David-Vertrages legaler Handelspartner Israels ist. Der Irak und Saudi-Arabien haben bereits ihren Import von verschiedenen Produkten aus dem Libanon eingestellt mit der Begründung, daß das Herkunftsland nicht immer feststellbar sein und einige Waren aus Israel kommen könnten (FAZ 25.2.83; Guardian 15.12.82).

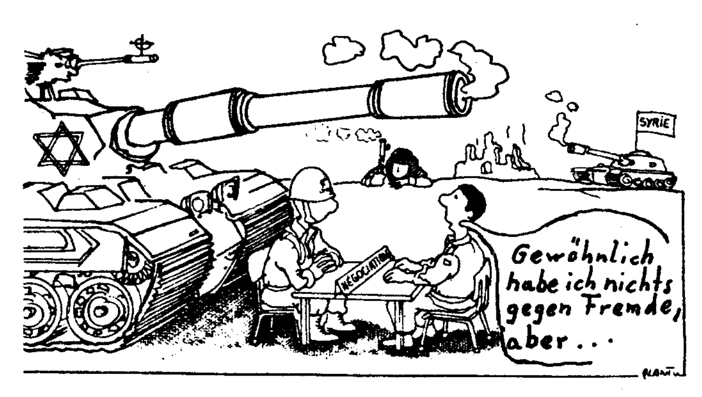
Auch die im Rahmen der *Sicherheitsgarantien* von Israel gestellte Forderung nach der Stationierung von Frühwarnanlagen mit israelischer Mannschaftsbesetzung auf libanesischem Territorium, von denen bereits eine nahe der Bekaa-Ebene installiert ist, hat die libanesische Verhandlungsdelegation abgelehnt, weil sie die libanesische Souveränität beeinträchtige. Außerdem ist damit zu rechnen, daß Syrien, die zweite Besatzungsmacht, ähnliche Sicherheitspositionen im Falle ihres Rückzugs verlangen wird (NZZ 22.1.; DWMD 21.1.83). Die libanesische Regierung hat bisher alle Forderungen Israels, das den Rückzug seiner Truppen von deren Erfüllung abhängig macht, abgelehnt und will erst nach dem *Rückzug aller Truppen* verhandeln (FAZ 11.3.; SZ 25.3.83).

Während die Israelis die nun schon drei Monate dauernden Verhandlungen mit unannehmbaren Forderungen hinziehen, sichern sie sich gleichzeitig gegen einen möglichen Mißerfolg der Verhandlungen ab, indem sie in dem besetzten Gebiet vollendete Tatsachen schaffen. Einen Erfolg braucht die israelische Regierung, um Opfer und Kosten für den Krieg und für die andauernde Besatzung gegenüber der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen, die immer stärker belastet wird. Das wiederum läßt befürchten, daß Israel schließlich wiederum auf das Mittel der Gewalt zurückgreift und den Südlibanon in einen annektionsähnlichen Zustand versetzt, womit auch schon kurz nach dem Einmarsch begonnen wurde.

Wird der Südlibanon Israels North-Bank?

Die israelische Präsenz im Südlibanon ist – nicht nur militärisch – schon so offensiv, daß manche Beobachter in Anlehnung an die Bezeichnung für die besetzten palästinensischen Gebiete im Westjordan-Land als West-Bank von der zukünftigen 'North-Bank' Israels sprechen. Die neuen, hebräisch beschrifteten, nur gelegentlich ins arabische übersetzten Verkehrsschilder und Wegweiser erscheinen älteren Arabern als erste Anzeichen für die Israelisierung des südlichen Libanon. Sie erinnern sich daran, wie in Palästina zur Zeit des britischen Mandats die hebräischen Schriftzeichen zuerst neben den arabischen verwendet wurden und dann nach der Staatsgründung Israels die arabischen ganz verdrängten (NZZ 28.12.82).

Gegen die schon erwähnte illegale wirtschaftliche Durchdringung ihres Landes ist die libanesische Regierung machtlos. Israelische Banken und Handelsgesellschaften haben in einigen südlibanesischen Städten Zweigstellen eingerichtet. Libanesische Unternehmer betreiben über die offene Grenze einen blühenden Handel mit israelischen Kaufleuten, die ihre Waren in neutraler Verpackung liefern, um die israelische Herkunft zu verschleiern. Der Hafen der israelischen Stadt Haifa nahe der libanesischen Grenze funktioniert als Freihafen für libanesische Importeure. Damit entgehen dem libanesischen Staat Zolleinnahmen. Die staatliche Subventionierung der israelischen Exportgüter fördert ihre Absatzchancen im Libanon. Während jeglicher Export vom Libanon nach Israel verboten ist, erzwingt die israelische Besatzungsbehörde den Absatz der Waren aus Israel mit einer Verordnung, die für die meisten Stadtmärkte im besetzten Gebiet gilt: Bis 10 Uhr morgens dürfen nur israelische Früchte und Gemüse verkauft werden, erst danach ist den libanesischen Bauern gestattet, ihre eigenen heimischen Produkte zu verkaufen [20].



Der Wert der israelischen Waren auf dem libanesischen Markt wird auf 30 Millionen Dollar pro Monat geschätzt, das sind 10 % aller libanesischen Importe. Die Produkte der libanesischen Industrie und Landwirtschaft haben keine Chance gegen die Dumpingpreise der israelischen Konkurrenz, etliche Landwirte haben die Produktion bereits eingestellt oder eingeschränkt (FR 19.11.82). Das libanesische Handels- und Wirtschaftsministerium hat zwar an die Bevölkerung appelliert, die aus Israel eingeführten Waren (landwirtschaftliche Erzeugnisse, Elektrogeräte, Textilien, Produkte der Kunststoff- und chemischen Industrie) zu boykottieren, und es hat den libanesischen Händlern, die diese Produkte einführen und vermarkten, mit Entzug der Staatsbürgerschaft gedroht. Die libanesische Regierung ist jedoch machtlos und hat keine Vollzugsmöglichkeit, denn dieser Teil ihres Landes ist seit nun schon 11 Monaten gleichsam israelisches Hoheitsgebiet. Der libanesische Staat unterhält zwar Dienststellen im Südlibanon, die aber in ihrem Handlungsspielraum durch die von Israel geförderten verschiedenen Milizen und vor allem durch die israelischen Militärbehörden stark eingeschränkt sind und offen behindert werden, um ihre Machtlosigkeit zu demonstrieren (FAZ 11.1.83).

Neben diesen massiven Eingriffen in die wirtschaftlichen Strukturen führen die Israelis auch Verwaltungs- und Ordnungsstrukturen ein, die sie teilweise in den besetzten Gebieten Westbank und Gazastreifen ausprobiert haben. Mit den Mitteln der Einschüchterungs- und Spaltungspolitik terrorisieren sie die Bevölkerung. Sie halten sich lokale Kollaborateure, bewaffnen rivalisierende Gruppen und Milizen, erzeugen auf diese Art politisches und militärisches Chaos und versuchen damit den Nachweis zu erbringen, daß weder die Truppen der Vereinten Nationen noch die libanesische Regierung in der Lage sind, im Südlibanon für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Gleichzeitig bauen die Besatzer Strukturen auf, die ihnen auch nach einem eventuellen Rückzug Kontrolle und Einfluß sichern.
Sie überlassen den verschiedenen, von ihnen schon vorher unterstützten oder auch erst von ihnen gegründeten Milizen sogenannte Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben, die diese oft wahrnehmen, um Macht zu demonstrieren, alte Rechnungen zu begleichen oder sich zu bereichern. Unter diesen Milizen befindet sich die des schon genannten Major Haddad, den die Israelis bei einem eventuellen

Abzug als ihren Statthalter vorgesehen haben. Dabei sind auch Teile der Falangisten-Miliz Bachir Gemayels, die das Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila ausgeführt haben und unter israelischer Obhut in den Südlibanon eingesickert sind.

Die Aktionen dieser illegalen Milizen richten sich sowohl gegen Palästinenser als auch gegen die Libanesen, die mit den Palästinensern verbündet waren oder deren Unterstützung verdächtigt werden. Die Maßnahmen dieser bewaffneten Gruppen reichen von Flugblatt- und Plakataufrufen (wie z. B. »Es ist die Pflicht jedes echten Libanesen, mindestens einen Palästinenser umzubringen« – der schon erwähnte Leitspruch des Major Haddads), über Verhaftung und Verschleppung bis zum Mord (TAZ 15. 2. 83). Dem Mittelstand angehörende Palästinenser, die außerhalb der Flüchtlingslager in Städten und Dörfern wohnen, werden unter Androhung von Mord Fristen zum Verlassen ihrer Wohnungen oder Häuser gesetzt. Eine Reihe von Mordfällen dieser Art sind inzwischen bekannt geworden. Internationale Helfer, die beim israelischen Militärgouverneur vorstellig wurden, erhielten die Auskunft, die Israelis könnten nicht jedes Haus bewachen und schließlich sei die libanesische Polizei für derartige Fälle zuständig (NZZ 26. 2. 83; Info-Dienst der Vereinten Nationen 25. 2. 83). Zusätzlich bauen die Israelis bewaffnete Lokalbehörden auf nach dem Muster der Dorf-Ligen in der Westbank, die mit der Besatzungsmacht kollaborieren. Die Dörfer z. B. in dem von der UNIFIL-Truppe kontrollierten Grenzgebiet werden von den Israelis aufgefordert, bewaffnete Sicherheitsdienste einzurichten, während die israelischen Truppen gleichzeitig die UN-Truppe mit Gewalt daran hindert, ihren Ordnungsauftrag zu erfüllen (SZ 9. 2. 83).

In den Flüchtlingslagern, die während des israelischen Überfalls größtenteils zerstört wurden und zum Teil behelfsweise wieder aufgebaut werden, übertragen die israelischen Verantwortlichen Sicherheitsaufgaben auch an Palästinenser, von denen ihre Umgebung oft nicht weiß, ob es sich um bezahlte und mit Privilegien versorgte Kollaborateure handelt oder ob sie unter Androhung von Repressalien gegen Familienmitglieder zu Überwachungs- und Spitzeldiensten gezwungen werden, um den zunehmenden Widerstand aus der libanesischen Bevölkerung, der sich in Überfällen kleiner, vereinzelter Gruppen auf israelische Patrouillen und militärische Einrichtungen bemerkbar macht, unter Kontrolle zu bringen (FR 18. 1. 83).

Die palästinensischen Flüchtlinge haben durch die Zerstörung der PLO-Infrastrukturen wesentliche Teile ihrer Lebensgrundlage verloren: Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, soziale und medizinische Versorgung sowie Schutz vor Übergriffen und Massakern. Die Familien der meisten Palästinenser sind dezimiert und auseinandergerissen. In den Flüchtlingslagern leben überwiegend Frauen und Kinder sowie einige wenige alte Männer und Jugendliche. Die meisten Männer sind in Gefangenenlagern oder auf der Flucht. Keine Unterkunft, keine Arbeit und bald kein Geld mehr – das ist die Situation vieler Flüchtlinge. Selbst die wenigen verbliebenen Männer finden keine Arbeit. Die lokalen libanesischen Großgrundbesitzer und Unternehmer hatten vor dem Krieg Macht und Einfluß weitgehend an die PLO und die Gruppen der libanesischen Linken abtreten müssen, die für die palästinensischen Flüchtlinge Arbeit und gute Löhne durchsetzen konnten. Die damals entmachteten Libanesen rächen sich heute und verweigern den Palästinensern u. a. Arbeitsplätze (NZZ 20. 8. 82).

Die meisten der oft nur auf Verdacht oder vorsorglich Verhafteten verschwinden in dem von Stacheldraht und



Gefangene Palästinenser mit Bewacher

Wachttürmen umgebenen Gefangenenlager Al Ansar, wo sich zur Zeit etwa 6000 Gefangene befinden. Der Zugang zu dem Lager ist auch für internationale Hilfsorganisationen nur begrenzt möglich. Schreckensberichte von Entlassenen über die Anwendung von Prügel- und Folterpraktiken gegen die Häftlinge, denen die Israelis nicht den Status von Kriegsgefangenen zugestehen, wurden kürzlich durch einen Artikel in der israelischen Zeitung 'Haaretz' bestätigt. Die Darstellung stammt von einem Reporter dieser Zeitung, der seinen Militärdienst in dem Lager Al Ansar kürzlich abgeschlossen hat (NZZ 3. 12. u. 20. 8. 82).

Schwelt der Bürgerkrieg weiter?

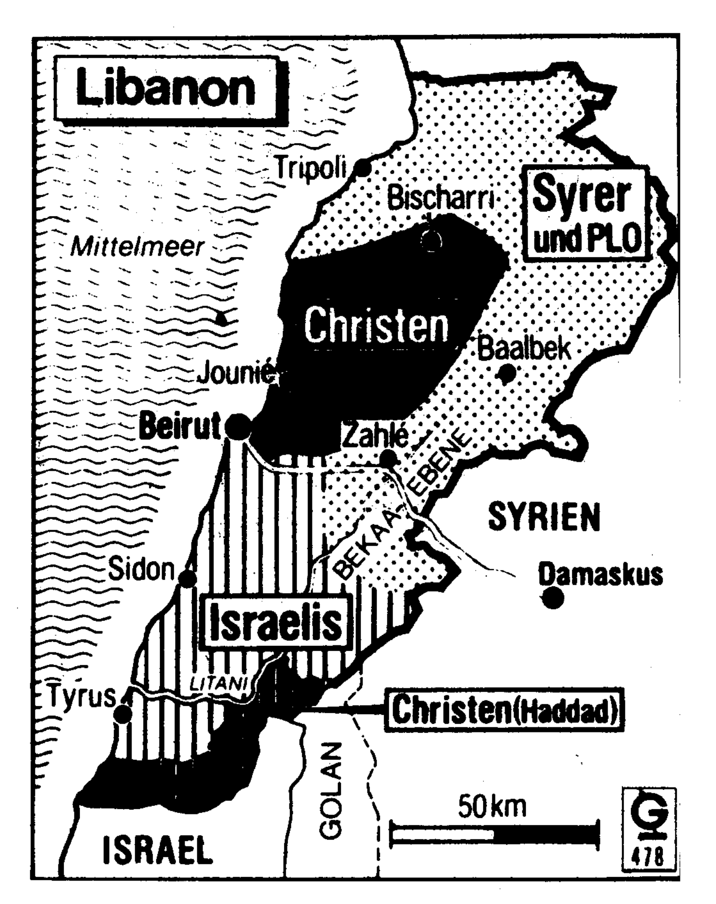
Die Chancen für den libanesischen Staat, acht Jahre nach dem Bürgerkrieg seine Souveränität im eigenen Land wiederherzustellen, hängen nicht nur vom Rückzug der fremden Truppen ab. Voraussetzung für die Übernahme der Macht ist auch die Beilegung der zahlreichen Konflikte und die Entmachtung der verschiedenen lokalen Herrscher und ihrer Milizen. Lediglich im bisher geteilten Beirut hat die Regierung und ihre wieder im Aufbau befindliche Armee (8000 Soldaten) die Herrschaft übernommen, wobei sie von den italienischen, französischen und amerikanischen Kontingenten der multinationalen Friedenstruppe (insgesamt 4500 Soldaten) unterstützt wurde.

Der Südlibanon bis kurz vor Beirut ist israelisch besetzt. Nördlich von Beirut erstreckt sich nach wie vor das Herrschaftsgebiet der Maroniten unter der Familie Gemayel. Deren Miliz, die Falangisten (15 000 Kämpfer) haben sich in den letzten Monaten blutige Kämpfe mit den Drusen geliefert, den ehemaligen Verbündeten der Palästinenser. Das Kampfgebiet im Schuf-Gebirge, das südöstlich von Beirut gelegene Stammgebiet der Drusen, liegt in der von Israel besetzten Zone. Den Israelis, der für Ruhe und Ordnung verantwortlichen Besatzungsmacht, kam der Konflikt sehr gelegen. Einmal paßte er in ihr Konzept der Spaltungspolitik. Zum andern konnten sie durch zeitweilige Unterstützung der Drusen den von ihnen abtrünnigen Falangisten die nachteiligen Folgen ihres Kurswechsels demonstrieren (FT 10. 11. 82; SZ 8. 2. 83).

Quer durch den Libanon von Beirut in östlicher Richtung

entlang der Verbindungsstraße nach Damaskus verläuft die Front zwischen der israelischen und der syrischen Besatzungszone, in der sich mehr oder weniger geduldet auch einige tausend palästinensische Widerstandskämpfer sowie einige Flüchtlingslager befinden. Die syrische Einflußzone, mit 30000 Soldaten besetzt, erstreckt sich über die Bekaa-Ebene im Osten des Libanon in den Norden bis zum Mittelmeer. Im Norden gibt es wiederum Regionen, in denen libanesische Lokalgrößen herrschen wie die maronitische Familie Frangie und ihre Marada-Miliz (5000 Kämpfer), die sich nach dem Bürgerkrieg mit ihren südlichen Nachbarn und ehemaligen Verbündeten, den Maroniten um Gemayel, verfeindet haben und seitdem eng mit den Syrern verbunden sind.

In der nordlibanesischen Hafenstadt Tripolis lieferten sich in den letzten Monaten prosyrische und anti-syrische Kräfte harte Kämpfe, die Hunderte von Toten und Verletzten forderten, ganze Straßenzüge zerstörten und Tausende obdachlos machten. Die Kämpfe in der Stadt, ausgelöst durch Widerstand gegen die syrische Besetzung, hatten religiöse und politische Hintergründe. In Tripolis leben Sunniten und Alawiten. Die Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Sunniten, die auch in Syrien den größten Bevölkerungsanteil stellen. Die Herrschaft in Syrien hat jedoch die alawitische Minderheit, eine Glaubensrichtung, die sich von der schiitischen Linie des Islam abgespalten hat und orthodoxen Moslems als ketzerisch gilt. Die religiös-ethnisch motivierten sunnitischen Gruppen in Tripolis, die vor allem gegen das alawitische Regime Assad kämpften, wurden unterstützt von den in Syrien verfolgten Moslembrüdern und von dem pro-irakischen Flügel der arabischen Vereinigungspartei Baath, der mit dem syrischen Flügel der Partei verfeindet ist (FR 11.1.83).



Libanon nach Israels Überfall

Ein weiteres Problem ist die Sicherung des Staatshaushalts, d.h. die Wiedergewinnung der üblichen Einnahmequellen des Staates. Denn im Libanon hat sich in den langen Jahren der Abwesenheit des Staates eine »unübersichtliche, aber deutlich spürbare Schattenwirtschaft gebildet, die den schwachen Behörden keine Einsicht oder Kontrolle gewährte. An den zwielichtigen Geschäften und Manipulationen haben sich alle, auch Minister, Abgeordnete, hohe Militärs, Beamte und sonstige Notabeln aktiv beteiligt und bereichert« (HB 26.10.82). Die Einfuhr von sogenanntem 'schwarzem Kapital' wird z.B. für 1982 auf 3 Milliarden $ geschätzt gegenüber 1,2 Milliarden $ an Staatsausgaben.



Französische Patrouille der internationalen Friedenstruppe in Beirut

Eine der wichtigsten Einnahmequellen des Libanons fällt in Zukunft aus. Die PLO[21] pumpte 950 Millionen $ jährlich in die Wirtschaft des Libanon. Sie unterhielt und bezahlte neben den Tausenden palästinensischen Widerstandskämpfern und Beschäftigten in den zahlreichen eigenen Betrieben (Firmen, Schulen, Krankenhäusern, Werkstätten) auch viele libanesische Arbeitskräfte (HB 14.12.82).

Eine zweite Einnahmequelle ist das Geschäft mit dem Rauschgift. Der Anbau und Handel mit Rauschgift ('Roter Libanese') stehen zwar unter Strafe, hatten aber trotzdem einen geschätzten Jahresumsatz von 1 Milliarde $. Die Anbauflächen von Mohn und Hanf sind gewinnbringender als die für Gemüse und Obst.

Eine weitere wichtige illegale Einnahmequelle der libanesischen Schattenwirtschaft bietet der Schmuggel. 1975 hat der libanesische Staat noch Einfuhrsteuern in Höhe von 500 Millionen $ kassiert, 1981 waren es nur noch 135 Millionen $, weil die meisten Waren über Häfen liefen, die der Kontrolle der Zollbehörden entzogen werden konnten. Alle politischen Gruppen hatten Kontrolle über einen der Dutzend Häfen oder Kleinhäfen entlang der libanesischen Mittelmeerküste, der ihnen großangelegten Schmuggel, zoll- und steuerfreie Einfuhren, natürlich auch an Waffen, erlaubte, aus dessen Einnahmen sie u.a. ihre Milizen finanzieren konnten (FT 27.6.81; SZ 21.1.80). Wenn der Staat wieder über seine Haupteinnahmequelle, über die Besteuerung von Einfuhren, verfügen will, muß er die Kontrolle über die Häfen zurückerobern – 1974 z.B. mach-

ten die Zölle noch 47 % aller Staatseinnahmen aus. Zunächst bleibt der libanesische Staat von auswärtiger Hilfe abhängig. Die USA, Frankreich, Saudi-Arabien und die Weltbank haben finanzielle Unterstützung zugesagt (HB 16.11.82; 26.10.82).

Die Regierung unter dem Staatspräsidenten Amin Gemayel hat vom Parlament auf sechs Monate befristete Vollmachten erhalten, die sie berechtigt, in allen für den Staat wichtigen Ressorts alte Gesetze aufzuheben und neue zu erlassen, also auch seine Einnahmequellen zu besetzen. Das Machtinstrument zur Durchsetzung der Vollmachten - die Armee - will die Regierung mit Hilfe der USA ausbauen, deren Ausbilder schon unterwegs sind und die die notwendigen Waffen und Kredite liefern. Geplant ist die Aufstockung der Armee auf eine Mannschaftsstärke von 100 000 Soldaten (FR 23.3.83).
Die Abwendung von Israel und die Ablehnung seiner Forderungen sowie die Betonung der Zugehörigkeit des Libanon zur arabischen Welt von Seiten des maronitischen Staatspräsidenten sind bei fast allen Gruppen auf Zustimmung gestoßen mit Ausnahme eines Teils der Falangisten, der weiterhin Kontakte zu Israel aufrechterhält. Die Falangisten, aus deren Einflußbereich der Staatspräsident Amin Gemayel kommt, sind im Unterschied zu den anderen in Beirut stationierten Milizen nicht entwaffnet worden. Auch diese Machtprobe steht der Regierung noch bevor.

Die anhaltenden Konflikte der verschiedenen Gruppen um Macht und Einfluß machen deutlich, daß die Ursachen, die schon 1975 zum Bürgerkrieg führten, immer noch bestehen - mit zusätzlichem Zündstoff versehen durch die israelische Besatzungsmacht und ihre Ansprüche. Ob der Bürgerkrieg im Libanon weiterschwelt, hängt nicht nur vom Libanon ab. In Bezug auf die außerlibanesischen Ursachen des Bürgerkriegs ist es die Abhängigkeit von einer Lösung des Palästinakonflikts. In Bezug auf die innerlibanesischen Ursachen ist es die Frage, ob die Benachteiligung der moslemischen Bevölkerungsmehrheit abgebaut wird.

hst

Abkürzungsverzeichnis der verwendeten Quellen:
SZ = Süddeutsche Zeitung, FR = Frankfurter Rundschau, NZZ = Neue Züricher Zeitung, FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung, TAZ = Die Tageszeitung, FT = Financial Times, HB = Handelsblatt, Bad. Z. = Badische Zeitung, DWMD = Deutsche Welle Monitor Dienst, LM = Le Monde.

Anmerkungen:
1) Die konfessionelle Bezeichnung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Libanon hat historische Bedeutung. »Die Stellung des einzelnen in Staat und Gesellschaft wurde im Vorderen Orient bis zu seiner Aufteilung in Kleinstaaten nach dem Ersten Weltkrieg nicht territorial, sondern aufgrund der Religionszugehörigkeit definiert«. Besonders der Libanon ist durch das Nebeneinanderleben in sich solidarisch geschlossener, religiös definierter Lebensgemeinschaften

gekennzeichnet, die gegenüber dem Staat innerhalb ihrer Gemeinschaft weitgehende Befugnisse religiöser und zivilrechtlicher Art haben. Von den 17 anerkannten Religionsgemeinschaften sind die 9 größten im Parlament vertreten (s. Kasten). Ausführlich dazu s. Wolfgang Köhler, Der Bürgerkrieg im Libanon, in: K. M. Khan u. V. Matthies (Hg.), Regionalkonflikte in der Dritten Welt, München 1981, S. 425 ff.

2) Alle Angaben über die historischen und ökonomischen Hintergründe der Libanonkrise sind den folgenden Arbeiten entnommen: D. Haritz, Der Bürgerkrieg im Libanon, Offenbach 1977; A. Schölch, Der libanesische Bürgerkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament' v. 9. 4. 1977; N. Hachem, Libanon sozio-ökonomische Grundlagen, Opladen 1969; Wolfgang Köhler a. a. O.

3) D. Haritz, a. a. O., S. 19 f.

4) W. Köhler, a. a. O., S. 398.

5) Verband Stiftung Deutsches Überseeinstitut, Hamburg 1975, III, S. 19; Evangelische Studentengemeinde (Hg.), Libanon am Wendepunkt, Stuttgart 1976, S. 163 f.

6) Zur Unterschicht zählen sowohl Nichtlibanesen ohne Aufenthaltserlaubnis und Eingliederungschancen wie die palästinensischen Flüchtlinge, syrische und kurdische Saison- und Gelegenheitsarbeiter. Dazu gehört auch eine große Anzahl libanesischer abhängiger Landarbeiter der unterentwickelten Randgebiete, die auf Grund schlechter Lebensbedingungen und, soweit sie aus dem Südlibanon stammen, viele wegen der israelischen Angriffe ihre Dörfer verlassen haben und in die Metropole Beirut abgewandert sind, wo ihre Elendsviertel gemeinsam mit den Palästinenserlagern die Villenviertel umrahmen, s. Köhler, a. a. O., S. 516 ff.

7) Wolfgang Köhler, Der Libanon, in: Handbuch der Dritten Welt, D. Nohlen/Fr. Nuscheler (Hg.), Hambg. 1978, Bd. 4, S. 434; M. Kischli Kapitalismus und Linke im Libanon, Frankf./M. 1970, S. 23 f u. S. 67; S. Farsoun/W. Carrol, Der Bürgerkrieg im Libanon, in: A. Amad, W. Hollstein u. a., Nahostkrise, Basel 1976, S. 125.

8) Hier ist zu unterscheiden zwischen dem *Konfessionalismus* im politischen Bereich (Regierung, Parlament, öffentliche Verwaltung, Armee) und dem Konfessionalismus im Bereich des Personenstandsrechts (z. B. Familien- u. Erbschaftsangelegenheiten, Eheschließung, Religion, Bildungseinrichtungen). Die überwiegend traditionell ausgerichteten Moslems forderten die Abschaffung des Konfessionalismus nur im politischen Bereich in der Hoffnung auf eine angemessene Vertretung ihres Bevölkerungsanteils in den staatlichen Organen. Die völlige Säkularisierung, also Abschaffung des Konfessionalismus auch im privaten Personenstandsbereich ist für die moslemischen Gemeinschaften nicht annehmbar, weil das der Bereich ist, in dem das islamische Gesetz Gültigkeit hat.
Die libanesische 'Nationale Bewegung', ein Zusammenschluß außerparlamentarischer, progressiver und nationaler Kräfte und Parteien, übernahm zwar die Forderung der Moslems nach Aufhebung des Konfessionalismus nur im politischen Bereich. Die in der Nationalen Bewegung zusammengeschlossenen Gruppen und Parteien waren jedoch im Prinzip für eine Beseitigung des Konfessionalismus auf allen Gebieten. Ein Gegensatz, der das politische Bündnis zwischen 'Linken' und Moslems stark belastete. Zu der 1975/76 im Libanon diskutierten Frage der Abschaffung des Konfessionalismus s. Johannes Reissner, Säkularisierung des Libanon? Äußerungen von Muslimen zum neuen Schlagwort 'Almana', in: Orient 17, Leverkusen-Opladen 1976, S. 13 ff.

9) D. Haritz, a. a. O., S. 32.

10) Abdallah Frangi, PLO und Palästina, Frankf./M. 1982, S. 127.

11) Dazu s. den Artikel 'Die PLO, Palästina und die arabischen Staaten' in: 'blätter' des iz3w Nr. 107, Feb. 1983.

12) Zur Struktur der PLO und ihrer Organisationen s. den Artikel 'Entstehung und Struktur der PLO in: 'blätter' des iz3w Nr. 106, Dez. 1982.

13) Das 1975 veröffentlichte Vorläufige Programm enthält folgende Gliederungspunkte: Abschaffung des politischen Konfessionalismus; Demokratische Reform der Vertretung des Volkes; Reformierung der öffentlichen Gewalten und Herstellung eines Gleichgewichts zwischen den Gewalten; Verwaltungsreform; Reorganisation der Armee; Festlegung der allgemeinen demokratischen Freiheiten und Rechte. Abgedruckt ist das Programm in: Progress Dritte Welt (Hg.), Libanon-Krieg, Bonn o. J., S. 18 ff.

14) »Der Krieg im Libanon geht, wenn auch in kleinerem Maßstab, weiter: in Form von Straßenkämpfen, Schießereien, Anschlägen, Überfällen und Entführungen. So fielen im September 1979 101, im Oktober 55 und im November 47 Menschen Gewaltakten zum Opfer; im Januar 1980 waren es etwa 50 und im Februar 130« (Wolfgang Köhler, a. a. O., S. 472.

15) Außenpolitisch waren es die Konflikte mit dem Nachbarland Irak, wobei es um rivalisierende Führungsansprüche auf dem Weg zum arabischen Nationalismus ging.
Im Land selbst gibt es Widerstand gegen die Regierung unter dem Präsidenten Assad, die in den Händen einer kleinen alawitischen Minderheit liegt (einer schiitischen Glaubensrichtung). Widerstand gegen die Herrschaft der Alawiten, die nur 10% der Bevölkerung ausmachen gegenüber 80% Sunniten, gab es zuletzt Anfang 1982. Die Aufstände wurden blutig niedergeschlagen (s. 'blätter' Nr. 100, März 1982, S. 8 ff).

16) Eine nicht nur für den bisher in Sachen israelischer Annektionspolitik ahnungslosen Leser atemberaubende Zusammenstellung solcher dokumentarischer Äußerungen israelischer Prominenter von Herzl bis Begin findet sich in dem Artikel 'Libanon: »Präzedenzfall für die gesamte arabische Welt« in: Nordkurier Nr. 5, Dez. 1982/Jan. 1983.

17) Die äußeren Kennzeichen der Partei sind bis heute erhalten geblieben: Disziplin, hierarchische Struktur, Prinzip des omnipotenten Führers, militärische Ausbildung der Mitglieder. Die Falangisten verstehen sich als libanesische Nationalisten, als Gegengewicht zum arabischen Nationalismus, ihre Leitwerte sind Gott, Familie und Vaterland (ausführlich dazu s. Adel S. Elias, »Gott, Familie, Vaterland«, Die libanesischen Phalangisten, in: Progress Dritte Welt, Libanon-Krieg, Bonn o. J., S. VII ff.
Bemerkenswert ist die unterschiedliche Einschätzung der Falangisten (vor dem Massaker im Sommer 82) in der BRD-Presse. In der Welt (22. 7. 80), in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (22. 7., 12. 6. 80) und im Spiegel (25. 5. 81) wird die Partei als sozial und sozialdemokratisch eingeschätzt, das heißt es wird unkritisch die Selbsteinschätzung der Partei durch ihren Gründer Pierre Gemayel wiedergegeben (s. Stern 11. 6. 81).
Laut Stern und Financial Times (20. 6. 81) ist die Falange faschistisch und zeigt überall Einflüsse des europäischen Faschismus wie Militarismus, leidenschaftliche Opferbereitschaft der Jugend, betontes Ordnungsdenken, bedingungslose Führer-Verehrung, Rassismus und Bekenntnisse zum Nationalsozialismus und Hitler.

18) Die UN-Soldaten hatten »von Beginn an nur einen Ordnungs-, aber keinen Kampfauftrag. Sie sind nur mit leichten Infanteriewaffen ausgerüstet, die sie lediglich zur Selbstverteidigung gebrauchen dürfen, nicht aber zur Durchsetzung ihrer Kontrollaufgaben ..; der »Friedenstruppe mit den gebundenen Händen« ... haben die fünf Jahre im Südlibanon nicht nur demütigende Erfahrungen mit der Fragwürdigkeit einer eingeschränkten Friedenssicherung gebracht, sondern auch blutige Verluste. 89 ihrer Mitglieder wurden getötet, 119 verwundet – bei Schießereien und Artillerieüberfällen, von detonierenden Landminen und Heckenschützen; einige wurden von Freischärlern verschiedener Couleur entführt und kaltblütig ermordet« (SZ 22/23. 1. 83).

19) S. dazu den Artikel 'Die PLO nach Beirut' in 'blätter' Nr. 106 a. a. O.

20) Zur wirtschaftlichen Durchdringung des Südlibanon s. den Beitrag 'Jaffa-Orangen in Bagdad?' in: Israel & Palästina 1/83 und die Aufsätze zum Thema 'Einseitiger Handel' in: Pressedienst aus Israel Nr. 5/1983.

21) Zur Finanzierung der PLO und ihrer Infrastrukturen im Libanon s. den Artikel 'Entstehung und Struktur der PLO, a. a. O., S. 43.



KOREA

Die Konzerne wandern aus
– Arbeitskämpfe in Südkorea

In den internationalen Medien ist es um die krisengeschüttelte Republik Süd-Korea ruhig geworden: Das Wirtschaftswunder eines sich rasch entwickelnden Schwellenlandes ist zum Stillstand gekommen, und die immer noch kostengünstigen Produktionskapazitäten der südkoreanischen Exportindustrie werden – neben anderen Billiglohnländern – zu einer wirtschaftlichen Bedrohung der Industrieländer.

Die innenpolitischen Unruhen der vergangenen drei Jahre (galoppierende Inflation in den 70er Jahren; Streiks selbst in den sieben Großbetrieben trotz scharfer Regierungskontrolle; Ermordung des Präsidenten Park Chung-hee im Oktober 1979 durch seinen eigenen Geheimdienstchef; die Demokratisierungsbewegung bis zum Frühjahr 1980; der Putsch von General Chun Doo-hwan und der Bürgerkrieg um Kwangju) lassen die Risiken einer instabilen Regierung für viele der internationalen Konzerne höher erscheinen, als die möglichen Gewinne. Nach japanischen Angaben sollen derzeit rund 30 % der ausländischen Firmen den Rückzug aus Korea planen.

Als Regierungschef von amerikanischen Gnaden (Chun war der erste Staatschef, der von Ronald Reagan empfangen wurde), versucht der südkoreanische Präsident nun, die innenpolitische Ruhe im Land wieder herzustellen. Während der „Purification-Kampagne" von 1980 wurden die meisten Firmengewerkschaften von „unsauberen, kriminellen und anti-koreanischen Elementen" gesäubert. Gewerkschaften in Südkorea sind auf der Basis von Unternehmen organisiert und in der zentralen, von der Regierung kontrollierten Einheitsgewerkschaft (Federation of Korean Trade Unions, FKTU) zusammengeschlossen, die in den meisten Fällen die Interessen der Firmenleitungen vertritt. Mit Unterstützung kirchlicher Organisationen, wie z.B. der 'Urban Industrial Mission' (UIM), konnten sich dagegen in den 70er Jahren in einigen Konzernen und Industriezentren freie Gewerkschaften bilden. Vor diesem Hintergrund haben die Arbeiter(-innen)-Kämpfe ihre besondere Bedeutung.

Ein symptomatisches Beispiel für die Form und die Konsequenzen solcher Auseinandersetzungen ist der bislang letzte große Streik bei 'Control Data Korea' (CDK) in Seoul.

Anfang Juni 1982 wurde die internationale Presse auf ein weiteres Beispiel von „Anti-Amerikanismus" in der Welt aufmerksam: Ca. 60 Frauen der Niederlassung Seoul des multinationalen Elektronikkonzerns 'Control Data Corp.' (CDC) mit Sitz in Minneapolis/USA hatten angeblich zwei amerikanische Vizepräsidenten als Geiseln genommen. Erst die Benachrichtigung der amerikanischen Botschaft in Seoul durch die CDC-Zentrale in Minneapolis führte zur „Befreiung" der beiden Mitarbeiter. Was war geschehen?

Die Auseinandersetzungen begannen bereits im September 1981, als die jährlichen Lohnverhandlungen eröffnet wurden. Die Gewerkschaft forderte eine dreißig-prozentige Lohnerhöhung, während das CDK-Management nur 12 % anbot. Die Arbeiter, die meisten von ihnen sind junge Frauen, erhalten kaum mehr, als was sie zur Sicherung ihres Mindestlebensstandardes dringend benötigen, obwohl viele von ihnen schon lange Jahre bei CDK arbeiten. Eine Frau zum Beispiel, die seit 14 Jahren bei CDK beschäftigt ist, erhält einen Lohn von nur 200 US $ im Monat, Anfänger in der Fabrik verdienen ca. 120 $ und damit weit unter den umgerechneten 350 $, die eine alleinstehende junge Frau in Seoul nach Schätzungen der Gewerkschaft mindestens benötigt. Als sich die Lohnverhandlungen ohne erkennbaren Erfolg durch die Monate Januar und Februar 1982 zogen, schrieben Arbeiterinnen Briefe an die Konzernleitung:

„. . . Unsere Lebensbedingungen sind so schwierig wie nie. Viele Arbeiterinnen leiden an Gesundheitsproblemen (bei fast 70 % Augenleiden, Verringerung der Sehschärfe durch permanente Benutzung der Mikroskope – d.V.). Unser größtes Problem ist, wie wir uns täglich ernähren können. Wir haben den Eindruck, daß wir viel gearbeitet haben. Und wir haben das Motto des Konzerns gehört, 'Control Data sind die Leute!' Wir wollen nur Löhne, um die Ausgaben für den Minimum-Lebensstandard decken zu können."

Am 23. Februar 1982 begannen die Arbeiterinnen, für drei Tage ihr Arbeitstempo um 80 % zu reduzieren (slow-down). Dies hatte aber nur eine geringe Veränderung in den Verhandlungen zur Folge.

Dann plötzlich, am 13. März, wurde sechs Mitgliedern der Gewerkschaft gekündigt, die in den Lohnverhandlungen die Arbeiterinnen vertraten. Es handelte sich um vier der von der Firma bezahlten Gewerkschaftssekretärinnen sowie um die ehemalige Präsidentin und die Vizepräsidentin. An diesem Morgen um 8.30 Uhr, einem Samstag, an dem bei CDK nicht gearbeitet wird, besuchten jeweils zwei oder drei männliche Angestellte aus der Verwaltung die betroffenen Frauen zu Hause. Einige von ihnen schüchterten nachweislich die Frauen ein und bedrohten sogar ihre Familienangehörigen, um sie zu zwingen, die Kündigung anzunehmen. Aber die Frauen blieben standhaft. Mit Bezug auf das koreanische Arbeitsgesetz machten sie geltend, daß Verhandlungsführern nicht während Lohnverhandlungen gekündigt werden darf. Und Außerdem habe CDK keinen legitimen Grund für diese Kündigung. Control Data argumentierte, diese sechs Frauen seien ein Unruheherd und weitgehend verantwortlich für den Slow-Down im Februar.

Die Forderungen der Arbeiterinnen nach Wiedereinstellung der sechs Frauen wurde aufgenommen und verbreitet durch die 'Korea Christian Action Organisation', einem protestantisch-katholischen Zusammenschluß der städtischen und ländlichen Sozialarbeiter. Kirchliche Organisationen in den USA schlossen sich diesem Aufruf an und übten direkten Druck auf die Konzernleitung in Minneapolis aus. Diese Reaktion bewirkte den Durchbruch aus der Sackgasse der Lohnverhandlungen, und CDK stimmte am 19. März einer Lohnerhöhung um 19,9 % zu.

Aber die Auseinandersetzungen zwischen der Verwaltung und der Gewerkschaft um die sechs Frauen dauerten an. Erst als erneut Mitglieder des nationalen Kirchenrates in den USA diesen Fall in die Aktionärsversammlung einbrachten wurde beschlossen, zwei Vizepräsidenten zur Schlichtung nach Seoul zu schicken. Nach langandauernden Verhandlungen am 3. Juni zwischen den Gewerkschafterinnen, ihren Kolleginnen einerseits und den Konzernvertretern andererseits wurden um 2.30 Uhr nachts die beiden



Elektronikfertigung in Südkorea

Amerikaner von koreanischer Polizei aus den Händen ihrer ‚Kidnapper(-innen) befreit". Während der Gespräche mit rund 100 Arbeiterinnen hatten ihre männlichen Kollegen aus der Verwaltung die amerikanische Konzernzentrale telefonisch alarmiert. Diese hatte dann über die US-Botschaft in Seoul die „Befreiung" ihrer beiden Mitarbeiter veranlaßt.

Da auch diese Verhandlungen den Berichten zufolge ergebnislos blieben (das Arbeitsministerium hatte die Wiedereinstellung der Frauen untersagt), setzten die Arbeiterinnen ihren slow-down-Streik fort. Dann, am 9. Juli erfuhr die Geschäftsleitung in Korea plötzlich von dem Plan der Konzernleitung, die koreanische Niederlassung zu schließen. Als Begründung wurde angegeben, daß die Produktion auf Computerchips umgestellt werde, die nicht mehr unter dem

Skandalöse Urteile gegen Arbeiter(innen) von Korea Control Data

Am 23. November 1982 verurteilte der „District Criminal Court" (Bezirksgericht) in Seoul Cho Sang-hi zu einem Jahr, Lee Tae-hi und Park Young-son zu 18 Monaten Haft.

Die drei Frauen, die bei der „Korea Control Data", einer Fertigungsfirma für Computerteile in Seoul, gearbeitet hatten und am 10. Juli 1982 verhaftet worden waren, gehörten zu einer Gruppe von etwa 50 Gewerkschaftern, die an einem Sitzstreik im Arbeitsministerium teilgenommen hatten, nachdem man ihnen ein Treffen mit Regierungsbeamten zur Diskussion über die Schließung ihrer Fabrik verweigert hatte. Sie waren nach dem Versammlungs- und Demonstrationsgesetz angeklagt worden.

Amnesty international hat die drei Frauen als gewaltlose politische Gefangene adoptiert.

Auch Kim Chol-ki wurde von amnesty international als gewaltloser politischer Gefangener adoptiert. Er war am 21. Oktober 1982 ebenfalls vom Bezirksgericht in Seoul zu 18 Monaten Haft verurteilt worden, weil er eine Erklärung an die Presse gegeben hatte, die eine Aufforderung zur Freilassung von Lee Tae-hi, Park Young-son und Cho Sang-hi enthielt und die Haltung der Regierung in der Auseinandersetzung um die Schließung der „Korea Control Data" kritisiert haben soll.

amnesty international arbeitet weiter für die Freilassung dieser vier Personen.

Mikroskop zusammengefügt werden müßten. Diese Umstellung werde Tausende der rund 60.000 Arbeiter bei CDC treffen. Der Konzern werde großzügig entschädigen, evtl. auch wieder neu einstellen.

In Korea verlautete, daß die gewalttätigen Auseinandersetzungen nicht die Ursache für den Entschluss seien, die Fabrik zu schließen, ihn jedoch beschleunigt hätten. Die von der Regierung kontrollierten koreanischen Medien behaupteten, die Schuld an der Einstellung der Produktion sei insbesondere der von den Kirchen getragenen 'Urban Industrial Mission' (UIM) anzulasten, die sich vor allem um die Belange benachteiligter Arbeiter in den Industriezentren kümmert.

Newsweek vom 2.8.1982 zitiert den Vizepräsidenten für Internationale Beziehungen des CDC-Konzerns, Gordon R. Brown: „Die Zukunft hier wird den Computerprogrammierern gehören, denen, die die Computer benutzen können, nicht den Fließbandarbeitern. Man braucht nicht mehr 10 Millionen Menschen, die Computerplatten löten können."

Auf den ersten Blick erscheint dieser Arbeiter(-innen)-kampf bei Control Data nicht sehr spektakulär. Typisch allerdings ist er für die Form und die Inhalte des Kampfes von Arbeiterinnen in Korea.

Darüberhinaus gewinnen drei andere Aspekte in diesem Konflikt entscheidende Bedeutung und werfen ein Licht auf die mögliche wirtschaftspolitische Zukunft des Schwellenlandes Südkorea.

1. Nach mehreren Jahren rapider industrieller Entwicklung und einer imposanten Steigerung des BSP zwischen fünf und zehn Prozent in den Jahren 1962 bis 1981 findet sich die koreanische Regierung in einer der schwierigsten – als typisches Exportland strukturbedingten – Wirtschaftskrise wieder. Während 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung vom „Wachstumsmodell Südkorea" profitiert haben, mußte sich

die Mehrheit mit einer rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit (real vermutlich weit über 15 %) abgeben. Nach 'Korea Herald' betrug die durchschnittliche Inflationsrate bis 1980 jährlich zwischen 40 und 50 % (1981: 36 %, 1982: 11 %, 1983 geplant: 6 %; dabei steigen die Lebensmittelpreise unverhältnismäßig mehr als für technische Exportgüter wie Maschinen, Fahrzeuge etc.). Für die Konzerne sind die Lohnkosten im Vergleich zu anderen ost- und südostasiatischen Ländern dennoch erheblich gestiegen. Die Folge ist eine zunehmende Neuorientierung der Standorte für Produktionsniederlassungen von multinationalen Konzernen in Asien.

Neben CDC hat sich vor kurzem der – ebenfalls amerikanische – Chemiekonzern 'Dow Chemical' vollkommen aus Südkorea zurückgezogen. Das gleichzeitige Ausbleiben anderer Auslandsinvestitionen trug stark dazu bei, daß das Wachstumsziel für 1982 nicht erreicht wurde. Für den weiteren Ausbau seiner exportorientierten Industrie ist das Land aber auf hohe Auslandsinvestitionen oder Kreditaufnahme angewiesen. Trotz des Status eines 'Schwellenlandes' – oder gerade deswegen – ist Korea heute in Asien mit 32,8 Mrd. US $ Auslandsschulden der eindeutig am höchsten verschuldete Staat.

Um die Konzerne zu halten, garantiert die südkoreanische Regierung erhebliche Standortvorteile (Steuerbefreiung, Gewinnexport, sog. Freihandelszonen, fehlende oder mangelnde Durchsetzung der Umweltschutzregelungen, minimale Gesundheitsfürsorge und Unfallschutz, teilweise Garantie eines koreanischen Absatzmarktes und Gewinnmarge) und billige Arbeitskräfte, für deren Stillhalten sie ebenfalls garantiert.

Die hohen Energiekosten und die auf Computersystemen basierende Automatisierung der Produktion lassen Billiglohnländer trotzdem zunehmend unattraktiv werden. Sollte dieser Trend anhalten, dann werden 'Schwellenländer' wie Südkorea vor nahezu unlösbaren Problemen stehen.

2. Der Streit um die CDK-Gewerkschaft vermittelte zudem einen Einblick in ein bislang wenig beachtetes sozialpolitisches Phänomen industrieller Produktion in Asien. Der Anteil der Frauen im industriellen Sektor stieg von 35,4 % (1964) auf über 42 % im Jahre 1978. Obwohl die Gleichberechtigung der Frauen durch Gesetz geregelt ist, betrugen ihre Durchschnittslöhne 1979 nur 43 % der ihrer männlichen Kollegen. Nach einer Befragung des Gewerkschaftsbundes KFTU von 1978 betrug die durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen zwischen 10 und 15 Stunden täglich.

Der Anteil der abhängig Beschäftigten von der Gesamtzahl der Arbeitskräfte in Südkorea betrug noch 1978 nur 44,6 % (BRD 84,5 %, Japan 70,2 %). Dieser niedrige Anteil weist auf die typische Problematik verschwimmender Grenzen zwischen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auf dem südkoreanischen Arbeitsmarkt hin. Viele sogenannte „Selbständige" und auch ihre Familienarbeitskräfte sind eigentlich in einer Warteposition auf einen vollwertigen Arbeitsplatz. 1979 waren von den abhängig Beschäftigten nur 29,1 % als regulär Beschäftigte angestellt; der Rest waren entweder temporäre Arbeitskräfte oder Tagelöhner.

Die erste Protestaktion gegen die immer schlechter gewordenen Arbeitsbedingungen war die Selbstverbrennung eines 22-jährigen Textilarbeiters, Chun Tae-il, vor dem 'Friedensmarkt' 1970. Seine letzten Worte lauteten: „Wir sind keine Maschinen; wir sind doch Menschen!" Die letzte große Protestaktion war der bewaffnete Aufstand von Minenarbeitern im 'Sabuk'-Kohlebergwerk im Jahre 1980, die drei Tage lang die umliegenden Dörfer in ihre Gewalt brachten.

3. Wie der CDK-Fall zeigt, ist die Funktion der Gewerkschaften in Südkorea kaum mehr als ein Alibi für die beschriebene Ausbeutung der Arbeiterschaft. Nur 20 % von ihnen sind in den „gelben" Gewerkschaften organisiert, denen seit 1972 durch die 'Yushin'-Verfassung das Streikrecht untersagt ist.

Zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen kam es in den 70er Jahren zu jährlich mehr als 1000 Arbeitskonflikten, spontanen Streiks in den Betrieben. Die strukturellen Schwächen der Betriebsgewerkschaften sind offensichtlich: Dauert ein Arbeitskampf zu lange, kann sich eine zweite, kompromissbereite Gegengewerkschaft in dem betroffenen Betrieb bilden. Tarifverhandlungen können nur betriebsintern im Rahmen gesamtgewerkschaftlicher Richtlinien geführt werden. Die sozialen Interessenunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten verhindern gemeinsame Aktionen. Der dem koreanischen Gesellschaftssystem inhärente Vorrang des Älteren vor dem Jüngeren führt zu einer ähnlichen Identifikation der Arbeiter mit „ihrer Familie", dem Betrieb, wie es in Japan üblich ist.

Vor allem kirchliche Sozialarbeiter versuchten in den 70er Jahren durch Programme der 'Urban Industrial Mission' (UIM), die Arbeiter in „freien Gewerkschaften" praktisch und ideologisch zu unterstützen. Insbesondere der CDK-Fall führte wegen seiner weltweiten Publizität zu einer hektischen und scharfen Medienkampagne gegen die UIM. Als kirchliche Organisation, die noch nicht der „110-prozentigen" Kontrolle der Regierung unterliegt, wird sie als subversive Organisation diskreditiert, die den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes unterminiere. Presseberichten zufolge, versuchen die Medien mit gezielten Demonstrationen und Fernsehshows die breite, populäre Unterstützung der 1958 entstandenen UIM zu zerschlagen. Dies gelingt ihr, so die Einschätzung von Beobachtern, insbesondere bei einfachen Koreanern durch den Vorwurf der Subversion und des Kommunismus. Die UIM direkt zu verbieten, kann sich die Regierung nicht leisten. Dies käme einer groben Verletzung der Religionsfreiheit gleich, zu der ein Regierungsvertreter stolz feststellte, sie gerade sei ein Zeichen demokratischer Freiheit in Südkorea. Aber es ist offensichtlich, daß sie dieses Zeichen christlicher Verantwortung in der Gesellschaft am liebsten auslöschen möchte, das vor allem von jungen Arbeiterinnen getragen wird. Ein methodistischer Missionar, der seit 30 Jahren im Land ist, merkte dazu an: „Ich bin überrascht, . . . wie extensiv und bitter diese Kampagne ist. Sie ist eine der schlimmsten die ich je gesehen habe." Die Kirchen seien, so ergänzt er, „das einzige Gebiet, das noch nicht vollständig unter Regierungskontrolle ist. Das ist der Kern dieser Auseinandersetzungen hier."

Gerhard Rüdiger

Quellenangaben

Amnesty-International, Korea-co-Gruppe 2225, Bochum
Presseschau vom November und Dezember 1982

'Korea Herald' November 1982, nach: Korea-Korrespondenz 6/82

Maud and David Easter
Answers to a Puzzle: Why we back Korea's Chun, in: Christianity and Crisis, Februar 1981 (als Übersetzung erhältlich beim Info-Pool des KOREA–KOMITEEs)

Dr. Du-Yul Song
Südkoreas Arbeitskräfte: Motor oder Opfer des Wirtschaftswachstums, Vortrag Februar 1982

Newsweek 2. August 1982

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.11.1982

alle Angaben über den CDC-Fall
von Veröffentlichungen und Dokumenten der North American Coalition for Human Rights in Korea, Washington

Weitere Informationen über und aus Korea beim
Info – pool des KOREA–KOMITTEs in der BRD, c/o Korea-Arbeitskreis der ESG München, Friedrichstrasse 23, 8000 München 40

INDIEN

Wenn Arme die Armen vernichten
– das Beispiel Assam

Das tragische Ereignis

Schreckensmeldungen aus Indien, wie auch aus anderen Ländern der Dritten Welt sind keine Seltenheit in den deutschen Medien. So wurde im Februar und danach in den Medien auch über die schrecklichen Unruhen und Massaker in dem nordöstlichen indischen Bundesstaat Assam berichtet. Die tragischen Ereignisse in Assam lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen: Nach mehreren Jahren eines schwelenden Konflikts um die sogenannten »Ausländer« (gemeint sind die Bengalen) und andauernder Agitation entlud sich in Assam vor, während und nach den Wahlen zum Landesparlament im Februar dieses Jahres die aufgestaute Agression der Massen in grausamer Gewalt und Gegengewalt mit den Zügen eines Bruderkrieges. Es ist ein Krieg zwischen Assamesen und Nicht-Assamesen (Bengalen), zwischen Hindus und Moslems bzw. zwischen moslemischen Bengalen und Stammesgruppen. Trotz massiven Einsatzes der lokalen und der Bundespolizei, sowie der Armee zur »Vorbeugung« und »Eindämmung« des Konflikts, gelang es weder der Landes- noch der Zentralregierung die Welle der Gewalt und der Zerstörung aufzuhalten.
Die Opfer sind vor allem Kinder und Frauen, Arme und Benachteiligte aus allen religiösen, ethnischen und sprachlichen Bevölkerungsgruppen des heutigen Assam.
In den gleichen Tagen erringt die Partei Indira Gandhis (KongreßI) einen Rekordwahlsieg (90 Prozent der Sitze) allerdings bei einer Wahlbeteiligung von kaum mehr als 30 Prozent. Die Kongreßpartei bildet eine neue Landesregierung - inmitten einer Szenerie von Toten und Verwundeten, verbrannten Dörfern, flüchtenden Menschen, zerstörten Brücken, Straßen und Gebäuden.

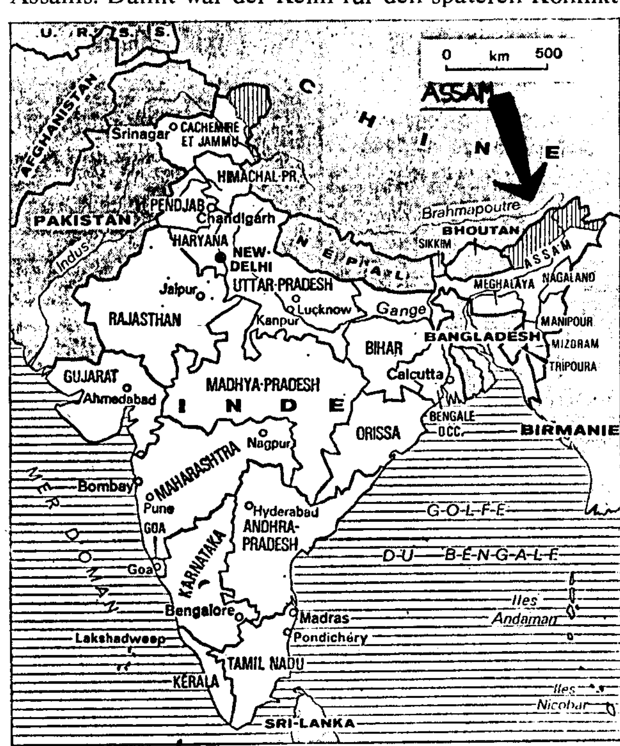
Das friedliche Assam von einst

Soweit bekannt, war das im Nordosten Indiens gelegene Assam für lange Zeit eine Region, in der wenig Unruhe herrschte. An legendären Flüssen (z.B. an dem Brahmaputra), in fruchtbaren Tälern, dichten Wäldern der Himalaya Vorberge lebten verschiedene ethnische Gruppen (auch damals schon Bengalen, Hindus und Moslems) in ihrem jeweiligen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebenszusammenhang.
Diese fruchtbare, dennoch relativ dünn besiedelte Region (im Vergleich zu den jeher sehr dicht besiedelten Ganges- und Indusebenen) konnte seinen Bewohnern Lebensmöglichkeiten ohne einen nennenswerten Verteilungskampf bieten. Auch wenn bei den herrschenden Assamesen gelegentlich Befürchtungen vor einer sich anbahnenden Überfremdung durch die Bengalen laut wurden, hatten diese jedoch keine besondere Auswirkungen auf das Mit- oder Nebeneinanderleben aller Gruppen. Dieser Zustand dauerte bis etwa zum Ende des letzten Jahrhunderts.

Assam in der Kolonialära

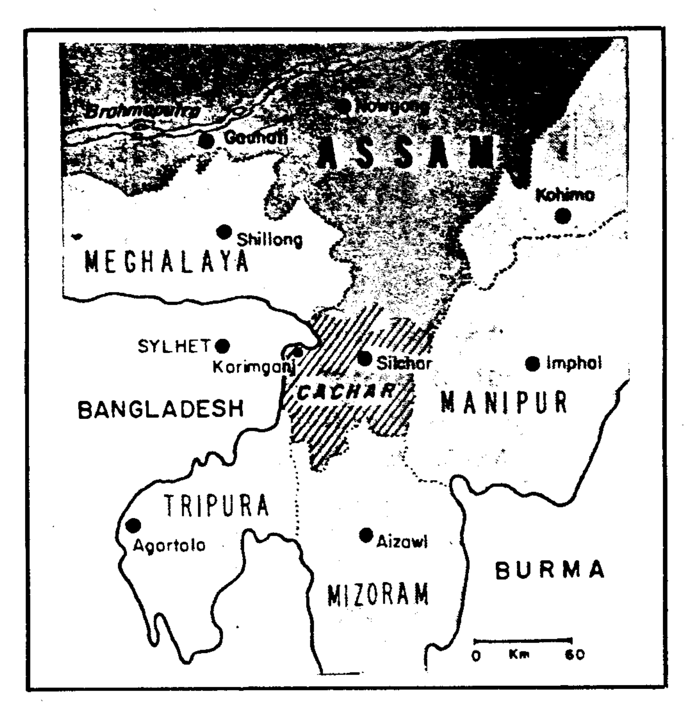
Mit der Etablierung des Kolonialregimes in Indien beginnt ein Prozeß, dessen späte Folgen nach vielen Jahrzehnten in den jüngsten Ereignissen in Assam deutlich geworden sind:

- 1874 übernahm die britische Kolonialmacht Assam in ihre Herrschaftsgewalt in Indien. Dabei wurde, ungeachtet der zu befürchtenden Unvereinbarkeiten oder Konflikte, ein Teil des Shylet-Distrikts (heute in Bangladesh) der damaligen Provinz Bengalen an die neugebildete Provinz Assam angegliedert (siehe Karte). Dieser Teil Assams - Cachar Distrikt - hat auch heute eine überwiegend bengalische Bevölkerung.
- Die Ausplünderung Bengalens durch die britische Kolonialmacht, vor allem des ländlichen Raums im östlichen Teil (heutiges Bangladesh) führte zur Abwanderung verarmter bengalischer Kleinbauern und Landloser in die fruchtbaren Brahmaputra-Täler Assams. Damit war der Keim für den späteren Konflikt



zwischen den Assamesen, Bengalen und Stammesgruppen aus den Ebenen um die Verfügungsgewalt über das fruchtbare Ackerland gelegt.

- Die Absicherung der britischen Machtansprüche in Assam erforderte den Aufbau einer lokalen Verwaltung. Hierzu wurden die besser gebildeten und/oder bereits in der Kolonialverwaltung erfahrenen Bengalen herangezogen, getreu dem britischen Prinzip der indirekten Herrschaft. Die Bengalen wurden schon im 19. Jahrhundert von den Briten kolonisiert. Kalkutta war damals die Hauptstadt British-Indiens; außerdem hatte man in Kalkutta und in Dhaka (heutige Hauptstadt Bangladeshs) schon die ersten Universitäten aufgebaut.
- Die Einbeziehung Assams in das englische Kolonialreich löste in der Wirtschafts- und Sozialstruktur erhebliche Veränderungen aus. Britische Firmen führen nun in die vom Reisanbau geprägte Landwirtschaft Tee und Jute ein. Für die Teeplantagen die nun ange-



Assam während der Kolonialzeit

legt werden, holen die Briten Arbeiter und Arbeiterinnen aus Bihar und Bengalen. Die assamesischen Stammesgruppen werden dadurch aus einem Teil ihres Lebens- und Wirtschaftsraumes verdrängt. Die erfahreneren Bauern aus Bengalen wurden auch im Juteanbau eingesetzt. Auch für die Verwaltung und Überwachung der Plantagen und Verarbeitungsanlagen wurden vorwiegend Menschen aus Bengalen rekrutiert.

Somit begann ein Prozeß, der die Bengalen im Wirtschaftsleben Assams zunehmend priviligierte. Dieser Prozeß wurde durch die beginnende Industrialisierung in Assam (Kohlebergbau, Ölgewinnung, Holzwirtschaft) in den Jahrzehnten vor der Unabhängigkeitserklärung 1947 beschleunigt. Schließlich sicherten sich die Bengalen in den Bereichen Handel, Gewerbe und Bildung ihre Position.

Die Geschichte Assams verdeutlicht ein klassisches Muster kolonialer Unterwerfung. Die Kolonialmacht findet in dem eroberten Gebiet immer eine Elite oder eine gesellschaftliche Gruppe, die bereit ist, mit ihr zu kollaborieren. Beide Seiten ziehen daraus ihren Nutzen: die Kolonialmacht qualifiziert und privilegiert die »auserwählte« Gruppe – als Gegenleistung hilft ihr diese beim Auf- und Ausbau, sowie bei der Stabilisierung der kolonialen Herrschaft.

Im indisch-assamesischen Kontext handelt es sich dabei um die britische Kolonialmacht und die Gruppe der Bengalen. Die Bengalen sind unmittelbar oder mittelbar die Opfer der britischen Kolonialmacht geworden und erst dann zu deren Instrument, weil sie ihre eigenen Lebensinteressen sichern wollten. Sichern konnten sie diese jedoch nur auf Kosten der Lebens- und Entfaltungsinteressen der »Einheimischen« – der Assamesen und der Stammesgruppen. Daß nicht sogleich ein Verteilungskampf entbrannte, lag daran, daß zunächst noch genügend Lebensraum für alle Bevölkerungsgruppen vorhanden war. Verzögert wurde der Verteilungskampf jedoch auch durch den damals noch fehlenden politischen Willen der assamesischen Elite und der Fähigkeit der Kolonialverwaltung, in einer politisch noch nicht sensibilisierten Region Law and Order aufrechtzuerhalten. Assam blieb ein ethnisch heterogener, mehrsprachiger und ausgesprochen multireligiöser Teil der indischen Gesellschaft.

Assam nach der Unabhängigkeit (1947 bis 1971)

Am 15. August 1957 endete die britische Kolonialherrschaft in Indien. Im »Einvernehmen« mit der politischen Elite Indiens (Kongreßpartei und Moslemliga) wurde Britisch-Indien zuvor noch aufgeteilt: in Pakistan mit einer vorwiegend islamischen Bevölkerung und in die Indische Union mit einer vorwiegend hinduistischen Bevölkerung. Obwohl sich beide Staaten für eine säkulare Verfassung entschieden, kam es bei der Teilung zu blutigen Auseinandersetzungen. Hunderttausende starben, Millionen wurden zu Flüchtlingen, vor allem in den ehemaligen Kolonialprovinzen Sind, Punjab, Bihar und Bengalen. Millionen von Moslems aus Bihar und Bengalen flüchteten nach Ost-Pakistan (heutiges Bangladesh), Millionen von hinduistischen Bengalen nach Westbengalen (Indien) und Assam. Wieviele bengalische Hindus zwischen 1946 und 1951 nach Assam geflüchtet sind, ist niemals genau ermittelt worden. Vergleicht man jedoch die Zensuszahlen von 1941 und 1951, kann man mit einiger Sicherheit annehmen, daß nach der Teilung Indiens ca. 1,5 Mill. bengalische Hindus nach Assam geflüchtet sind, das 1941 gerade eine Bevölkerung von 6,5 Mill. hatte. Die Flüchtlinge siedelten sich mit staatlicher Hilfe vor allem in der Brahmaputra-Ebene und in traditionell bengalischen Gebieten (z.B. im Cachar-Distrikt) an. Der Brahmaputrafluß hat bis heute für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eine zentrale Bedeutung. Die Täler des Flusses sind sehr fruchtbar, außerdem schwemmt der Fluß ständig neuen, fruchtbaren Boden an und vergrößert damit die landwirtschaftlich nutzbare Fläche. Der Kampf um dieses Schwemmland ist ein besonderer Konfliktfaktor zwischen Assamesen, Bengalen und Stammesangehörigen.

Auch in den folgenden 20 Jahren hörte die Zuwanderung nicht auf. Dabei handelte es sich nicht mehr nur um bengalische Hindus, sondern auch um bengalische Moslems: Landlose, Kleinbauern, Gewerbe- und Handelstreibende, aber auch Menschen mit mittlerer und höherer Bildung. Für sie war der scheinbar noch vorhandene Lebensraum in Assam die letzte Hoffnung, der bedrükkenden Ausbeutung und Verelendung in Ost-Pakistan zu entkommen. Aufgrund der relativ höheren Befähigung der Bengalen gelang es ihnen, in alle wichtigen Wirtschaftszweige und in den öffentlichen Dienst einzudringen. Für die Assamesen wurden die Bengalen zunehmend zu einer Existenzbedrohung. Die unabhängige indische Zentralregierung bzw. die Landesregierung (beide getragen von der Kongreßpartei) sah dieser Entwicklung fast tatenlos zu. Sie leitete weder einen gezielten und konzertierten wirtschaftlichen Prozeß ein, in den alle Menschen in Assam einbezogen werden, noch kompensatorische Entwicklungsmaßnahmen, die die historisch gegebenen Nachteile der Einheimischen in Assam hätten verringern können. Im Gegenteil: der Rohstoffreichtum Assams – Öl, Kohle, Holz, Jute und Tee – werden kolonialistisch ausgebeutet im »gesamtindischen« Interesse (d. h. hauptsächlich im Interesse der indischen Oberschicht) – nicht aber im Interesse der assamesischen Bevölkerung.

Das Entwicklungsversagen der verantwortlichen staatlichen und politischen Eliten erhöhte damit zusätzlich die Gefahr eines innerassamesischen Verteilungs- und Existenzkampfes.

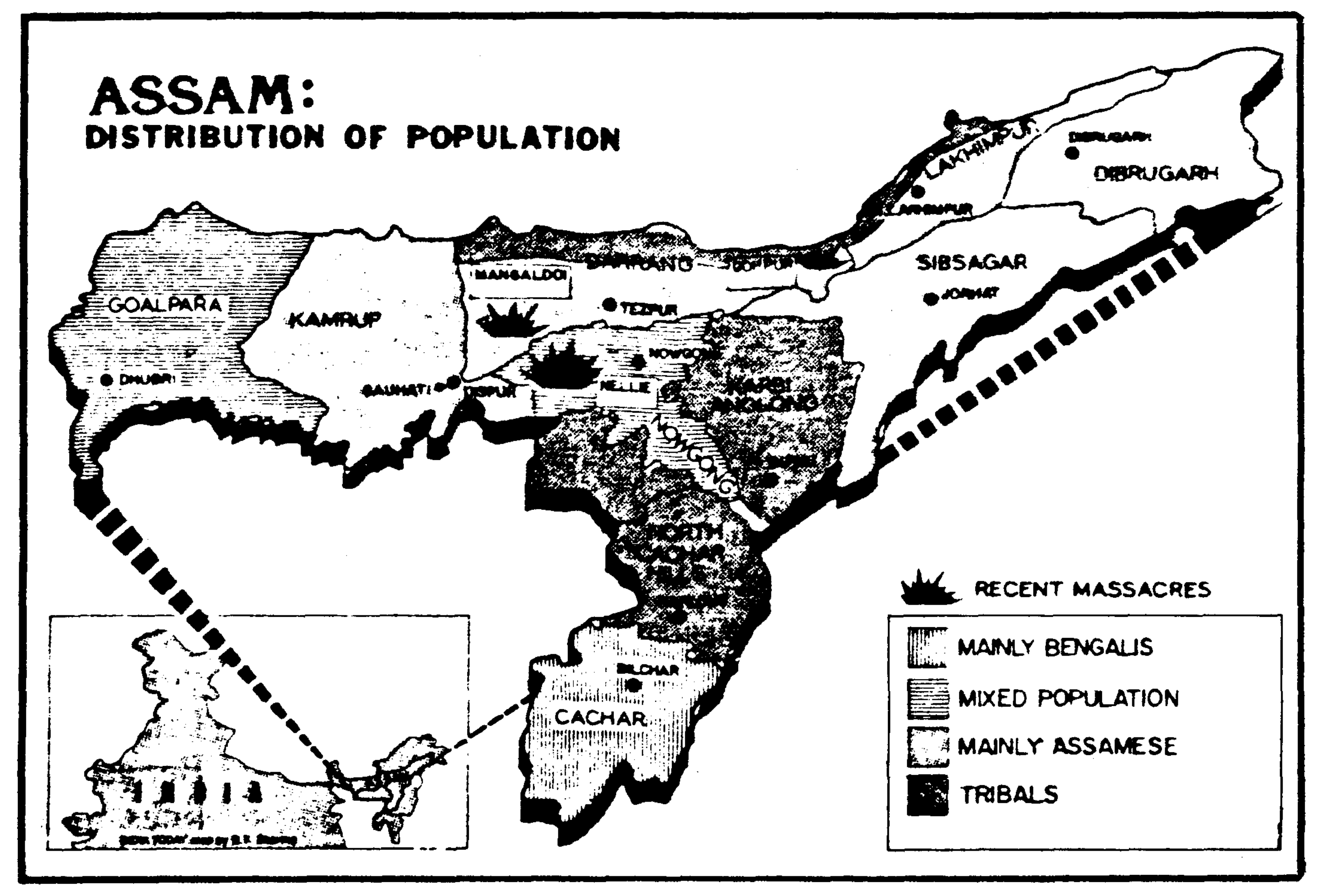
Anfang der 70er Jahre verdichten sich die Belastungselemente für Assam durch ein externes Ereignis: Der interne Kolonialismus in Pakistan führt 1971 zu einem Befreiungskrieg in Ost-Pakistan, in den später auch die indische Armee entscheidend eingreift. Vor und während des Befreiungskrieges flüchteten erneut Millionen von Hindus und Moslems von Ost-Pakistan in die benachbarten indischen Bundesstaaten – auch nach Assam. Nach der

Entstehung von Bangladesh kehrte zwar ein großer Teil der Flüchtlinge - vor allem Moslems - zurück, einige Tausend bengalischer Hindus bleiben jedoch in Assam. Auch im »befreiten« Bangladesh kann die Verelendung der Massen nicht beendet werden, der Abwanderungsstrom nach Assam reißt daher nicht ab.
Mitte der 70er Jahre befindet sich Assam daher an der absoluten Grenze der sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Absorbtionsfähigkeit.

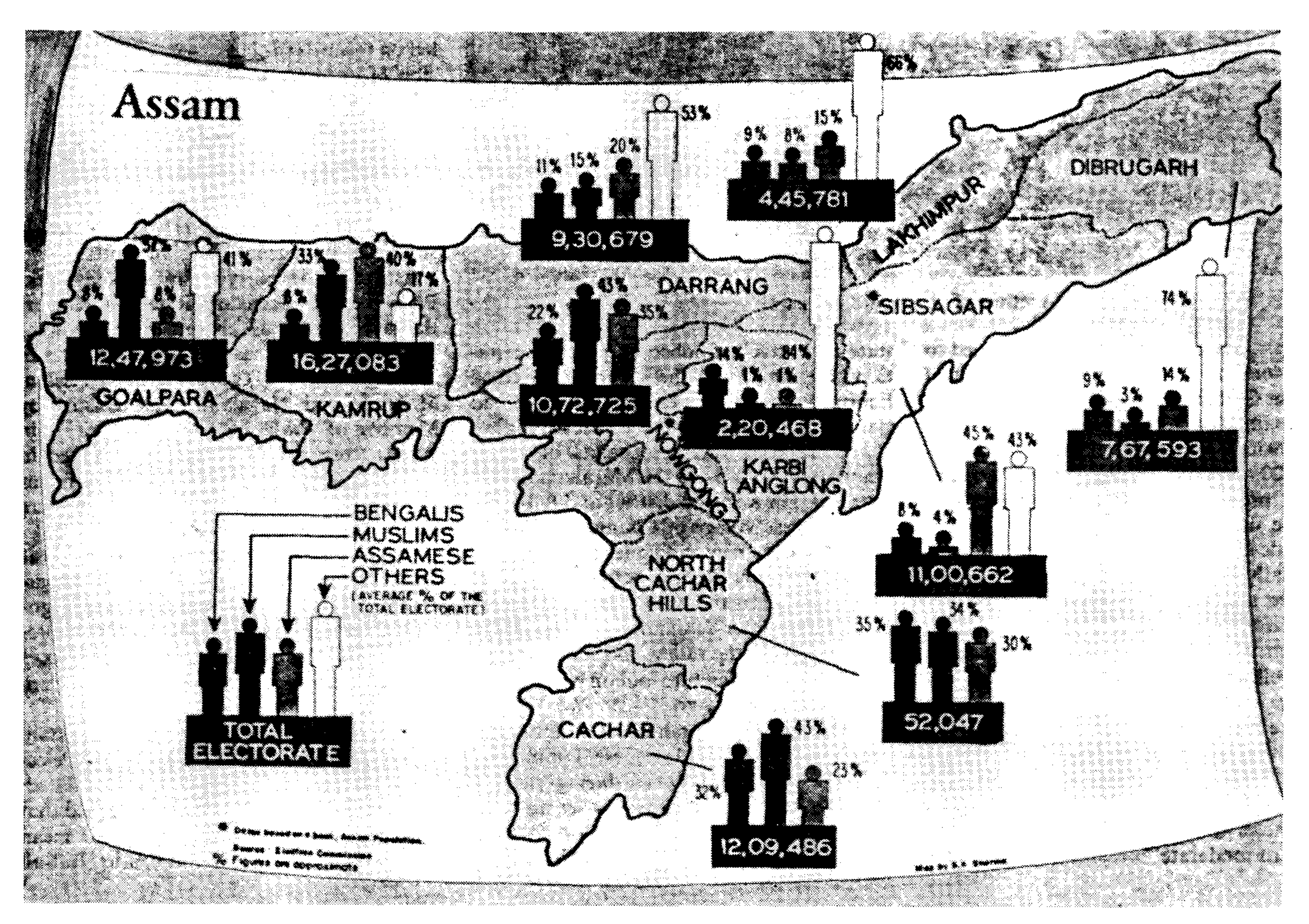
Assam zwischen 1971 und Gegenwart

Die Ausrufung des Ausnahmezustandes in ganz Indien vom Juni 1975 bis April 1977 konnte zunächst den Ausbruch des Konfliktes in Assam verhindern. Nach der Wahlniederlage der Kongreßpartei Indira Gandhis 1977 bildete die Janata-Partei auch in Assam die Landesregierung. Die damalige Situation in Assam läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Gesamtbevölkerung Assams ist mittlerweile auf ca. 20 Mio. Menschen angewachsen. 4,5 Mio. Assamesen und ca. 2 Mio. Stammesangehörigen stehen inzwischen über 11 Mio. hinduistische und moslemische Bengalen gegenüber.
- Die Alphabetenrate in Assam liegt mit 28 Prozent wesentlich unter dem gesamtindischen Durchschnitt von 38 Prozent. Von den Stammesangehörigen sind bislang nur 20 Prozent alphabetisiert.
- Über 75 Prozent der Bevölkerung Assams ist in der Landwirtschaft tätig mit einem durchschnittlichen Familien-Landbesitz von ca. 1,5 ha. Die Zahl der landlosen Bauern - vor allem Stammesangehörige - ist jedoch im letzten Jahrzehnt um etwa 2 Mio. Menschen gewachsen. Die Produktivität der assamesischen Landwirtschaft liegt unter dem Niveau vieler anderer indischer Bundesstaaten. Die Konflikte unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen verschärfen sich, weil die bengalischen Bauern (Hindus und Moslems) vor allem die fruchtbaren Böden der Brahmaputraebene und -täler bewirtschaften. Da ihre wirtschaftliche Situation durch den Anbau von cash crops wie Jute, Senf und Pfeffer relativ günstig ist, verdrängen sie die Assamesen aus ihrer ehemals privilegierten wirtschaftlichen und sozialen Position. Ihnen bleibt wie den Stammesangehörigen oft nur das Los der Landlosigkeit. Andererseits versuchen sie ihren gesellschaftlichen Statusverlust zu kompensieren, indem sie wiederum gegen die landlosen Stammesangehörigen konkurrieren bzw. offen gegen sie vorgehen. Diese werden somit zu den doppelten Opfern einer jahrzehntelangen Entwicklung.
- Trotz des mineralischen Reichtums kam es außer im Bereich der Öl-, Kohle- und Holzgewinnung zu keinem nennenswerten Aufbau einer assamesischen Industrie. Außerdem kommt der wirtschaftliche Nutzen dieser Industrie kaum Assam zugute, weil ein großer Teil in die anderen Provinzen Indiens fließt.
Deshalb konnte sich kein bedeutender Handel- und Dienstleistungssektor entwickeln, der die nachwachsende gebildetere jüngere Generation und das Heer der Arbeitssuchenden absorbieren könnte. Damit entsteht auch im industriellen und öffentlichen Bereich ein erbitterter Konkurrenzkampf - vor allem zwischen den Assamesen und den Bengalen. Die Stammesangehörigen haben in diesen Auseinandersetzungen ohnehin kaum eine Chance.
- Assam befindet sich nicht zuletzt deswegen am unteren Ende der Entwicklungsskala Indiens, weil Assam im



Bevölkerungsverteilung



Wählerprofil Assams

gesamtindischen Herrschaftsystem (vor allem in den Machtzentren der Zentralregierung) nur sehr schwach oder gar nicht vertreten ist. In Assam empfindet man sich daher bereits als eine Kolonie der indischen Zentralregierung.

Aus den genannten Gründen hat sich bereits Mitte der 70er Jahre die sogenannte Assam-Bewegung formiert. Sie strebte die bevorzugte Aufnahme von Assamesen in die staatliche Bürokratie, sowie in die öffentlichen Einrichtungen und Industrie an. Sie blieb nicht ohne Erfolg, so wurde bsw. den Bengalen der Zutritt zu den Universitäten und anderen höheren Bildungseinrichtungen in Assam erschwert.

Im Mittelpunkt der Bewegung steht dann ab 1978 die »Ausländerfrage«. Mit Ausländern sind im allgemeinen die Bengalen gemeint. Je nach Grad der Militanz bei Teilen der »Assam-Bewegung« wird danach unterschieden, ob die Bengalen wegen der Teilung Indiens nach Assam kamen (d. h. zwischen 1947 und 1971) oder erst mit der Entstehung Bangladeshs 1971 eingewandert sind. Unterschieden wird auch nach hinduistischen und moslemischen Einwanderern.
Die gemäßigten Kräfte in der »Assam-Bewegung« wollen auch den Verbleib der Bengalen (Hindus und Moslems) dulden, die bis 1971 zugezogen sind. Die radikalen bzw. reaktionären Kräfte setzten als Stichjahr 1951 fest und verlangen darüberhinaus die Deportation aller bengalischen Moslems nach Bangladesh (was allerdings entsprechend einem Abkommen zwischen den Regierungen von Bangladesh in dieser Tragweite nicht möglich ist). Insgesamt richtet sich die Bewegung gegen die bengalische Überfremdung und »sozio-ökonomische« Dominanz Assams. Erschreckt haben sich die Assamesen 1978, als sich bei der Aufstellung der Wählerliste für die Wahl der Landesregierung herausstellte, daß die Mehrheit der Wähler Bengalen sind. Denn die Bengalen könnten deswegen die konstitutionelle politische Macht gewinnen und damit eines Tages die absolut Herrschenden in Assam werden.
Die »Assam-Bewegung« wird vor allem von einheimischen Hindus und wenigen seit Generationen in Assam ansässigen Moslems getragen, die der Mittelschicht angehören. Eine ansehnliche Zahl der in den Städten lebenden Landbesitzer haben sich der »Assam-Bewegung« angeschlossen. Es handelt sich bei dieser bürgerlichen Bewegung um einen auf die Städte konzentrierten Zusammenschluß. Sie richtet sich gegen die bengalische Übermacht und grenzt sich gleichzeitig von den stärker unterdrückten Stammesbewohnern ab. Die Speerspitze dieser Bewegung ist die »All Assam Students Union« (AASU). Aufgrund der stagnierenden Wirtschaft haben die akademischen Jugendlichen des assamesischen Bürgertums kaum Chancen, eine ihrer Ausbildung und ihrem Status entsprechende Arbeit zu erlangen. Es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen und der überwiegende Teil der vorhandenen Arbeitsplätze (Ärzte, Juristen, Lehrer, Journalisten, höhere Verwaltungsangestellte, Führungspositionen) sind seit Anfang des Jahrhunderts von hinduistischen Bengalen besetzt. Deshalb sehen sie in den Bengalen eine massive Bedrohung ihrer relativ privilegierten Existenz. Die AASU arbeitet eng mit der All Assamesischen Widerstandsvereinigung, »All Assam Gana Sangram Parishad« (AAGSP) zusammen. Diese bürgerliche Vereinigung von assamesischen Staatsbeamten und -angestellten, Intellektuellen, Lehrern, etc. kämpft gegen die Gefahr des Verlustes des von ihnen errungenen ökonomischen und

sozialen Status.
Zur gleichen Zeit formieren sich die Stammesangehörigen in einer politischen Organisation, der »Plains Tribals Council of Assam« (PTCA). Sie wird von einer kleiner gebildeten Elite angeführt. Sie wehrt sich gleichermaßen gegen die bengalische und assamesische Vorherrschaft. Die PTCA fordert einen separaten Bundesstaat der Stammesangehörigen in Assam.
Auch wenn die Bengalen sich nicht zu einer Gegenbewegung formieren, kämpfen sie trotzdem um ihre Existenz in Assam und hoffen dabei auf die Unterstützung der Zentralregierung.
Seit 1979 fordert die »Assam-Bewegung« öffentlich: Säuberung Assams von den sogenannten Ausländern und Bereinigung der Wählerlisten. Die indische Zentralregierung gibt diesen Forderungen nicht nach. Die komplexe Problemlage (wie: wer ist Ausländer, wo sollen die ausgewiesenen Ausländer angesiedelt werden, etc.) verhindert eine Lösung. Daraufhin folgen Widerstandsaktionen der AASU und AAGSP in Form zivilen Ungehorsams, Blockade der Öl-Pipelins und Generalstreiks, die bis in die jüngste Zeit andauerten. Die indische Zentralregierung antwortete mit massivem Einsatz der Landespolizei, der Central Reserve Police (Bundespolizei) und der Armee; mit Drohungen, Repressionen und Verhaftungen. Die Widerstandsaktionen ebben jedoch nicht ab, sondern weiten sich aus. Die Zentralregierung sieht sich gezwungen mit der AASU und AAGSP zu verhandeln. Diese Verhandlungen enden im Dezember 1982 nach 20 Treffen ohne jegliches Ergebnis. Auch wenn während dieser Verhandlungszeit die Widerstandsaktionen weitgehend gewaltlos verlaufen, ist eine Radikalisierung und eine zunehmende Bereitschaft festzustellen, auch gewaltsame Konfrontationen in Kauf zu nehmen.
Für das Verständnis der weiteren Entwicklung in Assam ist es wichtig zu wissen, daß sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen an unterschiedlichen Parteien orientieren:

- die Assamesen erhalten politische Unterstützung für ihre Bewegung von der BJP; sie neigen daher dazu diese Partei zu wählen. In der BJP sind daher vor allem Assamesen (auch Mitglieder der AASU und AAGSP) vertreten.
- Moslemische Bengalen, Stammesangehörige und andere Minderheiten bevorzugen Kongreß (I), da sie von dieser Partei politischen Schutz erwarten. Wie sie, ist auch Kongreß (I) gegen die »Assam-Bewegung«.
- Hinduistische Bengalen, in der Regel gebildeter und politisch bewußter, sympatisieren mit den kommunistischen Parteien. Diese Parteien und ihre Wähler sind verständlicherweise ebenfalls gegen die »Assam-Bewegung«.
- Aber auch unter den bengalischen Hindus tendiert eine zunehmend größere Zahl zur Kongreßpartei, die die Zentralregierung bildet, da sie sich von ihr Schutz und Sicherung ihrer Lebensrechte in Assam versprechen.

Einige Monate vor den tragischen Ereignissen ist Assam durch die folgende Situation gekennzeichnet:

- Assam befindet sich unter »President's Rule«, d. h. eine direkte Verwaltung des Bundesstaates durch die Zentralregierung nach Auflösung des Landesparlaments. Laut Verfassungsvorschrift war diese »President's Rule« (die Dritte innerhalb von 3 Jahren) bis März 1983 befristet.
- Die »Assam-Bewegung« ist inzwischen wesentlich radikaler und militanter geworden. Gewalt- und Terrorakte sind keine Seltenheit mehr. Die Zentralregierung antwortet mit absolut polizeistaatlichen Vergeltungsmaßnahmen und hat inzwischen fast 200.000 Polizei- und Paramilitärische Kräfte in Assam konzentriert. Dies fördert Gegengewalt seitens der AASU und AAGSP, in die inzwischen rechtsradikale und makabererweise auch linksradikale Direktaktionsgruppen eingedrungen sind.
- Geschürt wird der Radikalisierungsprozeß durch die unentschlossene und hinhaltende Taktik der indischen Regierung. Die regierende Kongreß(I) möchte die »Ausländerfrage« gar nicht lösen, weil ihre Machtbasis in Assam weitgehend von den Stimmen der nicht-assamesischen Minderheiten abhängt. Darüberhinaus rechnet die Kongreß (I) damit, daß die »Assam-Bewegung« durch die Hinhaltetaktik abebben würde.
- Weiter eskaliert wird der Konflikt in Assam vor allem durch das Verhalten auch der anderen politischen Parteien neben der Kongreß (I). Ausschließlich geleitet durch ihre partikularen Wahl- und Machtinteressen tragen BJP, CPI, CPI (M), SUC und Kongreß (I) dazu bei, daß sich die »Assam-Bewegung« Schritt für Schritt zu einer ethnisch-religiös geprägten Stellvertreter-Kampfgruppe entwickelt, bei absoluter Überdeckung der eigentlichen Ursachen. Man sucht nicht mehr eine Lösung (dies gilt für alle politischen Parteien) sondern nur die Wahrung der eigenen politischen Interessen.
- Im Zuge dieser zynischen politischen Konstellation gelingt es auch AASU und AAGSP (vor allem derer Direktaktionsgruppen) für die »Assam-Bewegung« nunmehr auch eine Massenbasis in der ländlichen assamesischen Bevölkerung zu finden. Ihre Feinde sind bengalische Bauern, darunter vor allem die Moslems. Auch PTCA organisiert ihre Basis bei den Stammesbewohnern sowohl gegen die Bengalen als auch gegen die Assamesen. Schließlich richten die moslemischen Bengalen eigene Wehrgruppen ein.

Relevante politische Parteien in Assam

1. Kongreß (I) von Indira Gandhi (rechtskonservativ bis verbal-sozialistisch)
2. Bharatya Janata Party (der rechtsorientierte nationalistische Teil der ehemaligen Janata Partei)
3. Communist Party of India (Moskau orientiert)
4. Communist Party of India (Marxist)
5. Socialist Unity Centre (auch eine marxistische Partei)

Der Ausbruch des Konflikts

Im Januar 1983 verliert die Kongreßpartei Indira Gandhis die Wahlen zu den Landesparlamenten in ihren südindischen Hochburgen Andhra Pradesh und Karnataka. Aufgeschreckt durch dieses Ereignis, erhofft sich die Kongreßpartei wegen der »Ausländerfrage« und den unveränderten Wählerlisten einen Wahlsieg und die Stabilisierung ihrer Macht bei den Neuwahlen in Assam. Trotz der drohenden Gefahr eines auch vom indischen Geheimdienst erwarteten Bürgerkriegs werden für Februar 1983 Neuwahlen ausgeschrieben. Begründet wird dies damit, daß nach jeweils einjähriger präsidialer Direktherrschaft (President's rule) Neuwahlen verfassungsrechtlich geboten seien. Die BJP, aber auch die marxistischen Parteien CPI, CPI (M) und SUC, die ihren Wahlkampf auf die Stimmen der bengalischer Hindus sowie der Industrie- und Plantagenarbeiter ausrichten, verfolgen ihre jeweiligen parti-


Stammesangehörige mit ihren Waffen

kularen, politischen Interessen und verschärfen damit die explosive Lage.
Der Wahlkampf findet in einer Art Belagerungszustand statt, mit allgegenwärtiger Präsenz der Polizei, CRP und Armee. Terror- und Sabotageakte, die Entführung und Ermordung von Kandidaten, und die Zusammenstöße von Direktaktionsgruppen mit Polizeikräften führen zu einer bürgerkriegsartigen Situation.
Die Massaker beginnen - vorwiegend in ländlichen Gebieten - am 14. Februar, dem ersten Wahltag. Moslemische Bengalen verbrennen ganze Dörfer von Stammesangehörigen, die ihrerseits in moslemischen Dörfern grausam Vergeltung üben.Assamesische Bauern wüten und morden, sowohl in bengalischen als auch in Stammesdörfern.
Die Stammesbevölkerung rächt sich mit brutalen Morden und Vernichtungsaktionen an Assamesen und an der bengalischen Bevölkerung.
Das Ergebnis sind Tod, Haß, Trauer und Leid - bei Assamesen, Bengalen und Stammesangehörigen, bei Hindus, Moslems und Animisten. Fest steht: bei der großen Mehrheit der Toten, Verwundeten und Vertriebenen handelt es sich nicht um die Mitglieder der AASU oder AAGSP, sondern um Kleinbauern, Landlose, Handels- und Gewerbetreibende, also um die Armen und Ärmsten, die sich gegenseitig vernichteten. Sie waren und sind die Opfer der Herrschenden geworden und ließen sich für die Interessen der Mächtigen benutzen.
Die Massaker in Assam sind auf Vorgänge zurückzuführen, die so oder ähnlich auch für andere Gesellschaften der Dritten Welt zutreffen. Das Erbe der Kolonialzeit verschlimmerte sich durch das Machtstreben der nationalen und regionalen Eliten bzw. der organisierten politischen Kräfte, die sich nicht mit den genuinen Anliegen und Problemen der Armen identifizierten und solidarisierten. Vielmehr verhinderten sie eine Lösung der Probleme, wobei die arme Bevölkerung in tragischer Weise zum selbstmörderischen »Mob« in den von den herrschenden Kräften gelenkten politischen Auseinandersetzungen wurde. Die Armen ließen sich mißbrauchen, statt sich zu vereinigen im gemeinsamen Kampf gegen die tatsächlichen Verursacher ihres leidvollen Daseins.
Die Ereignisse von Assam werden sich sooft in anderen Teilen der Welt wiederholen wie die historisch und herrschafts-strukturell bedingten Ursachen der Verelendung der Massen nicht durch solidarische Aktionen aller Armen behoben sind.

Badal Sen Gupta

Wichtige soziale Gruppen in Assam

1. **Assamesen:** Vor Jahrhunderten aus Nord- und Mittelindien eingewandert; in der großen Mehrheit Hindus, aus mittleren und höheren Kasten; ursprünglich hauptsächlich im Ackerbau tätig, nicht selten mit erheblichem Landbesitz; eine beträchtliche Anzahl der früheren Großbauern sind inzwischen »Absentee Landlords«; in der vor- und nachkolonialen Zeit auch erhebliche Präsenz in der staatlichen Bürokratie.
2. **Bengalen:** Aus dem bengalischen Raum (vom heutigen Westbengalen/Indien und Bangladesh) eingewandert; Mehrheit der Bengalen in Assam sind Moslems und der andere Teil Hindus; bengalische Hindus sind in der Mehrheit Angehörige der unteren Mittelschicht und Mittelschicht mit starker Präsenz in Verwaltung, Industrie, Bildungseinrichtungen, Finanz-, Rechts- und Gesundheitswesen; die bengalischen Moslems sind in der Mehrheit Klein- und Marginalbauern sowie Kleinhandel- und Gewerbetreibende.
3. **Stammesangehörige:** Sind die ursprünglichen Bewohner Assams; sind hauptsächlich Angehörige der Stämme Boro und Lalung von thai-burmesischen Ursprungs; hauptsächlich im Acker- und Waldbau tätig.
   Die Stammesangehörigen befinden sich auf der untersten sozialen Stufe der Gesellschaft in Assam.

Quellen:
Der vorliegende Beitrag stützt sich auf Daten der indischen Zeitschrift »India Today«, New Delhi. Insbesondere auf die Ausgaben Vol 8/4/83, Vol 8/5/83 und Vol 8/6/83
Statistical Abstract, India, 1977, Nr. 22
Hrsg. Central Statistical Organisation, Minister of Planning, Goverment India
New Delhi 1977
Le Monde Diplomatique, April 1983
Far Eastern Economic Review, 4/1980, 10/1983

USA/ISRAEL

Eine bedingungslose Allianz?

Auf seiner ersten Pressekonferenz als Präsident der Vereinigten Staaten sagte Ronald Reagan im Februar 1981 über den Status der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten: »Sie sind nicht illegal«. Gefragt, ob er »irgendeine Sympathie für die Palästinenser« habe, antwortete er damals mit einem entschiedenen »nein«.[1)]

Nur anderthalb Jahre später, im September 1982, äußerte sich Reagan folgendermaßen: »Die Palästinenser sind überzeugt, daß es bei ihrer Sache um mehr als nur um eine Flüchtlingsfrage geht. Ich stimme dem zu.«[2)] Wie sind diese gegeneinanderstehenden Aussagen zu verstehen?

Wie kommt es zu den besonderen Beziehungen zwischen Israel und den USA? Die Politik Israels ist eng verbunden mit den amerikanischen Interessen im Nahen Osten. Das galt schon für die Anfangsphase der amerikanisch-israelischen Beziehungen, die ihren Ursprung in der Zeit vor der Gründung des Staates Israel haben. Und es gilt bis hin zur heutigen Politik. Auch der Libanon-Krieg 1982 darf nicht nur im Licht israelischer Interessen gesehen werden, sondern er steht in engem Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Die Juden in den USA – lieber zu viel für Israel tun als zuwenig

Etwa 6 Mio Juden leben in den USA[3)], während es in Israel selber nur 3.3 Mio von insgesamt 4 Mio Einwohnern sind. Das bedeutet, daß in den Vereinigten Staaten fast ein Drittel aller Juden, und nahezu doppelt soviel wie in Israel selbst, leben. Zwar sind 6 Mio wenig, verglichen mit 216 Mio Amerikanern insgesamt, aber für die Nahost-Politik der USA spielen die Juden in Amerika eine weitaus gewichtigere Rolle als es das Zahlenverhältnis vermuten läßt. Denn einerseits bringen sie es bei Präsidentschaftswahlen durch ihre überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung auf knapp 6 % aller abgegebenen Stimmen; in den parteiinternen Vorwahlen ('primaries') sind nahezu 25 % der Stimmen jüdisch (New York: 50 %). Aber außerdem leben die meisten Juden konzentriert in wenigen großen Einzelstaaten, die bei Präsidentschaftswahlen stets den Ausschlag geben: New York (2.5 Mio jüdische Bürger gegenüber 18.4 Mio nichtjüdischer, also mehr als 13 %!), Kalifornien (0.7 Mio gegenüber 20.2 Mio) und Pennsylvenia (0.5 Mio gegenüber 12 Mio). Nur der Kandidat, der diese Staaten für sich gewinnt, kann siegen – und das ist schwierig ohne die Stimmen der jüdischen Bürger.
Das gilt erst recht für die Senatoren und Abgeordneten aus diesen Staaten. Juden schicken großzügige Spenden an die Politiker ihrer Gunst.
Vorwiegend gehören sie der (oberen) Mittelklasse an. In den intellektuellen Berufen ist eine jüdische Präsenz besonders ausgeprägt. Jeder vierte Professor an den großen Elite-Universitäten des Landes ist ein amerikanischer Jude. 80 % der jüdischen Jugendlichen gehen auf die höhere Schule – mehr als das Doppelte des amerikanischen Durchschnitts. Ihr soziales Spektrum ist trotzdem sehr breit. Auch wenn die meisten von ihnen den Anhängern der Demokratischen Partei zuzurechnen sind, treten sie doch nicht als geschlossener Stimmblock auf.

Nur wenn es um Israel geht, sind sie sich einig. Nichts reicht an die leidenschaftliche Loyalität heran, mit der die Amerikaner jüdischen Glaubens an ihrem wiedergewonnenen Heiligen Land hängen. Eine Loyalität, die aus religiösen Motiven, aus ethnischem Stolz und vor allem aus der Erinnerung an die Schrecken der Judenverfolgung entspringt. »Damals haben die Juden Amerikas viel zuwenig getan, um ihren Brüdern unter Hitlers Herrschaft zu helfen«, sagt Morris Amitay, der Chef der jüdischen Interessenvertretung in Washington AIPAC (Ausschuß für Angelegenheiten Israels). »Heute sind wir entschlossen, für den Staat Israel lieber zuviel zu tun als zuwenig.«

Die Juden Amerikas haben sich erst spät den Träumen Herzls vom Judenstaat in Palästina zugewandt. Zum ersten Zionistenkongreß von 1897 in Basel erschien ein einziger Delegierter aus den USA. Von 1920 bis 1948 (in 28 Jahren) flossen aus jüdisch-amerikanischen Spenden ganze 0.1 Mrd Dollar nach Jerusalem. Zwischen 1948 und 1968 dagegen (in 19 Jahren) waren es 1.3 Mrd! Selbst nach Israel zu gehen, daran denken allerdings nur sehr wenige der 6 Mio Juden Amerikas. Zwischen 1948 und 1968 wanderten nur rund 8800 nach Israel aus, von denen die Mehrheit wieder nach Amerika zurückkehrte. Da sie nicht daran dachten in Israel zu siedeln und zu kämpfen, beschimpfte sie einst Frau Golda Meïr als »Edel-Zionisten«. Gerade unter solchem psychologischen Druck fühlen sie sich um so stärker verpflichtet, die Brüder im Land ihrer Vorväter mit ihren Spenden und vor allem mit ihrem Einfluß zu unterstützen.



„Israel braucht Dich jetzt", Demonstration für Israel in den USA

Dabei machen sie geschickt von ihrer Meinungsmacht in den Medien Gebrauch. Die Vorstandsvorsitzenden der drei großen kommerziellen Fernsehgesellschaften (ABC, CBS, NBC) sind Juden. Die wohl einflußreichste Zeitung der Welt, die »New York Times«, ist seit Generationen in jüdischem Besitz.
Knapp 1 Mio sind Mitglieder zionistischer Organisationen, die innerhalb kürzester Zeit einen Wirbelsturm von Protesttelegrammen und Telefonanrufen auf den Kapitolhügel niedergehen lassen können.

Die pro-arabische Lobby

Während man vereinfachend die pro-israelische Lobby mit den Interessen des »militärisch-industriellen Komplexes« und der großen Medien identifizieren kann, sind es für die pro-arabische Lobby die der internationalen Ölgesellschaften, der Banken, Fluggesellschaften und der Schiffahrtindustrie. Beiden ist eines gemeinsam: sie wollen die strategischen und ökonomischen Interessen des amerikanischen Kapitals im Nahen Osten (Investitionen von ca. 1.6 Mrd Dollar) schützen. Sie unterscheiden sich jedoch in den *Mitteln*, mit denen sie zu diesem Ziel gelangen möchten. Für die israelische Lobby ist es ausschließlich oder vorwiegend Israel, das diese Interessen verteidigen kann. Die pro-arabische Lobby will verhindern, daß arabische Staaten durch die amerikanische Politik in die Arme der Sowjetunion getrieben werden. Besonders die erst 1972 gegründete »National Association of Arab Americans« (Nationale Vereinigung arabischer Amerikaner) hat sich bemüht, der 'einseitigen' Haltung der amerikanischen Regierung und Medien entgegenzuwirken und an die »wohlverstandenen« amerikanischen Interessen (gegen militärische Intervention im Nahen Osten, gegen »überhöhte« finanzielle Zuwendungen an Israel) zu appellieren. Die US-Ölkonzerne haben in den Jahren 1967 - 1976 ca. 9 Mio Dollar an arabische Gruppen in den Vereinigten Staaten gezahlt, um ein potentielles Gegenwicht zur mächtigen pro-israelischen Lobby zu bilden.

Historischer Rückblick: Die Entwicklung bis zur Gründung des Staates Israel 1948

Bis in die dreißiger Jahre spielen die USA eine untergeordnete Rolle im Nahen Osten. Das Schwergewicht der zionistischen Bemühungen lag auf Großbritannien, das 1917 in der »Balfour«-Deklaration die Errichtung eines »Nationalstaats für das jüdische Volk in Palästina« befürwortete, (ohne daß es die Rechte der nicht-jüdischen Gemeinschaften schmälern wollte.)
Der Machtantritt Hitlers in Deutschland 1933 veränderte die internationale Situation und führte zu verstärkter jüdischer Einwanderung nach Palästina. Zwischen 1932 und 1935 nahm die jüdische Einwanderung sprunghaft zu. Daraufhin vervielfältigte sich der palästinensische Widerstand, der sich schließlich in der Revolte 1936 - 39 vor allem gegen die britische Mandatsmacht richtete. Dies wiederum veranlaßte die Briten, Zugeständnisse gegenüber arabischen Forderungen zu machen. So wurde 1939 im »Weißbuch« eine Beschränkung der jüdischen Einwanderung und des jüdischen Bodenerwerbs verfügt. Außerdem unterstützten die Briten in der Zeit kurz vor dem Zweiten Weltkrieg stärker arabische Positionen, um zu verhindern, daß wichtige Kräfte der arabischen Welt in die Hände Hitlers und Mussolinis fielen.[5)]
Auf dieses araber-freundlichere Verhalten der Briten reagierte die jüdische Gemeinschaft Palästinas, die »Jischuw«, in zweierlei Weise. Erstens stützte sie sich mehr und mehr auf die »eigene Kraft«: Die illegale jüdische Einwanderung wurde organisiert und militärische Untergrund-



Schiff mit illegalen jüdischen Einwanderern nach Palästina

verbände wurden aufgestellt. Zweitens aber, und hier beginnt die Geburtphase der amerikanisch-israelischen Beziehungen, setzte die Jischuw außenpolitisch zunehmend auf die »amerikanische Karte«. Dabei gewinnt die propagandistische Vorarbeit der zionistischen Bewegung in den USA immer größere Bedeutung. 1945, als Hunderttausende jüdische Überlebende der Nazi-Konzentrationslager eine neue Heimat suchten, gelang es den zionistischen Organisationen, für die Forderung »100 000 jüdische Flüchtlinge nach Palästina« soviel Sympathie in der amerikanischen Öffentlichkeit zu erlangen, daß sich Präsident Truman veranlaßt sah, tatsächlich diese Forderung an Großbritannien zu stellen.
Wichtig dabei ist, daß die zionistischen Organisationen in dieser Situation darauf achteten, daß nicht durch eine Überbetonung der aktuellen Notlage der jüdischen Flüchtlinge, ihre Forderung nach einem jüdischen Staat in Vergessenheit geriet. Im einflußreichen »American Zionist Emergency Council« (»Nothilfe-Rat amerikanischer Zionisten«) äußerte Rabbi Abba Hillel Silver, daß die bisherige Propagierung der Dringlichkeit der zionistischen Forderungen nach einer Öffnung Palästinas »angesichts der schreienden Not so vieler hilfloser Flüchtlinge« gute Dienste geleistet habe, daß diese Propaganda aber wie ein Bumerang zurückzuwirken beginne. Die Überbetonung der Flüchtlingsfrage habe den Gegnern des Zionismus die Gelegenheit verschafft, dazu aufzufordern, die unmittelbare Not der Unglücklichen zu beheben und alle Politik zu vergessen, was sich gegen die Forderung nach einem (jüdischen) Staat kehren müßte.[6)] Das heißt also: Die zionistischen Organisationen bestanden auf einer Koppelung von Flüchtlingsfrage und der Forderung nach einem jüdischen Staat in Palästina.

Während der Kriegs- und Nachkriegsjahre stimmten die zionistischen Bestrebungen nicht unmittelbar mit den Interessen der amerikanischen Administration überein. Sowohl Roosevelt als auch Truman hatten zwar Sympathien für die Juden, aber auch erhebliche Bedenken gegen einen jüdi-

schen Staat in Palästina, sofern dieser nicht mit friedlichen Mitteln errichtet werden könnte. So stimmten die USA im November 1947 zwar dem vom UNO-Spezialkomitee vorgeschlagenen Teilungsplan Palästinas zu. Doch nur 3 Monate später, im Januar 1948, befand der von George F. Kennan geführte politische Planungsstab die Teilung für »undurchführbar«, da sie zum Krieg führen werde; sowjetische Truppen könnten intervenieren und die USA zum gleichen Schritt zwingen. Der arabische Widerstand gegen die Zionisten könnte sich auf den gesamten Westen ausdehnen.[7] Selbst zum Zeitpunkt der Proklamation des Staates Israel am 15.5.1948 waren die USA in ihrer Haltung Israel gegenüber unentschlossen: Zwar wurde der neue Staat sofort durch die USA diplomatisch anerkannt. Gleichwohl aber waren die Amerikaner nicht gewillt, offiziell Waffen zu liefern. Im Gegenteil, das seit der Jahreswende 47/48 bestehende Waffenembargo über den gesamten Nahen Osten wurde aufrechterhalten. Immer noch waren die USA besorgt, daß die Sowjetunion in Israel Fuß fassen könnte. (Eine Zeitlang gab es sogar Befürchtungen, daß die Rote Armee zugunsten der jüdischen Seite intervenieren könnte!)

Die Sowjetunion hatte ihrerseits den neuen Staat Israel auch praktisch sofort, nämlich 3 Tage nach der Unabhängigkeitserklärung, anerkannt und hatte - im Gegensatz zu den USA - militärische Unterstützung geleistet. Zusätzlich wurden in den USA illegal Waffen aufgekauft und nach Israel geschmuggelt. So konnten die Zionisten den Krieg gegen die arabischen Armeen, die aufgrund der Unabhängigkeitserklärung Israels aufmarschierten, siegreich durchstehen.
Nach diesem Sieg allerdings gaben die USA endgültig ihre zögernde Haltung gegenüber Israel auf. Israel war ein Faktum geworden - nun ging es darum, mit diesem Faktum so »umzugehen«, daß die globalen amerikanischen Interessen gewährleistet blieben.

Das Dilemma

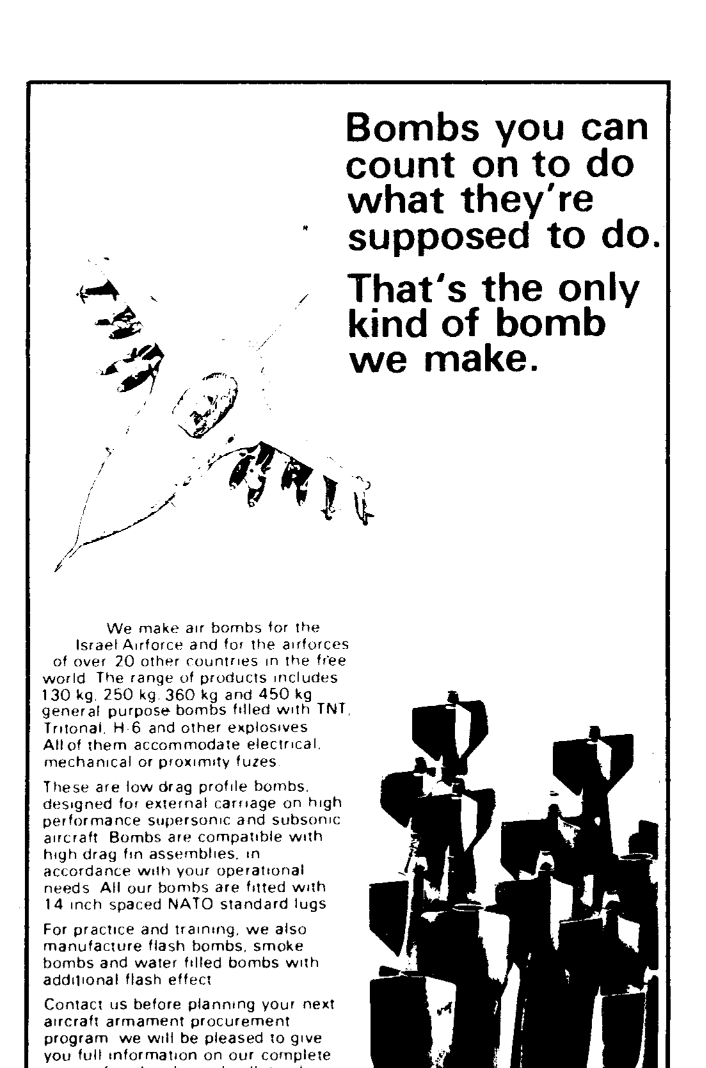
Schon in dem bisher Gesagten und auch im folgenden wird sich immer wieder der fundamentale Widerspruch zeigen, in den sich die Politik der Hegemonialmacht USA im Nahen Osten verstrickt: Einerseits verspricht eine Unterstützung Israels *Vorteile*
- aus innenpolitischen Gründen (einflußreiche jüdische Bevölkerung der USA)
- aus »ideologischen« Gründen (Eindämmung der Einflußsphäre der Sowjetunion)
- aus militärstrategischen Gründen.

Andererseits bringt eine Unterstützung Israels politische Konflikte mit der arabischen Welt mit sich.
Dadurch wird sowohl der Zugang zu den wirtschaftlich wichtigen Ölquellen im Nahen Osten gefährdet, und es werden die allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen mit den aufgrund des Öls finanzstarken arabischen Ländern behindert.
Vor diesem Hintergrund soll nun die Entwicklung der amerikanisch-israelischen Beziehungen betrachtet werden.

1948 - 1967: Israel wird langsam als militärischer Stützpunkt der USA aufgebaut

Von Anfang an schätzten die Planer im Pentagon Israels strategische Lage in der Nähe der Ölfelder des Nahen Ostens. Aber zunächst war nicht vorgesehen, Israel als festen amerikanischen Militärstützpunkt auszubauen. So heißt es 1949 in einem Kurzbericht »Strategische Interessen der USA in Israel« des National Security Council (Nationalen Sicherheitsrats): *»Es ist wenig wahrscheinlich, daß Israel jetzt oder in naher Zukunft ein wichtiger Stützpunkt wird, da das Land keine Einrichtungen besitzt, um große Militäreinheiten oder militärische Einrichtungen aufnehmen zu können. Außerdem gibt es wenig Gründe für die westlichen Demokratien, in Israel größere militärische Basen aufzubauen, weil es die höher entwickelte und leichter zugängliche Kairo-Suez-Region gibt ... (Dort befand sich während des Zweiten Weltkriegs das Hauptversorgungszentrum der alliierten Streitkräfte für den Nahen Osten Anm. d. A.). Es gibt jedoch in Israel einen guten, wenn auch kleinen künstlichen Hafen in Haifa und ein exzellentes, allerdings begrenztes System von gut ausgebauten Flughäfen und Luftstützpunkten. In unseren Händen wären diese Luftstützpunkte höchst nützlich, um die Kommunikationsverbindungen zwischen der UdSSR und den Ölquellen des Nahen Ostens mit Flugzeugen mittlerer und kurzer Reichweite zu unterbinden.«*[8]

Daß Israel dann doch zum Militärstützpunkt ausgebaut wurde, lag daran, daß die anfänglichen Bemühungen der USA und Großbritanniens, die arabischen Länder in ein



Bomben, auf die Sie zählen können, sie tun, was sie tun sollen. Nur solche Bomben stellen wir her. (Israelische Anzeige in einem US-Militärmagazin)

westliches Militärbündnis zu integrieren, scheiterten. Ägypten erhielt unter Gamal Abdel Nasser erhebliche sowjetische Unterstützung. Trotzdem waren die USA selbst noch 1955, als Ägypten Waffen aus der Sowjetunion geliefert bekam, nicht bereit, Israel »kompensatorisch« mit Waffen zu versorgen. Die militärischen Bedürfnisse der USA waren durch die anderen bestehenden Stützpunkte - hauptsächlich im Iran und in Äthiopien - und durch die unangefochtene Vorherrschaft der Sechsten Flotte im Mittelmeer ausreichend gesichert. So kommt es, daß in der Zeit zwischen 1956 und dem Sechs-Tage-Krieg 1967 Israels wichtigster Waffenlieferant nicht etwa die USA, sondern Frankreich war.
Aber nach der Annäherung Nassers an die Sowjetunion ging es den USA immer stärker um die Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses, und sie baute nun engere Beziehungen zu Israel (und zu den konservativen arabischen Staaten wie Saudi Arabien) auf. Dabei gab auch Washington seine frühere Zurückhaltung auf, hochentwickelte Waffensysteme an Israel zu liefern.
Präsident Kennedy billigte 1963 den Verkauf von Hawk-Luftabwehrraketen und 1965 genehmigte Präsident Johnson den Verkauf von A-4-Skyhawk-Bombern.[9)]

Sechs-Tage-Krieg 1967: Die USA setzen von jetzt ab voll auf den militärischen Sieger Israel

Erst der Sieg der israelischen Armee im Sechs-Tage-Krieg über die Armeen Ägyptens, Syriens und Jordaniens brachte den richtigen »Durchbruch« für Israel als wichtigen, und - für die folgenden etwa 10 Jahre - als *den* Stützpunkt der USA. Bei dem militärischen Sieg hatte sich die Armee Israels eindrucksvoll als schlagkräftige und gut funktionierende Maschinerie erwiesen und war damit endgültig zu einem Machtfaktor im Nahen Osten geworden, an dem in dieser Region niemand vorbeikonnte. Genau das brauchten die USA. Daher unterstützten sie Israel von jetzt ab vorbehaltlos. Sie hatten an einem militärisch starken Israel Interesse, um den sowjetischen Einfluß in der Region nachhaltig zurückzudrängen. Sie unterstützten deshalb auch die israelische Politik, an den besetzten Gebieten (Sinai-Halbinsel, Gaza-Streifen, Westbank, Golan-Höhen) festzuhalten, um sie als »Karte« im diplomatischen Spiel zu verwenden. Erstmals erreichte Israel eine nahezu vollkommene Übereinstimmung seiner und der amerikanischen Interessen.

Nach 1967: Eskalation der US-Waffenverkäufe an Israel

Das amerikanische Interesse an einem militärisch starken Israel nach 1967 fand seinen Ausdruck in einer Aufrüstung Israels, die in beängstigendem Maße eskalierte. 1968 wurde der Verkauf von 50 F-4-Phantom-Jagdbombern an Israel beschlossen. Es war der erste Verkauf dieser Art an ein Land, das nicht Mitglied der Nato ist. Während in den Jahren 1968 - 1970 die Waffenlieferungen der USA an Israel noch 140 Millionen US-Dollar betrugen, *verzehnfachten* sie sich in den Jahren 1971 - 73; sie stiegen auf 120 Mrd US Dollar. Unter Nixon wurden die US-Waffenverkäufe an Israel nicht nur drastisch ausgeweitet, sondern es änderte sich auch die Struktur dieser Waffenverkäufe: Früher waren alle Transaktionen direkte Barverkäufe. Jetzt stellte Washington erhebliche Kredite zur Verfügung, ohne die es für Israel nicht möglich gewesen wäre, sich neue Waffenlieferungen in diesem Umfang zu leisten. Im August 1971 stimmte die amerikanische Administration zu, Israel eine sog. »cash flow«-Finanzierung zum Kauf komplizierter militärischer Ausrüstung zu bewilligen.



Arbeiterinnen in der israelischen Luftfahrtindustrie

Dabei wird angenommen, daß auch in zukünftigen Jahren automatisch hohe Kredite an das Käuferland vergeben werden. Kritische, jährlich erneute Entscheidungsfindungen im Käuferland, beispielsweise für ein bestimmtes Waffensystem, werden dadurch sehr effektiv unterlaufen. Große Waffensysteme haben normalerweise eine Entwicklungszeit von mehreren Jahren vor der Auslieferung, wobei die Zahlungen über diese Periode verteilt werden. Normalerweise fordert die USA, daß der Käufer die gesamten Kosten für einen bestimmten Kauf sofort bei der Bestellung zur Seite legt. Unter dem für Israel genehmigten cash flow-System muß nur der für das laufende Finanzjahr benötigte Betrag verfügbar sein. Somit wird für die volle Bezahlung von vornherein angenommen, daß der US-Kongress in den folgenden Jahren Kredite in ausreichender Höhe bewilligen wird. Auf diese Weise ist in das Waffengeschäft ein gewisser Automatismus in Richtung immer größerer Waffenverkäufe eingebaut worden.

Israel als Waffenproduzent

Darüberhinaus unterzeichneten die USA im November 1971 ein Abkommen, in dem Israel technische Informationen und Hilfestellungen an die Hand geliefert wurden, die es ihm ermöglichten, selbst zum Produzenten hochentwickelter Waffen zu werden. Das Abkommen brachte wichtige ökonomische Vorteile und nicht zuletzt auch aufgrund dieses Abkommens plaziert Israel heute auf dem fünften Platz im internationalen Waffenhandel. In einem 1982 veröffentlichten Bericht »Israels Waffenexporte« des amerikanisch-arabischen Ausschusses heißt es, seit Mitte der 70er Jahre hätten sich die Einnahmen aus israelischen Waffenverkäufen (- übrigens auch an die Nato -) jährlich verdoppelt und hätten 1981 1,3 Mrd Dollar erreicht. Das mache rund 40 % der Gesamteinnahmen aus Exporten des Landes aus.[10)]
Außer der »Israel Aircraft Industries«-Gruppe, die mit fast 20.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber des Landes ist, dem »Israel Military Industries«-Konzern, der mit 15.000 der zweitgrößte ist und »Rafael«, wo 1.500 Wissenschaftler und Ingenieure tätig sind, gibt es in Israel hunderte von weiteren Firmen, die sich auf dem Rüstungssektor betätigen. In Fachzeitschriften preist die israelische Rüstungsindustrie ihre Kriegsgeräte an: *»Sie sind entworfen und hergestellt von den Männern, die sie auch benutzen.«* [11)]

Für die Rüstungsindustrie bringen Israels Kriege wertvolle militärische Erkenntnisse. Nach dem Libanonkrieg 1982 z. B. versuchte Israel ein »Geschäft« mit dem amerikanischen Verteidigungsministerium zu machen. Besonders interessant für die amerikanische Luftwaffe und amerikanische Flugzeughersteller wären die Daten der Luftkämpfe über Libanon und Syrien gewesen, in denen die F-15 und F-16 der israelischen Luftwaffe krass dominierten. Außerdem forderte das Pentagon Zugang zu den erbeuteten sowjetischen Waffen. Allerdings stellte Israel dafür Bedingungen, die US-Verteidigungsminister Weinberger als Erpressungsversuche empfand. (NZZ, 23. 2. 83)
Israel ist im Besitz von angeblich 200 nuklearen Sprengköpfe und ist damit auch ganz offen auf Abschreckung aus - die »Bombe im Schaufenster«. Innerhalb der Region hält Israel sein atomares Monopol mit der Drohung aufrecht, mit allen nur erdenklichen Mitteln zu verhindern, daß die arabischen Staaten ihrerseits Nuklearwaffen produzieren oder kaufen. (Angriff Israels auf den irakischen Atomreaktor in Baghdad im Sommer 1981) (TAZ 23. 6. 82)

Jom Kippur-Krieg 1973: Das Öl als arabische Waffe

Der Krieg selbst demonstrierte noch die enge, vor allem militärische Allianz USA-Israel. Hauptsächlich die Entwicklungen nach dem Krieg aber, nämlich die Benutzung des Öls als Waffe in den Händen der arabischen Länder, zeigte wieder einmal, daß amerikanische und israelische Interessen im Nahen Osten nicht identisch sind.
Für die USA und besonders für ihre Verbündeten in Europa und Japan und damit für das gesamte westliche Wirtschaftssystem ist das Öl der arabischen Staaten lebenswichtig und eine Unterstützung Israels geht nur soweit, wie es diese lebenswichtigen Interessen nicht gefährdet. Deshalb hatten die USA nun - ganz im Gegensatz zu Israel - mehr Interessse an einer generellen Lösung der Nah-Ost-Probleme und der Palästinenserfrage. Daher reichte den USA Israel als alleiniger Stützpunkt nicht aus: die Verbindungen zu den gemäßigten arabischen Staaten mußten verbessert werden. Die USA versuchten sowohl zu Israel als auch zu den konservativen arabischen Ländern und zu Ägypten freundschaftliche Beziehungen aufzubauen. Sie drängten Israel zu Verhandlungen, hauptsächlich mit Ägypten, zumal dort Sadat die Regierung nach Nassers Tod übernommen hatte. Er hatte 1972 die sowjetischen Militärberater samt und sonders nach Hause geschickt und die sowjetischen Militärbasen in Ägypten geschlossen.

Zunächst durch Kissinger (unter Nixon) und ab 1976 unter Carter wurde Israels Verhandlungswille dabei regelrecht durch das Versprechen erhöhter Waffenlieferungen an Israel erkauft. (Das Sinai-Abkommen allein beinhaltet Waffenlieferungen in Höhe von 2 Mrd Dollar). Gegenüber der Zeitspanne 1971-1973 hatten sich die Waffenverkäufe 1975-76 mit 4.5 Mrd Dollar verdreifacht, und sie stiegen 1977-79 auf 5.2 Mrd Dollar.[12)]
Die Tatsache, daß die USA während dieser Zeit dazu übergingen, auch die konservativen arabischen Länder und Ägypten mit Waffen zu beliefern, trug ebenfalls dazu bei, daß die Waffenlieferungen anstiegen. Denn jeder getätigte Waffenverkauf an ein arabisches Land war gleichzeitig ein Argument für einen zusätzlichen Waffenverkauf an Israel. Aber die Entwicklungen nach dem Jom Kippur-Krieg machten auch deutlich, daß die USA durch Waffenlieferungen allein keine Politik machen konnten, die ihre wirtschaftlichen Interessen ausreichend schützen konnten. Zum einen mußte der Zugang zum arabischen Öl, das für Europa und Japan noch wichtiger ist als für die USA selbst, gesichert werden. Zum zweiten aber mußten die nun an Öldollar reichen arabischen Staaten als Handelspartner gewonnen werden. Durch die Ölpreiserhöhungen waren die Handels- und Zahlungsbilanzen der westlichen Industrienationen negativ geworden. Sie hatten deshalb ein besonderes Interesse daran, gerade mit den arabischen Ländern stärker ins Geschäft zu kommen. Dementsprechend übten sie auch einen gewissen Druck auf die USA aus, nicht weiterhin vorbehaltslos und einseitig Israel im Nahen Osten zu unterstützen.
Zudem hatte sich gezeigt, daß die einseitige enorme Aufrüstung ihres politischen Schützlings Israel nicht zur - für die USA notwendigen - Ruhe im Nahen Osten geführt hatte, denn Ägypten und Syrien hatten Israel, ungeachtet dessen militärischer Überlegenheit, im Jom Kippur-Krieg angegriffen. Dies und ein zweites Ereignis, nämlich die Revolution im Iran, führten dazu, daß die USA militärstrategisch zu einem anderen Konzept übergingen, um ihre wirtschaftlichen und politischen Ziele besser verfolgen zu können: die »Schnelle Eingreiftruppe« wurde kreiert.
Sie besteht aus einem mehr als 200.000 Personen umfassenden »Reservoir« aus Einheiten und Verbänden von Heer, Marine und Luftwaffe. Zusätzliche 100.000 Reservisten sollen für Transport und Nachschubeinheiten mobilisiert werden können, ohne daß der Ausnahmezustand erklärt oder der Kongreß angerufen werden müßte. Die Verbände sind von einem neugegründeten Ober-

kommando abrufbar und nach dem »Baukastenprinzip« zu »Truppenpaketen« zusammensetzbar, sodaß ein auf die jeweilige Bedrohung zugeschneidertes Militärpotential eingesetzt werden kann.[13]

Der Sturz des von Amerika hochgerüsteten Schah von Persien durch den islamischen Religionsführer Ayatollah Khomeini hatte gezeigt, wie verwundbar die arabischen Staaten gegen Rebellionen von innen her waren. Die Besetzung der großen Moschee in Mekka und die Aufstände in den Ostprovinzen Saudi Arabiens zeigten diese Gefahr noch einmal überdeutlich. Die USA zogen daraus die Konsequenz und gingen mit der Aufstellung der Schnellen Eingreiftruppe dazu über, ihre eigene militärische Potenz wieder mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Die damit verbundene partielle Loslösung von Israel als dem einzigen strategischen Posten der USA brachte politischen Spielraum, den Carter für das Friedensabkommen von Camp David 1979 nutzte.[14]

Libanon-Krieg 1982

Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen und der Übergang von Carter zu Reagan brachte noch einmal eine Veränderung in der amerikanischen Nahost-Politik, die nicht unerheblich war für das Zustandekommen des Libanon-Kriegs. Reagans politische Basis besteht aus Fraktionen des Kapitals im Süden und Westen der USA und schließt Wirtschaftskreise mit starken Verbindungen zum Nahost-Markt ein (Elektroindustrie, Öl- und andere Rohstoffexploration, Bauindustrie). Diese Fraktionen sind gleichzeitig eng verschmolzen mit Teilen der Rüstungsindustrie. Dies verlieh der Politik Reagans den speziellen Enthusiasmus für Aufrüstung und Waffenexporte, die neben den Haushaltskürzungen im sozialen Bereich als die zweite Hälfte seines Programms für den erhofften Wirtschaftsaufschwung des in der Krise steckenden Amerika bezeichnet wurde.

Während die Carter-Administration - wenn auch halbherzig und ohne Nachdruck, oft nur verbal - das Recht der Palästinenser in Palästina anerkannt hatte, spielte das Schicksal der Westbank und des Gazastreifens keine Rolle mehr in den global-politischen, von Kalter-Krieger-Militanz gekennzeichneten Überlegungen Ronald Reagans und besonders seines ersten Staatssekretärs Alexander Haig: An die Stelle der Menschenrechte in Carters Politik müsse die Bekämpfung des internationalen Terrorismus treten. Die Sowjetunion fördere diesen Terrorismus durch Ausbildung von »Elementen der PLO«. Laut und vernehmlich trompeteten sie ihr simples politisches Glaubensbekenntnis heraus, daß politische Ordnung auf militärischer Stärke beruhe und daß Freunde belohnt und Feinde bestraft werden müssen.[1]

Menachem Begin meinte - aus seiner Sicht der Dinge - seine eigenen Worte aus Washington zu vernehmen. Außerdem wehrte er sich gegen die Tatsache, daß Israel seine Rolle als alleiniger Stützposten Amerikas im Nahen Osten verloren hatte. Sein fester Wille, sich nicht damit zufrieden zu geben, »nur« die erste Geige in einem Orchester amerikanischer Politik im Nahen Osten spielen zu müssen, zeigte sich zunächst in der Zerstörung des irakischen Atomreaktors in Baghdad (Juni 1981) und kam durch die Bombardierung Beiruts 1981 (300 Tote) und schließlich durch die Annexion der Golan-Höhen im Dezember 1981 weiter zum Ausdruck.[15] Jedes Mal gab es höchstens verbal einen Einspruch Amerikas, die Unterstützung Israels wurde nie in Frage gestellt.

In der Tat blieb auch nennenswerter Einspruch aus, als Begin (im Juni 1982) über 100.000 Soldaten in den groß angelegten, alle Waffengattungen umfassenden Libanonfeldzug schickte, um die PLO politisch und militärisch zu vernichten.[16] Nach dem Krieg rechnete Menachem Begin dann vor, »daß die Libanon-Invasion »20.000 Terroristen« das Handwerk gelegt habe; er sprach von 9.000 Gefangenen, 2.000 bis 3.000 Toten, 7.000 bis 9.000 Evakuierten. Und dann verkündete er: *»Weil die arabischen Länder völlig unfähig sind, den Staat Israel anzugreifen, können wir getrost einer Ära des Friedens entgegensehen.«*[17] - Frieden à la Begin.

Offizielle amerikanische Stellungnahmen unterscheiden sich wohl von Begins Sichtweise, aber eine gewisse - seltsam anmutende - Euphorie ist den Worten z. B. Henry Kissingers schon anzuhören, wenn er sagt, daß Israel zwar amerikanische Waffenstillstandsgebote mißachtet hätte, doch falle dies Verhalten *»mit dem Interesse eines Friedensprozesses im Nahen Osten zusammen«. Der Krieg »eröffnet fabelhafte Gelegenheiten für eine dynamische Diplomatie im gesamten Nahen Osten, vorausgesetzt, Amerika führt mit Entschiedenheit und Phantasie.«* (Zeit 25.6.82)

Man kann davon ausgehen, daß Washington - trotz gegenteiliger Beteuerungen Reagans - in die Pläne Begins eingeweiht war (siehe Kasten »Mitwisser Washington«).

Mitwisser Washington

In Werner Höfers Frühschoppen hört man immer interessante Meinungen, aber es passiert selten, daß man ganz neue Informationen oder gar Geheimnisse erfährt. Am letzten Sonntag jedoch verhalf der israelische Teilnehmer, der Ex-Diplomat Gideon Rafael, von 1967 bis 1971 Generaldirektor im israelischen Außenministerium, zu diesem seltenen Vergnügen.

* * *

Rafael: Ich gebe zu, daß im Moment ein Tief die Beziehungen zwischen Israel und Amerika beherrscht, verursacht durch transatlantischen Hochdruck. Doch glaube ich, wenn die Niederschläge in Beirut und Libanon aufhören, dann wird sich das Wetter wieder aufhellen. Denn im Grunde, was sich im Libanon abspielt, das ist ja nicht nur ein Kampf von Israel gegen seine schärfsten Widersacher, die PLO, sondern das ist ja doch eine Aufgabe, die Amerika gebilligt hat: das Terroristenzentrum im Libanon zu eliminieren. Und, so denke ich, wird es die Befreiung Libanons von der beherrschenden Besetzung der Arafat-PLO-Truppen sein.
Höfer: Das war was Ungeheuerliches, was Sie gerade gesagt haben, Herr Rafael - und es war offenbar die Wahrheit.
Whitney: Können Sie uns bestätigen, daß die allerersten Schritte, die Ihre Armee Richtung Norden getan hat, bereits mit Amerika abgestimmt und von Amerika abgesegnet waren? Das wäre neu.
Rafael: Ich glaube nicht, daß Amerika vollkommen unwissend war, was die Pläne waren. Es ist, glaube ich, kein Geheimnis, daß diese Pläne von Scharon schon im Januar Habib mitgeteilt wurden.
Whitney: Pläne, Beirut zu belagern, oder nur die Grenze zu überschreiten?
Rafael: Die Pläne, bis nach Beirut zu kommen, waren nicht unbekannt. Das heißt nicht: »Was ich weiß, das billige ich«, aber Scharon hat es selbst gehört, er war im Mai in Amerika und hat es noch einmal ganz klargemacht, daß dies eine unhaltbare Situation ist.

* * *

Diese Mitteilung erklärt denn auch, warum die Amerikaner bei allen Beschlüssen des Sicherheitsrats, die den Abzug der israelischen Truppen forderten, ein Veto einlegten oder sich der Stimme enthielten und warum der Präsident so spät mit der Faust auf den Tisch schlug.
(Zeit, 20.8.82)

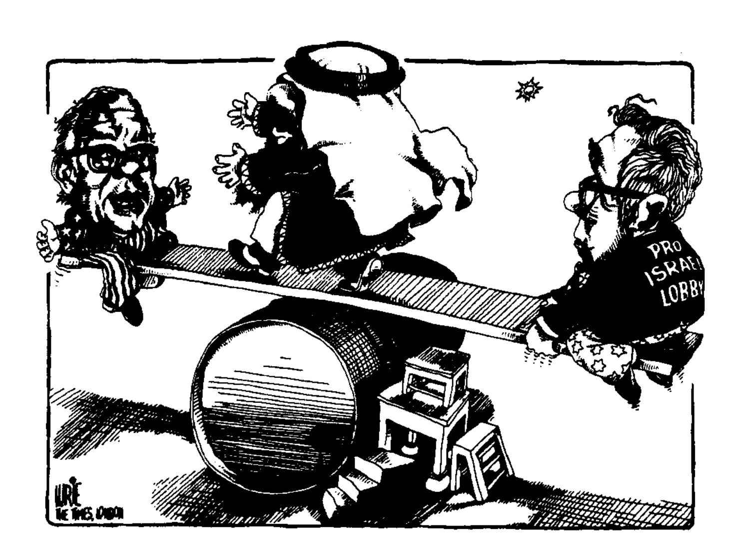
Es ist außerdem offensichtlich, daß die Ergebnisse der militärischen Gewaltaktion Israels, nachdem sie nun einmal durchgeführt war, (ohne im übrigen starke direkte Konflikte mit den arabischen Staaten ausgelöst zu haben) auch im amerikanischen Interesse stehen. Und wenn auch vage Andeutungen gemacht wurden, so kamen in Washington doch nie ernsthafte Gedanken auf, Israel wirklich unter Druck zu setzen, etwa durch eine Kürzung der Zuschüsse für die israelische Staatskasse. Diese Zuschüsse haben mittlerweile eine Höhe von jährlich 2.5 Mrd Dollar erreicht.

Bei einem Bruttosozialprodukt Israels von 16 Mrd Dollar (1979) ist das ein dicker Brocken und die Androhung der Streichung dieser Zuschüsse wäre sehr wohl ein starkes Druckmittel der Amerikaner. Zumal sich die israelische Wirtschaft nur durch diese US-hilfe noch über Wasser halten kann. Das Handelsbilanzdefizit beträgt 3 Mrd Dollar, das Zahlungsbilanzdefizit 4.9 Mrd und mit 131 % hat Israel hinter Argentinien zur Zeit die zweithöchste Inflationsrate der Welt. Israels Wirtschaftsaussichten sind nicht rosig, zumal das Budget für 83/84 unter der Annahme einer wohl kaum zu erreichenden Inflationsrate von 90 % berechnet wurde. (Financial Times, 18.1.83)
In dieser Lage kommen den Zuschüssen eine noch größere Bedeutung zu. Zusätzlich zu den staatlichen Geldern fließen jährlich im Durchschnitt 0.5 Mrd Dollar an privaten Spenden aus den USA nach Israel. Im Kriegsjahr 1973 waren es sogar 1.8 Mrd. Der amerikanische Staatshaushalt leistet auch hier einen gewissen Beitrag, denn entsprechend der US-Finanzgesetze machen Spenden für Wohltätigkeit, wirtschaftliche Unterstützung, Kultur etc. bis zu 50 % des Einkommens steuerfrei! Eine Streichung dieser Abzugsmöglichkeit würde die Spendenfreudigkeit gewiß erheblich dämpfen.

Auch nach dem Libanonkrieg unterstützen die großen jüdischen Organisationen tat- und sammelkräftig den Staat Israel und helfen mit, den Krieg zu finanzieren. Israels damaliger Verteidigungsminister Scharon vermochte Ende August 1982 mehr als 50 Mio Dollar Wirtschaftshilfe allein mit seinen zwei Auftritten in New York und Washington zu sammeln.

Aber im Gegensatz zu früheren Kriegen wurde selbst in der jüdischen Gemeinschaft Amerikas Proteststimmen gegen den brutalen Vernichtungsfeldzug Begins laut. Dabei spielte die ausführliche Berichterstattung in den Medien über das Elend der zivilen Opfer und über das Verwenden von ausdrücklich zur Verteidigung vorgesehenen Waffen eine wichtige Rolle. Besonders aber brachten die Berichte über die israelische Mitverantwortung an den Massakern christlicher Milizen in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatilla im September 82 die Regierung Begins auch in der amerikanischen Öffentlichkeit in große Schwierigkeiten. In den Tageszeitungen, auch in der pro-israelischen New York Times, erschienen zum Teil ganzseitige Anzeigen (20.000 Dollar!) und Inserate mit langen Listen prominenter jüdischer Amerikaner, die sich gegen die Beginsche Politik im Libanon aussprachen. (TAZ 10.8.82)

Reagan traf schon sehr bald erste Maßnahmen, um in eine nun zu erwartende neue Phase gesteigerter diplomatischer Aktivitäten einzutreten. Der bedingungslos Israel unterstützende Erste Staatssekretär Haig wurde gefeuert und durch George Shultz ersetzt. Der ehemalige Chef des Bechtel-Bankkonzerns, der in Saudi-Arabien Milliarden-Projekte verfolgt, hatte noch nach Reagans Wahlsieg die dezidierte pro-israelische Haltung der neuen Administra-



Mit der Ernennung von G. Shultz zum neuen Ersten Staatssekretär der USA gewinnt die Pro-arabische Lobby mehr Einfluß.

tion kritisiert. Aber es ist eben kein Widerspruch, sondern geradezu folgerichtig innerhalb des schon erwähnten Grundwiderspruchs amerikanischer Nah-Ost-Politik, wenn Ronald Reagan nun einen neuen Friedensplan für den Nahen Osten vorlegt (»Camp David plus«), der - zumindest gemessen an Reagans früheren Äußerungen - leichte Zugeständnisse gegenüber arabischen Positionen macht und den palästinensischen Kern des Problems wieder etwas mehr in den Mittelpunkt rückt; Reagan: *»Der Abzug aus Beirut dramatisiert die Heimatlosigkeit des palästinensischen Volkes. Die Palästinenser sind überzeugt, daß es bei ihrer Sache um mehr als nur um eine Flüchtlingsfrage geht. Ich stimme dem zu.«* [18] ... soweit und solange es amerikanische Interessen im Nahen Osten dienlich ist.

mr

Anmerkungen

1) Merip Reports, May 1982, S. 7
2) Zeit, 10.9.82
3) Die Angaben zu den beiden folgenden Kapiteln wurden entnommen aus John Bunzl, Die Vereinigten Staaten, Israel und Südafrika, Wilhelm Braumüller Verlagsbuchhandlung, Wien, 1981, dem SPIEGEL 7/74 und 34/80 und Stern vom 16.2.78
4) vgl. dazu H. Mejcher/A. Schölch (Hg.), Die Palästina-Frage 1917-1948, Paderborn: Schöningh, 1981, S. 182 ff
5) vgl. dazu John Bunzl (Hg.), Der Nahostkonflikt, Wilhelm Braumüller Verlag, Wien, 1981, S. 193 ff
6) Mejcher, a.a.O. S. 209
7) Bunzl, a.a.O. S. 194
8) Merip Reports, a.a.O. S. 4
9) Diese und alle weiteren Angaben der beiden folgenden Kapitel sind dem Artikel in Merip Reports, a.a.O. S. 4 entnommen.
10) FR, 16.10.82. Siehe auch blätter des iz3w Nr. 107, Kasten auf S. 22
11) SZ, 21.1.83
12) Merip Reports, a.a.O. S. 5
13) zur Schnellen Eingreiftruppe siehe die ausführlichen Artikel in blätter des iz3w Nr. 105
14) zum Inhalt des Camp David Abkommens siehe blätter des iz3w Nr. 107, S. 34 ff
15) zu diesen drei Ereignissen siehe blätter des iz3w Nr. 94, 96 und 99
16) zum Libanonfeldzug siehe blätter des iz3w Nr. 102 und 104
17) Zeit 10.9.82
18) Zeit 10.9.82



Bewaffnete Banditen oder Widerstandskämpfer ?

Seit vielen Jahren gibt es in Mosambik eine regierungsfeindliche Guerillabewegung: die „Nationale Widerstandsbewegung Mosambiks" (RNM). Lange Zeit hat man diese Organisation nicht sonderlich ernst genommen. Ohne großen Rückhalt in der Bevölkerung und abhängig von Rhodesien und Südafrika, schien es nur eine Frage der Zeit, bis diese Organisation von der Bildfläche verschwinde. Diese Hoffnungen haben sich jedoch nicht erfüllt. Die RNM konnte inzwischen ihre Aktivitäten sogar erheblich ausdehnen, sodaß sie für das Land zu einer ernsthaften Belastung geworden ist. Immerhin ist heute mehr als ein Drittel des Landes von den Auseinandersetzungen mit der RNM betroffen. Ein willkommener Anlaß für die konservative Auslandspresse. Die 'Welt', die sonst kaum lobende Worte für Widerstandsbewegungen findet, vergleicht die RNM (4.1.83) gar mit dem Aufstand deutscher Bauern im 16. Jahrhundert. Sie sieht in der 'Widerstandsbewegung' einen „Verzweiflungsaufstand" der mosambikanischen Bauern gegen die „kommunistische Politikerschicht des Landes und ihre Truppen". Um dieser einseitigen und verfälschten Berichterstattung entgegenzutreten hat nun der 'Koordinierungskreis Mosambik' in Bielefeld eine kleine Broschüre veröffentlicht.

> Mosambik – Bewaffnete Banditen oder Widerstandskämpfer?
> Fakten, Hintergründe und Analysen zur RNM.
> Hg.: Koordinierungskreis Mosambik
> Bielefeld, 1983, 44 S., DM 3,– plus Porto
> Bezug: Laden im Dritte Welt Haus / August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1

Der Koordinierungskreis will damit Antwort geben auf Fragen nach den historischen Ursprüngen der MNR, deren sozialen Basis, Motive und politischen Zielen- um nur einige zu nennen.

Die mit vielen Bildern und zwei Landkarten versehene Broschüre enthält fünf Beiträge; drei davon sind dem Informationsbulletin der 'Agencia de Informacao de Mocambique' entnommen, jeweils ein Beitrag dem 'Guardian' und der 'Africa Confidential'. Die 'Nationale Widerstandsbewegung Mosambiks' – so die Broschüre – wurde 1976 vom rhodesischen Geheimdienst gegründet – hauptsächlich mit dem Ziel, die verschiedenen ZANU-Basen in Mosambik ausfindig zu machen. Als Zimbabwe 1980 unabhängig wurde, übernahm der südafrikanische Geheimdienst die „Bewegung". Damit veränderte sich auch deren militärische Strategie, die sich nun vor allem auf die Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktureinrichtungen richtet. Südafrika will damit verhindern, daß sich die in der 'Southern African Development Cooperation Conference' (SADCC) zusammengeschlossenen Staaten, aus der ökonomischen Abhängigkeit von Südafrika lösen. Diese Rechnung scheint auch aufzugehen: die Eisenbahnlinie zwischen Maputo und Zimbabwe mußte geschlossen werden, viele Provinzen Mosambiks gelten wegen der Aktionen der RNM als unsicher, der Handel zwischen den Provinzen ist eingeschränkt – einige Gebiete werden von der RNM sogar effektiv militärisch kontrolliert.

Die RNM wurde von der Regierung Mosambiks militärisch zwar mehrmals nahezu aufgerieben, aber mit Hilfe Südafrikas und Rhodesiens konnte sie sich immer wieder erholen. Seit 1981 hat sie ihre Operationen sogar wesentlich ausweiten können. Wegen interner Probleme scheint die mosambikanische Armee – in einem der Beiträge wird ihr gar Passivität vorgeworfen – nicht in der Lage zu sein, die Zivilbevölkerung vor der RNM zu schützen. Die Regierung reaktiviert daher gegenwärtig ehemalige Frelimo-Kämpfer und stellt Volksmilizen auf.

Als die RNM 1976 gegründet wurde, rekrutierten sich ihre Anhänger vorwiegend aus den Kreisen der Anti-Frelimo-Gruppen und ehemaligen Mitgliedern des portugiesischen Geheimdienstes, die nach der Befreiung Mosambiks nach Rhodesien geflüchtet waren. Später stießen auch frustrierte Frelimo-Kämpfer hinzu, wie der erste „Oberkommandierende" der RNM, Andre Matzangaissa. Heute rekrutiert die RNM ihre Kämpfer vielfach mit Gewalt in den Dörfern. Allerdings scheint es der RNM auch zu gelingen, für ihre Rekrutierung ethnische Spannungen und Konflikte nutzbar zu machen (die RNM behauptet, daß „die Frelimo von Leuten aus dem Süden kontrolliert wird").

Der Öffentlichkeit präsentiert sich die RNM heute als ‚nationalistische Organisation', die gegen eine 'kommunistische Diktatur' kämpft. Ursprünglich bezeichnete sich die RNM sogar als die wahre Frelimo des E. Mondlane – im Gegensatz zur totalitären Frelimo Machels. In den Gebieten, in denen RNM Einheiten operieren hat die RNM bisher allerdings nicht versucht die Bevölkerung zu mobilisieren oder zu politisieren – geschweige denn eigene Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Nach den Berichten der Broschüre hat sie sich vielmehr darauf verlegt, die Bevölkerung zu terrorisieren.

Die Broschüre legt überzeugend dar, daß die „Nationale Widerstandsbewegung" ein künstlich geschaffenes Instrument ausländischer Interessen – heute Südafrikas – ist und ohne deren Unterstützung kaum lebensfähig wäre. Dennoch läßt die Broschüre einige Fragen unbeantwortet. Der ‚Erfolg' der RNM dürfte allein mit der Unterstützung Südafrikas kaum erklärbar sein. Inwieweit interne gesellschaftliche Probleme und Konflikte die RNM begünstigen, wird in der Broschüre leider nur am Rande – und zudem unkritisch – gestreift. Hilfreich wäre es auch gewesen, wenn die Herausgeber Dokumente der RNM und zumindest einen beispielhaften Bericht der konservativen Presse in die Broschüre mitaufgenommen hätten. Trotz dieser Einschränkungen ermöglicht die Broschüre ein besseres Verständnis für einen Teil der gegenwärtigen Probleme Mosambiks.

wha

Filmrezensionen zu Palästina

Geboren aus dem Tode

Dokumentarfilm BRD 1981, Lichtton 9 Min.
Ein Film von Monika Maurer, Verleih: UNIDOC unter Nr. 5272

> ... „... *Im Sommer dieses Jahres habe ich mich zu Dreharbeiten im Libanon aufgehalten. Am 17. Juli, in der Zeit von 11.10 bis 11.30 Uhr vormittags, verübten israelische Bombenflugzeuge ihren schrecklichen Terrorangriff gegen einen Stadtteil von Beirut, in dem libanesische und palästinensische Familien leben. Die Rettungsmannschaften konnten in vielen Fällen nur noch Tote aus den Trümmern ihrer Häuser bergen. Die Zeitungen haben darüber berichtet, daß das ungeborene Kind einer Frau, die bei diesem Angriff ums Leben kam, noch gerettet werden konnte .... Die Bekanntschaft mit dem Vater des Kindes regte mich zu dem Film an. Das Kind befand sich aber noch nicht außer Lebensgefahr und sein Tod, ein furchtbarer Gedanke, hätte die Möglichkeit eines Films ausgeschlossen. Dann hat Yasser Arafat das Ereignis in einer Rede erwähnt. Er sagte, die PLO müsse dem Kind die tote Mutter ersetzen.*"

So die Filmemacherin, die mit diesem Film zeigt, daß sie ihr Handwerk versteht. In erschütternden Bildern, sparsam kommentiert, erzählt er von einem israelischen Luftangriff, bei dem aus dem Leib einer tödlich getroffenen Frau deren Kind fast unversehrt entbunden wird. Man tauft es Palästina.

Ich finde , daß es ein schlechter Film zum Thema Palästina ist. Da wird mit überzogener Bild/Musikmontage eine Tatsache dokumentiert, die eigentlich ohne filmerische Mittel erschütternd genug ist.
Mit dieser Art von Dokumentarverfilmung macht eigentlich meist die Gegenseite Propaganda. Jederzeit können die Israelis mit Bild/Musikmontage und sparsamem Kommentar Dokumentarfilme machen, die Einzelschicksale als Opfer einer PLO-Gegenaktion so darstellen, daß der Zuschauer emotional erschüttert und gerührt ist. Die meisten Propagandaabteilungen von Regierungen, die von Unabhängigkeitskämpfen bedrängt sind, haben, um vom politischen und sozialen Unrechtszustand abzulenken, diese Art von Filmen vorbereitet. Meist hatten die entsprechenden Propagandaabteilungen mit dieser Art von Kurzfilmen die Rolle übernommen, der offenen Verurteilung in der Weltpresse etwas entgegenzusetzen.
Deswegen meine ich, daß eine politische Tatsache, wie die Situation der Palästinenser auf Filmbeiträge solcher Art, wie etwa – Geboren aus dem Tod – verzichten kann.
Ich empfehle den Film nicht. Für die interne Agitationsarbeit der PLO hat der Film sicher eine Bedeutung.

– tsch –

Die Schlacht um Jerusalem

Dokumentarfilm, Schweden 1980, Regie: Holmquist/ Axelson, Magnetton 50 Min. Verleih: Zentralfilm, Hamburg

Am 15. Mai 1980 wird der Staat Israel gegründet. Die erste Etappe der Schlacht um Jerusalem ist bereits zu Ende. Entgegen der ursprünglichen Vorstellungen des UN-Teilungsplanes von 1947 wird der Westteil der Stadt dem israelischen Staatsgebiet einverleibt.
Dieser Film behandelt die Geschichte der Stadt und unternimmt den Versuch, das Problem, das sich um das Land Palästina rankt, aufzuarbeiten. Der Film beginnt mit Interviews, in welchen Palästinenser zu Wort kommen, die Opfer der ersten Vertreibung durch die Zionisten waren. Noch vor der Staatsgründung von Israel müssen sie ihren seit Jahrhunderten besessenen Boden verlassen. Als nächstes wird die Etappe von Deir Yassin geschildert, ein kleines palästinensisches Dorf an der Straße nach Jerusalem, in dem ein Massaker unter Kommando des heutigen Premier M. Begin angerichtet wurde. Ziel der Aktion war es, die angestammte Bevölkerung zu verunsichern. Die Palästinenser flüchteten daraufhin Hals über Kopf aus ihrer Heimat, von den Israelis wie eine Herde rechtloser Schafe getrieben.
In der Folge des Junikrieges 1967, in dem Israel auch den Ostteil der Stadt Jerusalem eroberte, setzt wieder die bekannte Politik der Vertreibung ein – z. B. in der Niederreißung des „Marokkanischen Viertel" nahe der alten Demarkationslinie, um israelischen Neubürgern Platz zu schaffen. Wieder wird die seit Jahrhunderten ansässige Bevölkerung zur Aufgabe ihrer angestammten Häuser und dem Boden gezwungen. So beginnt in der Folge ein neues jüdisches Ostjerusalem zu entstehen.
Der Film schildert viele Szenen, ohne jedoch den Konflikt, der sich dahinter verbirgt, deutlich zu machen. Die vielen Wiederholungen in der Aussage erzeugen zwar Mitleid, tragen jedoch kaum zur politischen Aufklärung bei. Das Problem Palästina bleibt im Dunkeln. Die immer wieder eingeblendeten Interviews mit Tätern und Betroffenen fallen angenehm aus dem Rahmen eines zu lang geratenen Fernsehfilms, da lediglich sie über die Ursachen informieren. Die Arroganz der zionistischen Macht wird gezeigt, die Hintergründe bleiben mehr als vage.



Palästinensische Spielfilmproduktionen

Die PLO hat für die verstreuten palästinensischen Gemeinschaften im Exil eine besonders sorgfältige Informationsarbeit zu leisten. Mehr als die Hälfte des palästinensischen Volkes lebt heimatfern verteilt in arabischen Golfländern, europäischen Staaten und den USA. Sie sind verpflichtet durch eine Art Steuer die PLO finanziell zu unterstützen. 10 % ihres Einkommens müssen z.B. an den palästinensischen Nationalrat (der Exekutivorganistion der PLO) abgegeben werden. So ist eine Aufgabe der Informationsabteilungen der PLO, die im Exil lebenden Palästinenser nicht nur über die politischen und organisatorischen Entscheidungen zu informieren, sondern immer wieder emotional zu mobilisieren – also zu vermitteln, wie ihre Genossen gegen Israel für einen eigenen Staat in Palästina kämpfen und fühlen.
Diese Aufgabe hat u.a. das Kino. Was das Kino für solch einen Zweck leisten könnte, beschreibt Serje Tretjakov 1927 für das russische Kino nach der Revolution in dem Buch „Die Arbeit des Schriftstellers".

> ... *die anderthalb Stunden einer Kinositzung müssen wir für sie verwandeln in jene 10 Minuten der gewöhnlichen Morgengymnastik, welche dem Sportsmann in den frischen widerstandfähigen Zu-*

stand versetzt. Die Menschen anzuregen, ihre Stimmung im Zusammenhang mit irgendeinem konkreten Erkennen zu steigern – das ist eine große Kunst. Die Aufgabe der Agitation und Aktivierung erfordert wieder besondere Kunstgriffe, die verschieden sind von den Kunstgriffen der Information. . .

Beispiele für diese Art von politischer Filmarbeit sind die beiden von der „Abt. Palästinensisches Kino und Fotografie der PLO" produzierten Spielfilme **Kafr Kassem** und **Sanaoud**, jeweils 1973/74 fertiggestellt. Einmal sind diese Filme wegen Aktionen und der Identifikation mit positiven gleichwohl kollektiven Helden spannend, und gleichzeitig kommt die politische Analyse nicht zu kurz.

Ich empfehle diese Filme, wobei nach der Vorführung Informationen zu geschichtlichen, wie auch aktuellen Ereignissen des Kampfes der Palästinenser gegeben werden sollten. – tsch –



Sanaoud

Algerien 1973, Regie: Mustafa Slim Riadh, Produktion: O. N. C. I. C., Spielfilm, 90 Min. Farbe; Verleih: Cine Terz, Bonn

Nach einer Einführung über den palästinensischen Widerstand in Jordanien schildert SANAOUD das Eindringen eines palästinensischen Kommandos in das von Israel besetzte Gebiet westlich des Jordans. Das Kommando, dem Personen typischer palästinensischer Gesellschaftsgruppen angehören, fügt dem zionistischen Gegner schwere Verluste zu, wird aber schließlich aufgerieben. Parallel zeigt SANAOUD die Lebensbedingungen der Palästinenser unter israelischer Herrschaft.

Riadh versteht seinen Film als Illustration des Programms der PLO, das einen demokratischen Staat Palästina anstrebt, in dem seine Bewohner ohne Ansehen ihrer Herkunft, Rasse oder Religion leben können. Er zeigt, daß der Palästina-Konflikt kein arabisch-israelischer Konflikt, auch kein rassischer oder religiöser Konflikt ist, sondern ein Kampf zwischen konservativen und fortschrittlichen Kräften.

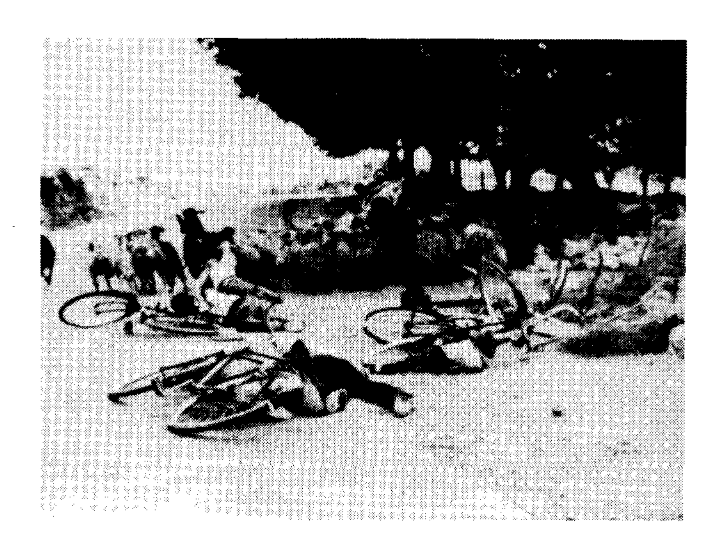
Um ein größtmögliches Publikum zu erreichen, hat Riadh einen Film geschaffen, der auf Aktion, Spannung und Identifikation mit positiven, gleichwohl kollektiven Helden beruht, die politische Analyse aber nicht zu kurz kommen läßt. „Ich wollte dieselben Waffen benutzen wie das amerikanische Kino, aber in einer Weise, die gegen dieses Kino, gegen seine Ideologie gerichtet ist," betont der Regisseur. Diese Haltung hat ihm die Kritik engagierter Cineasten eingetragen, die die politische Effizienz eines solchen Verfahrens bezweifeln. Doch halten die meisten Palästinenser seinen Film, der schon mehrmals von deutschen Fernsehanstalten ausgestrahlt worden ist, im Rahmen des kommerziellen Kinos für einen nützlichen Film.

Kafr Kassem

Libanon 1974, Regie: Borhan Alaouye, Spielfim, 70 Min, Farbe; Verleih: Cine Terz, Bonn

In seinem ersten Langfilm rekonstruiert der libanesische Filmregisseur Borhan Alaouye ein von einer israelischen Militäreinheit am 29. Oktober 1956 in dem palästinensischen Dorf Kafr Kassem verübtes Massaker. Der Film verzichtet auf jedes Beiwerk und läßt die Chronik der Ereignisse für sich sprechen.

Der Film beginnt mit dem „Prozeß" der Mörder vor einem israelischen Gericht. Die einzige Verurteilung gilt dem befehlsführenden Offizier: Entrichtung eines symbolischen Bußgeldes von einem französischen Franc. Der gestrafften Darstellung des Prozesses folgt die Schilderung der Ereignisse in Kafr Kassem. Drei Monate vor dem Massaker, am 23. Juli 1956, hatte Gamal Abdel Nasser in einer berühmten Ansprache die Verstaatlichung des Suez-Kanals angekündigt. In einer Dorfschenke hören sich die Einwohner Kafr Kassems die historische Rede an. Die anschließende Diskussion legt die unterschiedlichen politischen Richtungen der Palästinenser dar: Es gibt die „Nasserianer" und die „Kommunisten". Einer der Kommunisten kritisiert die taktische Linie seiner Partei, die den nationalen Charakter des Befreiungskampfes verkenne und vorrangig ein Bündnis mit dem israelischen Proletariat anstrebe. Es folgt eine ausführliche Schilderung der konkreten Existenzbedingungen der Dorfbewohner. Sie sind eingeklemmt zwischen zionistischer Unterdrückung und verschwommener Hoffnung auf den Kampf, denn der Widerstand ist zu jener Zeit nicht nennenswert organisiert. Allmählich nähern wir uns dem Schicksalsdatum des 29. Oktober. Am Vorabend der Aggression des Dreierbündnisses gegen Ägypten wollen die Behörden ein blutiges Exempel statuieren, um die in Israel lebenden Palästinenser vor einer möglichen Erhebung abzuschrecken. Sie verkünden eine Ausgangssperre dreißig Minuten vor deren Inkrafttreten, die die ihre Äcker bestellenden Dorfbewohner allerdings nicht erreicht. Als sie abends von ihrer Arbeit heimkehren, werden zweiundfünfzig Einwohner Kafr Kassems von Maschinenpistolensalven bestialisch niedergemäht. Der Regisseur teilt Namen und Alter auf der Leinwand mit.



Film zur Flüchtlingssituation in Mexiko

Adios Guatemala, 10 mm Farbe LT, 20 Min.

Während einer Reise durch Mexiko wurden wir mit der katastrophalen Situation der guatemaltekischen Flüchtlinge im südlichen Bundesstaat Chiapas konfrontiert. Seit dem 23. März 1982, dem Tag an dem eine Clique Offiziere unter der Leitung von Rios Montt in Guatemala die Macht ergriff, hat der Terror gegen die indianische Bevölkerung in den nördlichen Provinzen unvorstellbare Ausmaße angenommen. Tausende von Familien flohen über die Grenze nach Mexiko. Dieser Flüchtlingsstrom hält seit Juni 1982 unvermindert an. Es mögen wohl an die 150.000 Menschen sein, die in Lagern oder bei mexikanischen Bauern entlang der Grenze Zuflucht gefunden haben.
Mit Hilfe des privaten, mexikanischen Hilfskomitees CARGUA aus San Cristobal de las Casas konnten wir im Januar 1983 in die Lager gelangen und entschlossen uns spontan, unser restliches Filmmaterial, welches wir von Dreharbeiten zu einem anderen Film übrig hatten, dort zu verdrehen. Der Film schildert die Situation der Flüchtlinge und die Ursachen für ihre Flucht. Nach den ersten Einsatzerfahrungen hat sich gezeigt daß der Film – besonders einem uninformierten Publikum – das Problem der guatemaltekischen Flüchtlinge nahebringt.
Wer den Film, oder eine VHS-Videokassette ausleihen möchte (Videoband für 50,– DM, Film für 80,– DM) soll sich melden (am besten schriftlich) bei

T I L L – F I L M, Gärtnerstr. 67, 2000 Hamburg 20
Telefon 040 – 4911688

AUFRUF

zum 7. Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

„Entwicklung heißt Befreiung" 16.–19. Juni 1983 in Hannover

1981 wurde auf dem 5. Bundeskongreß das Thema für die beiden folgenden festgesetzt.
Es lautet: Entwicklung heißt Befreiung.
Dieses Thema beinhaltet sowohl die Kritik an der von der Bundesrepublik praktizierten Entwicklungspolitik als auch die Formulierung von eigenen positiven Alternativen dazu.
Auf dem 6. Bundeskongreß 1982 in Mannheim wurde mit der Kritik begonnen; diese soll beim diesjährigen 7. Bundeskongreß in Hannover fortgesetzt und abgeschlossen werden.
Gleichzeitig sollen Antworten auf die Frage gefunden werden, wie denn unsere eigenen entwicklungspolitischen Inhalte aussehen.
Für den Kongreß in Hannover ist folgendes geplant:

Befreiung wovon?

Viele Teilnehmer auf dem letzten Bundeskongreß in Mannheim hatten das Gefühl, daß die Diskussionen noch nicht zum Abschluß gebracht worden sind. Deswegen soll in einigen Arbeitsgruppen auf dem 7. Bundeskongreß in Hannover die Kritik der Entwicklungspolitik der BRD fortgesetzt werden. Darüberhinaus soll ein zentrales Papier, das die gesammelten Kritikpunkte aus den einzelnen AGs zusammenfaßt, auf dem Kongreß diskutiert und verabschiedet werden.
In Hannover soll nun auch die geleistete Kritik an der offiziellen Entwicklungspolitik „konstruktiv" werden.

Entwicklung wohin?

Welche Vorstellungen haben wir von einer anderen besseren Entwicklungspolitik? Wie sieht unser Entwicklungsbegriff aus? U.v.a.m.

Wünschenswert wäre es zwar, wenn am Ende der Diskussion ein Gesamtbild von den Inhalten und der Praxis „unserer Entwicklungspolitik" stehen würde. Sollte die Zeit für die Reflexion unserer Inhalte und Methoden in Hannover doch zu kurz ausfallen, so könnte ein mögliches Thema für BUKO 8 feststehen.
Innerhalb des Kongreßprogramms ist es vorgesehen, am Sonnabendnachmittag in möglichst allen bestehenden oder sich auch neu konstituierenden Arbeitsgruppen über „Verkehrsformen", über den Umgang Frauen Männer in entwicklungspolitischen Aktionsgruppen zu diskutieren. (Gesprächsstoff wird sich in den beiden Tagen vorher ja schon reichlich ergeben haben.)
Auch wenn eine „einmalige" Diskussion am Sonnabendnachmittag wohl kaum auch in linken Gruppen bestehende patriarchalische Strukturen verändern kann, so waren die am Vorbereitungstreffen Beteiligten doch der Meinung, daß eine solche Programmgestaltung zumindestens eine nützliche provokative Wirkung haben könnte. Wir werden sehen.
Zu jeder Arbeitsgruppe ist eine Broschüre bzw. ein Reader erstellt worden. Diese Materialien werden mit der Anmeldebestätigung zusammen an die Teilnehmer verschickt werden.

AG 1: Agrobusiness

In dieser AG soll besonders das Thema Futtermittel behandelt werden. Mit Hilfe ausgewählter Beispiele (z.B. Tapioka in Thailand, Soja in Brasilien etc.) soll nachgewiesen werden, wie eine auf europäische Bedürfnisse zugeschnittene industriell betriebene Landwirtschaft in der 3. Welt die Nahrungsmittelproduktion für die Bevölkerung systematisch verdrängt.
Gleichzeitig soll über die von der BUKO-Agrokoordination beschlossene Kampagne zu Futtermittelimporten diskutiert werden.

AG 2: Deutsche unternehmen und staatliche Politik

Diese AG muß die Dimension des weltweiten Engagements deutscher Unternehmen, ihr Handeln und die Auswirkungen auf Metropolen und Peripherien analysieren und an geeigneten Beispielen verdeutlichen. Wie allgemein für Direktinvestitionen muß diese AG auch für Arbeitsplatzverlagerungen Dimensionen und Erklärungsansätze liefern.
Auf der dritten Ebene müßten wir zu einer Einschätzung der Bedeutung deutscher Staatspolitik gelangen, die in unterschiedlichster Form Rahmenvergünstigungen für ein weltweites Engagement deutscher Unternehmen erteilt, d.h. auch, Art und Umfang dieser Vergünstigungen festzustellen.

AG 3: Ausländer- und Asylantenfrage

Es wird der Zusammenhang zwischen der Situation in der 3. Welt und dem sogenannten Ausländerproblem in der BRD diskutiert werden. Darüberhinaus sollen kritische Anmerkungen an der herrschenden Praxis entwicklungspolitischer Aktionsgruppen gemacht werden, sich mit weitentferntliegenden Völkern zu solidarisieren, gleichzeitig aber den 3. Weltproblemen vor der eigenen Haustür nur untergeordnete Beachtung zu schenken.
Die AG-Teilnehmer werden sich mit den neuesten Verschärfungen in der Asylpraxis und Ausländergesetzgebung auseinandersetzen und Gegenstrategien entwickeln.
Bei diesen Überlegungen steht die Utopie einer multikulturellen Weltgesellschaft im Hintergrund.

AG 4: Tourismus in die 3. Welt

In der Kritik des Massentourismus scheinen wir uns innerhalb der Solidaritätsbewegung einig zu sein.
Aber auch der „Alternativtourismus" (Studienreisen, workcamps, Projekttourismus u.ä.) ist seit längerer Zeit ins Gerede gekommen. Tragen die „Alternativen" nicht sogar mehr zur Verschlimmerung der Ausbeutungsverhältnisse bei als jeder Massentourist? Oder können wir eine sinnvolle Alternative für Reisen in die 3. Welt entwickeln?

AG 5: Innerimperialistische Konkurrenz

1945 sind die USA endgültig zur dominierenden Macht innerhalb der Weltwirtschaft geworden. In dieser AG sollen die wesentlichen Veränderungen im Machtgefüge zwischen den kapitalistischen Zentren USA, Westeuropa und Japan beleuchtet werden.
Ebenso wird über die verschiedenen Konzepte zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen und Gegenstrategien der jeweils anderen kapitalistischen Metropolen diskutiert. („Allianz für den Fortschritt", Trilateralismus, Sozialistische Internationale).

AG 6: US-Globalstrategie am Beispiel Zentralamerika

AG 7:

Zum Thema „alternative Entwicklungs- und Außenpolitik" sind folgende Diskussionsschwerpunkte denkbar. Je nach Zahl und Bedürfnis der Interessenten wäre an Ort und Stelle zu überlegen, ob diesen Gesichtspunkten entsprechend Arbeitsgruppen eingerichtet werden sollen.

Welcher Begriff von Fortschritt und Entwicklung?

– (Die Auseinandersetzung mit der Ökologiebewegung und mit außereuropäischen Kulturen hat die eurozentristische Haltung ins Wanken gebracht. Trotzdem und nicht zuletzt wegen der krassen nach rascher Abhilfe schreienden Armut, mit der wir in den Entwicklungsländern konfrontiert werden, hält sich auch in „linken" Gruppen ein noch im traditionellen Fortschrittsverständnis verhaftetes Denken.)

Parlamentarische Möglichkeiten einer alternativen Entwicklungspolitik

– (Mit den Grünen im Bundestag ist die Möglichkeit gegeben, halbwegs authentische Forderungen der Solidaritätsbewegung auf der parlamentarischen Ebene zu artikulieren. Es ist zu diskutieren, inwieweit unsere Politik im Spannungsfeld des Langzeitziels der Aufhebung des strukturellen Ausbeutungsverhältnisses zwischen Metropolen und der Agrarordnung, Kontrolle der Multis, Einfluß auf die internationalen Finanzinstitutionen im Sinne der Entwicklungsländer bestehen kann.)

Die Bundesrepublik und eine Neue Wirtschaftsordnung

– (Unter diesem Gesichtspunkt könnte diskutiert werden, inwieweit die Forderungen der Entwicklungsländer nach gerechteren Wirtschaftsbeziehungen von der BRD übernommen werden können. Welche konkreten Auswirkungen auf die ökonomische Situation stehen bei Verfolgung einer solchen Politik zu erwarten? Welches politische und soziale Kräfteverhältnis in der BRD kann und will diese Politik durchsetzen?)

Die Bundesrepublik und die Politik der Blockfreiheit

– (Welche Chancen bietet die Politik der Blockfreiheit sowohl für die BRD als auch für die Länder der Dritten Welt? Welche ökonomischen Konsequenzen würde die Lösung aus den militärischen Blöcken nach sich ziehen (würde für die BRD die enge technologische und kapitalmäßige Verflechtung mit den USA gelockert? Würde dadurch die Zusammenarbeit politisch wie wirtschaftlich unter den Entwicklungsländern gestärkt werden?)

Anmeldung und Information:

An den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

ZUR REZENSION EINGETROFFENE BÜCHER

Miguel Angel Asturias **„Weekend in Guatemala"** – acht Novellen über die Ereignisse von 1954, ersch. 1983 im rotpunktverlag, Zürich

* * *

Sepp Marder – **„Sepp ein Männerbericht"** – ersch. 1983 im rotpunktverlag Zürich

* * *

Mark Münzel **„Gejagte Jäger"** – (Aché Indianer), Hrsg.: Museum für Völkerkunde, Frankfurt

* * *

„Kreuzweg Mittelamerika" – Hella Schlumberger in El Salvador, Honduras, Nicaragua und Guatemala, ersch. 1983 im Verlag Autoren-Edition im Athenäum Verlag, München/Königstein

* * *

Baldwin Sjollema **„Isolation der Apardheit"** , ersch. 1983 im Otto Lembeck Verlag, Frankfurt

* * *

Awad Hegazi **„Zionismus und Palästinensische Araber"** ersch. 1983 in der Edition CON Periferia, CON-Verlag, Bremen

* * *

Poder Popular El Salvador, Hrsg.: Vertretung der FMLN' Bezug: COSAL, Postfach 2577, CH-4002 Basel

* * *

„Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik in der BRD" Hrsg.: Fachhochschule für Verwaltung, Berlin, 1983

„Incomindios" – Zeitschrift des Internationalen Kommitees für die Indianer Amerika, Nr. 24, März 1983, Bezug: Incomindios Schweiz, Winterthurer Str. 48, CH-8303 Bassendorf

* * *

Rainer Werle, **„Modell Türkei"** – ein Land wird kaputtsaniert, ersch. 1983 im Verlag Junius, Hamburg

* * *

Gesellschaft für USA-Forschung, **„USA und Dritte Welt"**, ersch. i.d. Reihe Dollars und Träume, Nr. 7, Junius Verlag, März 1983

* * *

Einar Schlereth, **„Null Uhr – wenn die Sonne aufgeht"** – Reise in Tanzania und Zansibar, ersch. 1983 im ETS-Verlag, Hamburg

* * *

Ekrem Göktürk, **„Migration"** – Texte über die Ursachen und Folgen der Migration, ersch. 1983 in Express Edition, Berlin

* * *

Südostasiengruppe der ESG Bochum, **„Malaysia"** – Kautschuk und Elektronik, über die neokoloniale Ausbeutung eines reichen Landes, ersch. 1983 im Alektor-Verlag, Stuttgart

* * *

Sebastian Fohrbeck, **„Gewerkschaften und internationale Arbeitsteilung"** , ersch. 1982 im Verlag Breitenbach Publishers, Saarbrücken, Fort Lauderdale

Film: Klasse Bananen

Super 8, Farbe, Magnetton, 20 Min., Ausleihgebühr DM 30
Ein Film der reisenden Schule 3. Welt e.V., 3530 Warburg-Menne Ecuadorkurs 81/82

Der Film „Klasse Bananen" entstand 1981/82 im Küstentiefland Ecuadors. Drehort war eine 50 ha große Plantage in der Nähe der kleinen Stadt Naranjit, auf der Bananen für den Export angebaut wurden.
Der Film verfolgt den Weg der Banane vom Anbau, wie sie verpackt, konserviert, verladen und schließlich im Hamburger Hafen gelöscht werden.
Das Leben der Bewohner der kleinen Stadt und das der Arbeiter auf der Plantage, fängt der Film in eindrucksvollen Bildern ein. Der Film vermittelt außerdem viel wissenswertes über die Pflanze „Banane", die bsw. als Kochbanane als Grundnahrungsmittel dient. Sie werden jedoch nicht auf den Plantagen der Agromultis, sondern auf den Feldern der Kleinbauern produziert. Sie versorgen den einheimischen Markt, da der Export von Bananen sehr kapitalintensiv ist.
Der Film ist für den Einsatz in Schulen, besonders für die Sekundarstufe I, gut geeignet, da er Interesse weckt an der Problematik von Agrarprodukten aus Ländern der 3. Welt. Die Spieldauer von 20 Minuten läßt in einer 45-minütigen Unterrichtsstunde eine Diskussion zu.
Der Film wurde von uns in Freiburg zweimal vor älterem Publikum zum Thema Ecuador eingesetzt. Das Echo war durchgehend positiv. Wir sind der Meinung, daß der von Amateurfilmern hergestellte Film nicht nur in der engen Problematik „Bananen", sondern auch im weiteren Bereich Agrarexporte aus der 3. Welt brauchbar ist. ub

NEU IM MEDIENVERLEIH DES FDCL

„Germany and the argentine bomb"

1-stündiger BBC-Bericht (April 1982) von Robert Denselow mit deutscher Synchronübersetzung auf zusätzlicher Cassette

Ein Film über die atomare Zusammenarbeit zwischen Argentinien und der Bundesrepublik Deutschland. Der Bericht, der mitten im Falkland-Krieg ausgestrahlt wurde und für großen Wirbel in Großbritannien und Deutschland sorgte, geht davon aus, daß die Bundesrepublik Deutschland durch das Atomabkommen mit Argentinien das laeinamerikanische Land zumindest fahrlässig beim Bau der Atombombe unterstützt. Der Film deckt außerdem personelle Verbindungen zwischen der deutschen Forschung in der Nazizeit und der Entwicklung der deutschen und argentinischen Atomforschung nach dem zweiten Weltkrieg auf. An den Bericht schließt sich eine halbstündige Diskussion über den Bericht an, an der auch der damalige Regierungssprecher Rühl, Prof. U. Albrecht (Berlin) und Dr. Barneby (Sipri, Stockholm) teilnahmen.

Verleihgebühr: 30,– DM, Video-Cassette, VHS-System

WEITERHIN IM VERLEIH

„Der Griff nach der Bombe"

25-minütige Ton-Dia-Serie

Zum Verkauf des Atomkraftwerks Atucha II durch die Siemens-Tochter Kraftwerksunion an das argentinische Militärregime

Verleihgebühr: 20,– DM
Bestellungen beim FDCL
Im Mehringhof Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61
Telefon 030/6934029

Guyana – Komitee Hamburg (Hrsg.)

REVOLUTION IN DER KARIBIK – GRENADA/ EINE DOKUMENTATION
Hamburg, November 1982

Das Heft umfaßt 106 Seiten. Die Texte sind zu ca. 2/3 in englischer Sprache; es wurden vornehmlich Publikationen aus Grenada, der Karibischen Region, Großbritannien, der BRD und den USA ausgewertet.

INHALT: Einleitung / Basisinformationen / Geschichte Grenadas und Entwicklung der Opposition / Der revolutionäre Prozeß seit 1979 / Der wirtschaftliche Aufbau: Vertrauen auf die eigene Kraft / Die neue Rolle der Frau / Innere Opposition und Konterrevolution / Die Außenpolitik der PRG / Karibischer Raum – Sowjetunion – Frankreich Sozialistische Internationale / US-Aggression gegen das Freie Grenada / Internationale Solidarität / Basisbibliographie, Adressen und Zeitschriftenschau.

Das Heft kostet 4,50 DM + Porto (3,00 DM für Wiederverkäufer ab 10 Exemplaren) und ist zu beziehen über: Manfred Ernst / Uwe Reichel, Krochmannstraße 6, 2000 Hamburg 60, oder das ILA INFO in Bonn.

Tagungshinweise

„Rassismus und Ausländerrecht in der Bundesrepublik", 27.-29. Mai 83. Frankfurt, Information und Anmeldung bei ESG, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

Projekt **„Anti-Rüstungsexportkampagne"**, Werkstatt vom 16.-19. Juni 83 in Roßdorf/Darmstadt, Information und Anmeldung bei AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1

„Spanien-politische und soziale Veränderungen unter besonderer Berücksichtigung der Wanderungsbewegungen", 17.-19.6.83, Bielefeld, Information und Anmeldung bei AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

---

Workcamp **„Rassismus, Apartheid, Ausländerfeindlichkeit, 3. Reich"**, Sammeln, Reparieren und Verpacken von Sachen für südafrikanische Flüchtlinge in Tanzania, Sambia und Botswana, 1.-14. August 83, Information und Anmeldung bei Südafrika-Stipendienfonds e.V., Postfach 2331, 7400 Tübingen (Anmeldeschluß: 31.5.83)

„10 Jahre Militärdiktatur: FÜR CHILES FREIHEIT"
Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika, 24.-26. Juni 83 in Münster, Information und Anmeldung beim Vorbereitungsbüro des Kongreßes, Frauenstr. 3-7, 4400 Münster

---

„Volkliche Identität – Nationale Identität", regionalistische und nationale Bewegungen, 11.-15. August 83, Rønshoved Høiskole/Dänemark, Information und Anmeldung bei Kristian Kjaer Nielsen, Sonderhavvej 13, DK-6340 Krusaa



Zeitschriften-Übersicht

AIB – Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 4/ April 1983

AIB – Aktuell: Bonner Konfrontationskurs gegen die 3. Welt Berichte zu: 7. Gipfel der Blockfreien, M. Ghandis noch immer unerfüllte Ideale, I. Ghandis freiwilliger Schuldenfall, Afghanistan, Iran, Guatemala, Palästina, Nigeria, Entwicklungspolitik (zum 2. Nord-Süd-Kommissionsbericht), Dritte Welt und Frieden, M. Ghandi im Film, 15. Todestag von m. L. King, Infodienst, Kurzinformationen, Kommentar zum Papstbesuch in Mittelamerika
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1,
Einzelpreis: DM 2,50

---

istmo 3 – Feb. 1983

Schwerpunkt: Ideologie und Praxis der „neuen deutschen" Entwicklungspolitik der Konservativen, außerdem: Die NATO, Kriegsbündnis zur Durchsetzung der Weltherrschaft des Kapitals, Wirtschaftsinteressen der BRD in Zentralamerika? Zur Rolle Westeuropas in Zentralamerika und der Karibik
Bezug: Istmo, Cordestr. 42 (im Hof), 4400 Münster
Dreifachnummer ca. 140 Seiten, EP: 9 DM

---

issa – informationsstelle südliches afrika – Nr. 3, März 1983

Schwerpunkt: Widerstand in SA: Einheit gegen „Teile und herrsche", ANC zur Funktion des bewaffneten Kampfes, ANC-Anschläge – Anschlag auf AKW-Koesberg, AZAPO und AZASO: zu Differenzierungsprozessen innerhalb der Black Consciousness-Bewegung, PAC wieder geeint?, Konsumboykott – sich mit Brot und Bohnen wehren..., Militarisierung und Verweigerung, Pretorias langer Arm in Angola und Mozambique, Namibia: Das Ende der DTA, Zimbabwe: zum Dreijahresplan, Botschafter Südafrikas – Fernreisen nach Südafrika, Aktionen: Kein Urteil zur Sache – Stellungnahme des AAB zum Urteil des OVG in Münster, Protest gegen Todesurteile in SA.
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn
Einzelheft: 5 DM, Jahresabo (8 Ausgaben) 40 DM

Solidarität – Nr. 76 / März 1983

Krise der Militärs in Lateinamerika: Chile – Hundert Jahre Problemlosigkeit, Brasilien – Technokraten an der Macht, Peru – leuchtender Pfad in der Sackgasse? Sicherheitskonzepte in Lateinamerika und Westeuropa, Berichte zu: PLO, Nigeria, Blockfreie, Wildnis und Zivilisation am Basler Theater, Dossier Schweiz – Trikont, Bücher zur Revolution und Krieg in El Salvador
Bezug: Solidarität, Postfach 2009 CH-4001 Basel
Einzelpreis 2.50 sFr.

ila – informationsstelle lateinamerika – Nr. 64 / März 1983

Schwerpunktthema: Costa Rica – Gescheitertes Entwicklungsmodell und Abbröckeln der demokratischen Fassade, Berichte und Hintergründe: Papstbesuch in Mittelamerika, Grenada-Frauenkonferenz, Peru – parlamentarische Linke und „Sendero Luminoso", Brasilien, Chile, El Salvador, Guatemala, Honduras, Panama, Peru, Solidaritätsbewegung: wachsende Repression in Honduras, zu den Wahlprüfsteinen der Bundestagswahl, Biedermann wählt Biedermann – Kommentar, Kardinal Höffner schließt Bonner Studentengemeinde, Paraguay – bald Farmland für die Bundesregierung? Top-Renditen und Hunger – Agrobusiness in Brasilien, Landes-AG „Ökologie und Dritte Welt" der Grünen, Hungertote in mexikanischen Elendslagern, Die BRD-Regierung setzt auf Rios Montt, Seminar: Dritte Welt und Frieden – eine Bilanz
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Einzelpreis 2,50 DM

EPK – Entwicklungspolitische Korrespondenz – 1 /83

DDR und Dritte Welt – Artikel über Praxis der DDR-Politik, militärische und ökonomische Kooperation, FDJ – Freundschaftsbrigaden und Solidaritätsorganisationen, Auszüge aus DDR-Schulbüchern, Dokumente und Interviews, Schaubilder und Tabellen
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19
Einzelpreis 4,– DM

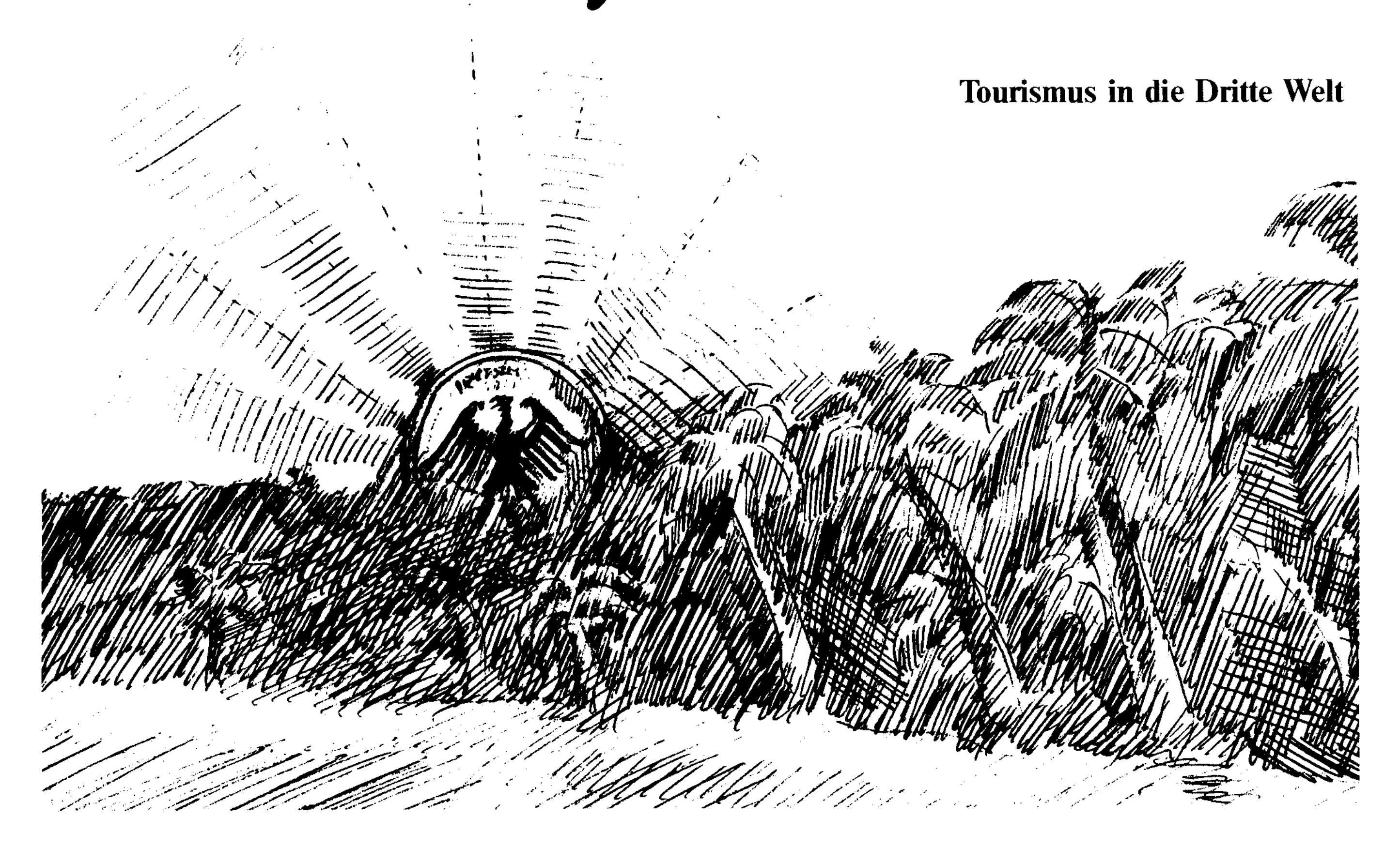
---

ila – informationsstelle Lateinamerika, Nr. 65, April 1983

Schwerpunkt: Konkurrenzkampf unter Landknechten? – Surinam zwischen Revolution und Konterrevolution, Berichte und Hintergründe zu: Nicaragua, Costa Rica, Guatemala, Guatemaltekische Frauen im Befreiungskampf, Dürre in Brasilien, Landarbeiter gegen Itaparicastaudamm, Peru – Repression gegen Landbevölkerung, Argentinien – Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie, Ländernachrichten zu Chile und Kuba, Berichte zur Solidaritätsbewegung in der BRD, Rezensionen
Bezug: ila, Römerstraße 88, 5300 Bonn 1
Einzelpreis 2,50 DM

Neuerscheinung

"KLAR, SCHÖN WAR'S, ABER..."



Tourismus in die Dritte Welt

Unser Ziel ist nicht, jemandem eine Reise auszureden oder zu vermiesen. Wir beabsichtigen vielmehr, die Beweggründe einer Reise begreiflich zu machen, die Folgen für die Gastgeberländer in der Dritten Welt aufzuzeigen, die Diskussion über das Für und Wider des Alternativ-Tourismus in seinen verschiedenen Formen anzuregen. Wir möchten erreichen, daß unsere Leser ihre Reisepläne überprüfen, ihre Verhaltensweisen auf vergangenen und zukünftigen Reisen selbstkritisch in Frage stellen und an der Schaffung von Alternativen mitarbeiten.

Das Mitte Juni erscheinende Taschenbuch ist eine erweiterte und aktualisierte Fassung der Themenschwerpunkte in den Heften Nr. 84 und 86.
Umfang ca. 200 Seiten, Preis 9,80 DM

Bestellungen an IZ3W, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg

